

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rüststraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 3392.

Inserate für die sechsgespaltene Kolonelleile ober deren Raum
2 Mark; bei Wiederholungen Rabatt.
Stellenvermittlungen pro Zeile netto 1 Mark.

Zum Verbandstag.

Und wieder tritt zusammen der Verband
Und mit dem Blick auf hoffnungsvolle Saaten
Will er mit kühlem, prüfendem Verstand,
Und doch mit warmem Herzen auch, beraten.
Er taucht bewußt in der Verjüngung Bad
Und will den Gründen für und wider lauschen
Wo an der Pflanze friedlichem Gestad
In jungem Grün die alten Linden rauschen.

Das Wort Verband — es hat metallnen Klang.
Zur rechten Zeit gespornt und doch gezügelt,
Hat der Entwicklung sicherer Werdegang
Die kühnste Hoffnung spielend überflügelt.
Wir dürfen stolz auf das Erreichte schau'n;
Noch steigt die Flut zur Linken wie zur Rechten,
Und mit der Zahl wuchs auch das Selbstvertrauen —
Man wird, wie einst, uns nimmer wieder knechten.

Geschaffen ist, was sehnend wir erstrebt,
Da unterm Hammerschlage der Erbauer
Mit jedem Tag sich hoch und höher hebt
Aus Erz und Stahl die ungeheure Mauer.
Die alten Gegner aber finden's schlimm;
Nicht viele sind's, doch keiner ist ein Schwacher;
Mit unsrer Macht wuchs auch der Gegner Grimm,
Der dumpfe Groll geborner Widersacher.

Sie schau'n mit Grauen und mit Ingrimme drein
Und unser Banner möchten sie zerfetzen;
Nicht stark genug drum kann die Mauer sein,
Die ihrem Ansturm wir entgegensetzen,
Und wenn der Geist der Eintracht von uns weicht,
Der Brudersinn, der einst den Bund beschworen,
Wenn Sader sich in unsre Reihen schleicht,
Dann wären wir, trotz alledem, verloren.

Und jener Geist wiegt schwerer als die Zahl,
Denn keine Macht der Welt kann ihn erwürgen,
Und stellt man uns einst vor die bittre Wahl,
Vermag nur er den Sieg uns zu verbürgen.
Daß von der Donau bis zum grünen Rhein
Er rauschend zieht mit mächt'gem Flügelschlage,
Das soll der Segen der Beratung sein,
Die schöne Frucht der nahen Leipz'ger Tage.

R. L.

Wirtschaftliche Rundschau.

Im Vergleich mit dem März ist im April nach der amtlichen Arbeitsmarktsstatistik keine Änderung auf dem Arbeitsmarkt eingetreten. Die Beschäftigung war gut, aber die Besserung ist zum Stillstand gekommen. Vielleicht läßt sich jetzt auch schon die Zeit des Rückganges voraussehen und für den Winter ist wohl stärkere Arbeitslosigkeit zu erwarten, da der inländische Konsum bis dahin nicht mehr so stark sein dürfte und auch schon die neuen Handelsverträge sich in einzelnen Industriezweigen bemerkbar machen werden. Um so weniger kann man den Optimismus begreifen, mit dem kürzlich in der Frühjahrssammlung des halb englischen, halb internationalen Iron and Steel Institute der neugewählte Präsident Gladfield über die Aussichten der Weltindustrie sprach. Er wies auf die gute Beschäftigung der deutschen Industrie für das Inland hin, auf die Erholung Englands von der Krise, die jüdische Nachfrage in den Vereinigten Staaten, den bevorstehenden Bau des Panamakanals und anderer egyptischer Bauwerke und schloß damit, daß er sagte, wenn erst der Krieg im Osten beendet sein wird, dann werde eine Ära des Wohlstandes herankommen, wie sie die Welt noch nicht gesehen habe. Nun, in den Vereinigten Staaten ist die stürmische Nachfrage schon wieder zu Ende und die zwei Millionen Tonnen Monatsproduktion von Roheisen wird sich nicht so bald wiederholen. In Deutschland ist ein großer Teil der Prosperitätszeit bereits verbraucht und daß man den Einfluß des Friedensschlusses auf die Weltwirtschaft nicht überschätzen darf, hat die Zeit nach Beendigung des Burenkriegs bewiesen. Ein Optimismus Gladfields ist also nicht viel mehr berechtigt als die Hoffnung auf den Aufschwung in England, denn das britische Reich steht so unmittelbar nach einer Krise, daß wohl zunächst noch kein Rückschlag eintreten wird.

Es sind ganz wunderbare, vom theoretischen Standpunkt sehr interessante und auch vom praktischen Standpunkt belangreiche Erscheinungen, welche die gegenwärtige wirtschaftliche Machtverteilung zwischen den einzelnen Unternehmergruppen zeitigt. In unseren Industriezweigen sind es die Kohlen- und Eisenwerke, die die Macht kraft ihrer Organisation besitzen und den eisenkonsumierenden Industrien diktiert, was sie wollen. Welchen Einfluß da selbst so unscheinbare Dinge, wie die Zahlungsstermine haben, möchten wir hier andeuten.

Der Stahlverband verlangt von seinen Abnehmern bare Bezahlung des gelieferten Materials bis zum 15. des der Lieferung folgenden Monats. Die Abnehmer sind aber nicht so gut organisiert als die Eisenwerke und müssen ihrerseits bei scharfer Konkurrenz oft mehrjährige Zahlungsbedingungen zugestehen. Die Rheinische Metallwarenfabrik zum Beispiel, machte schon jetzt der serbischen Regierung das Angebot, ihr die von der Großmacht Serbien dringend benötigten Kanonen gegen Bezahlung in serbischen Schatzbons sehr langer Laufzeit zu fabrizieren. Welche praktische Konsequenzen diese Verschiedenheit zunächst hat, geht sehr gut aus dem Geschäftsbericht der Fabrik für Metallbau- und Bauteile Hein, Lehmann & Co. hervor. Diese Gesellschaft mußte, um den Anforderungen einerseits des Stahlwerksverbandes, andererseits ihrer eigenen Konsumenten gerecht zu werden, sich einen speziellen Kredit von einer Bank eröffnen lassen, in der stattlichen Höhe von einer Million, und dafür eine Kautionshypothek eingehen. Je nach dem Maße, in dem jeweilig der Kredit in Anspruch genommen wird, sind natürlich Zinsen zu bezahlen, und ähnlich ergibt es sich selbstverständlich auch den anderen Eisenverarbeitern. Das hat nun folgende Bedeutung.

Das Kapital der Eisenwerke zirkuliert jetzt schneller, kommt schneller zum Industriellen zurück, kann früher wieder in der Produktion verwendet werden. Infolgedessen brauchen die Eisenwerke jetzt ein kleineres Kapital als bisher. Da aber die Profitmasse unter sonst gleichen Umständen dieselbe bleibt, so erhöht sich die Profitrate, die Dividende der Eisenwerke. Umgekehrt liegt die

Sache bei den Eisenverarbeitern. Sie brauchen, ebenfalls bei unveränderter Profitmasse, ein größeres Kapital. Was bedeutet es denn anders, wenn Hein, Lehmann & Co. einen neuen Bankkredit von einer Million sich eröffnen lassen, als daß jetzt das Kapital der Bank an dem Profit teilnimmt? Hier sinkt also die Profitrate, die Dividende. Die gegenwärtige Machtverteilung zwischen den verschiedenen Unternehmergruppen bewirkt also, daß bei gleichbleibenden Profitmengen die Profitraten in der Eisenindustrie steigen, in der verarbeitenden Industrie fallen oder wenigstens die Tendenz dazu bekommen.

Wie aber, wenn es den verarbeitenden Industrien, wofür derzeit wenig Aussicht ist, gelingen sollte, auch ihrerseits von ihren Konsumenten in kürzeren Termimen Zahlungen zu bekommen? Die Beantwortung dieser Frage führt uns zu weit; dann schlägt das ganze existierende Kapital schneller um, die Zeit, in der es nicht Mehrwert schafft, die Zirkulationszeit, wird verkürzt, die Durchschnittsprofitrate erhält eine Tendenz zu steigen. Andererseits steht dann mehr Kapital jeweils zur Produktion zur Verfügung, was den Arbeitern mehr Arbeit geben kann, die Kreditverhältnisse werden verändert u. s. w. Jedenfalls sieht man wieder einmal, welch bedeutenden Einfluß auf das ganze Wirtschaftsleben die Existenz der Kartelle haben kann und hat.

Man darf nicht vergessen, daß jetzt die Beschäftigung der Kesselfabriken gut ist und der Arbeitsmarkt der Kesselschmiede jetzt günstig liegt, wenn man die dem Kapital häufig ungünstigen Geschäftsberichte für 1904 der Kesselfabriken liest. Die Überproduktion, richtiger die übermäßige Ausbeutung der Kesselfabriken während der letzten Hochkonjunktur, läßt eben erst jetzt die Durchschnittsfabrik wieder in starke Beschäftigung kommen.

Bei der Rother Dampf- und Kesselfabrik vormals M. Gehre, Aktiengesellschaft, hat sich der Verlust in diesem Jahre verdoppelt, er stieg von 64000 auf 134000 Mark, ungeachtet der Umsatzerhöhung um 45 Prozent. Die übergroße Ausbeutung der Kesselfabriken soll daran Schuld haben und auch die Beteiligung an der „Salus-Strassenbahnmaschinengesellschaft mit beschränkter Haftung“. Der Vorstand bemerkt, daß auch in diesem Jahre die Preise sehr gedrückt seien, woraus zu schließen ist, daß es der Gesellschaft in diesem Jahre auch nicht besser geht, obwohl die Lage der Kesselfabriken jetzt im allgemeinen günstig ist, wenn auch bei recht scharfer Konkurrenz.

Ebenfalls bemerkenswert ist der Geschäftsbericht der Düsseldorf-Rather Kesselfabrik vormals M. Dürr & Co., die außer Landkesseln auch Marinekessel erzeugt, und deshalb nicht als typisch genommen werden darf. Der Vorstand bezeichnet das Geschäftsjahr als nicht befriedigend. Die Frage, welches Kesselsystem sich für Marinezwecke am besten eignet, sei auch durch die Erfahrungen im ostasiatischen Kriege noch nicht endgültig entschieden. Der Vorstand hofft demnächst wieder Aufträge in größerem Umfang zu bekommen. Die Beschäftigung des Düsseldorf-Werkes war nach Lieferung des letzten Auftrags der deutschen Marine im Berichtsjahr schwach. Die Beschäftigung im Landkesselsbau war zwar im allgemeinen befriedigend, wurde aber gegen Ende des Jahres schwächer infolge des ungemein scharfen Wettbewerbes, der auch die Preise ungünstig beeinflusste. Die Ventilationen, die Patente und Fabrikation nach Amerika zu verkaufen oder gegen Lizenz zu vergeben, sind bisher erfolglos geblieben. Gegenwärtig sei die Gesellschaft im Landkesselsbau gut beschäftigt, doch reicht dies nicht aus, den Ausfall beim Schiffkesselsbau auszugleichen, so daß die Betriebskosten durch Aufnahme neuer Fabrikationszweige weiter herabgemindert werden sollen. Vorläufig wurde die Herstellung von Kettenrollen und anderen Mitteln neu aufgenommen. Es wird eine Dividende von 3 Prozent (im Vorjahr 8) aus einem Gewinn verteilt, der von 483 000 auf 167 000 Mark zurückgegangen.

Die Aktiengesellschaft Panitzsch in Landsberg an der Warthe gehört hauptsächlich zur Kesselfabrik, obwohl sie auch Maschinen fabriziert. Sie erzielte einen Bruttogewinn von 187 000 Mark (im

Vorjahr 116 000 Mark), der noch größer gewesen wäre, wenn die Gesellschaft nicht Verluste erlitten hätte. Es wird eine neue Reserve geschaffen und deshalb die Dividende wie im Vorjahr nur mit 4 1/2 Prozent auf die Vorzugsaktien bemessen. Die Besitzer der Stammaktien erhalten nichts. Die Gesellschaft scheint sehr gut beschäftigt zu sein.

Aus der Düsseldorf-Eisenindustrie liegen wieder einige Nachrichten vor.

Die Düsseldorf-Röhren- und Eisenwalzwerke vormals Pönsgen erzielten 1904 einen Bruttogewinn von 1 689 000 Mark (im Vorjahr 1 204 000 Mark) und berechnen den Reingewinn mit 900 000 Mark (im Vorjahr 670 000 Mark). Der Umsatz nahm nicht so stark zu, er stieg von 22 auf 24 Millionen Mark. Die Dividende beträgt 8 Prozent (im Vorjahr 6 Prozent). Über die Aussichten in diesem Jahre konnten wir nichts erfahren.

Die Aktiengesellschaft Wilhelm Heinrichswerk vormals Grillo in Düsseldorf reduzierte im vorigen Jahre ihr Kapital auf die Hälfte, 625 000 Mark. 1904 erreichte man einen Bruttogewinn von 1 930 000 Mark (im Vorjahr 1 660 000 Mark), als Reingewinn bleiben aber nur 12 000 Mark über (im Vorjahr 6000 Mark), woraus keine Dividende verteilt wird. Die Gesellschaft hat nahezu 500 000 Mark Bankschulden, dieses Kapital steht ebenfalls in den Werken und verzinst sich. Solche Zinsen werden aber bemerkenswerter Weise allgemein nicht zum Reingewinn gerechnet.

Die Aktiengesellschaft Hein, Lehmann & Co. in Berlin und Düsseldorf gehörte durch Jahre zu den höchsten Dividendenzahlern, mehr als 20 Prozent gab es da. Die letzte Krise hat auch bei dieser Gesellschaft einen Zusammenbruch verursacht und für das Jahr 1903 war ein Verlust von 142 000 Mark aus dem Reservefonds zu decken. Für 1904 nun wird ein Reingewinn von 1089 Mark ausgewiesen, natürlich ohne Dividendenzahlung. Der sogenannte Betriebsgewinn stieg von 871 000 auf 971 000 Mark, der Umsatz von 5 804 000 Mark auf 5 933 000 Mark. Die Verwaltung sieht die Wirkung des wirtschaftlichen Niederganges für die Gesellschaft als überwunden an, will zur Beschaffung neuer Mittel das Aktienkapital um 3 1/2 Millionen erhöhen und erwartet für 1905 eine Dividende. Die Bestellungen im neuen Jahre erfolgten zu wesentlich höheren Preisen.

Auch unter den Maschinenfabriken finden sich manche oder viele, die für 1904 ungünstige Bilanzen veröffentlichen. Bei der Kieler Maschinenbaugesellschaft vormals G. Düvel erhöhte sich der vorhandene Verlust von circa 50 000 Mark auf circa 80 000 Mark. Wir können uns nicht denken, daß etwas anderes als Mißwirtschaft daran schuld haben kann.

Der Verlust der Sudenburger Maschinenfabrik erhöht sich von 7100 Mark auf 18 500 Mark.

Die Schaller Ferd- und Ofenfabrik & Kupferschub & Söhne, Aktiengesellschaft, ergab einen Reingewinn von 710 000 Mark (im Vorjahr 640 000 Mark), daraus werden mit 420 000 Mark 12 Prozent (im Vorjahr 11 Prozent) Dividende verteilt. Der Aufsichtsrat erhält die Summe von 76 290 Mark für seine Bemühungen. Da der Absatz steigt, sieht der Vorstand die Aussichten für das neue Jahr als günstiger an, obwohl die Materialpreise gestiegen sind.

Die Kupferwerke Deutschland, Oberrheinische bei Berlin, haben einen Reingewinn von 200 000 Mark (im Vorjahr 84 000 Mark) und verteilen eine Dividende von 7 Prozent (im Vorjahr 3 Prozent). Der Umsatz stieg von 7,2 auf 9,2 Millionen Mark. Die optische Anstalt G. P. Götz in Friedenau hat einen gegen 1903 unveränderten Reingewinn von 680 000 Mark und verteilt ebenso unverändert eine Dividende von 15 Prozent.

Nachdem der Stahlwerkverband die Beteiligungsziffern der Werke für die wichtigsten der Produkte B, Stabeisen und Bleche, um 5 Prozent erhöht, hat er nunmehr dasselbe für Röhren, Schmiedestücke, Eisenbahnachsen, Näder und Radreifen getan.

Wie der Breslauer Generalanzeiger mitteilt, hat das ober-schlesische Roheisensyndikat seine Produktion bis Ende-

Dezember verkauft. Auch für den Absatz der neuen Hochöfen, über die wir kürzlich berichteten, soll schon gesorgt sein. Das Milwaukee Eisenwerk in Friedenshütte zahlt 10 Prozent Dividende gegen 8 Prozent im Vorjahr.

Die schweizerische Regierung ist vorläufig mit dem Ausfuhrzoll auf Eisenerz durchgefallen. In der gemeinsamen Abstimmung beider Häuser wurde das Gesetz abgelehnt. Die Ursache des Unschlusses soll auch in Drohungen Deutschlands mit Gegenmaßnahmen liegen.

Mit der Errichtung einer Filiale des Stettiner Vulkan in Hamburg ist es ebenfalls vorläufig nicht. In der Generalversammlung sah die Verwaltung, daß die Mehrheit der Aktionäre gegen diesen Plan sei, und zog deshalb ihren Antrag unter einem Vorwand zurück, ohne ihn zur Abstimmung zu bringen.

Noch ein drittes Projekt, das desgleichen für die deutsche Industrie von Belang ist, ist wenigstens teilweise gescheitert. Die serbische Regierung beabsichtigte, eine Anleihe aufzunehmen, um Geschütze, Gewehre und Munition zu kaufen und Eisenbahnen zu bauen. Im Laufe der Verhandlungen mit den Banken fiel der Betrag der Anleihe auf die für Serbien sehr hohe Summe von 80 Millionen Franken. Schließlich wurde die Anleihe perfekt, und zwar sollten französische Banken 40 Prozent, deutsche und österreichische je 30 Prozent davon übernehmen. In demselben Verhältnis sollte die Industrie der drei Staaten mit den Lieferungen betraut werden und speziell Schneider in Creuzot die Geschützbestellung erhalten. Als aber das Anleihegesetz vor die serbische Kammer kam, fand die Mehrheit sie zu hoch und die Regierung ging. Jetzt hat die Rheinische Metallwarenfabrik einige Aussicht, mit ihrem oben erwähnten Angebot durchzudringen, und was sonst bestellt werden wird, weiß man nicht. Bemerkenswert ist, daß ein Teil der deutschen Industrie, offenbar Gewehr- und Munitionsfabriken, es abgelehnt haben sollen, Lieferungen für Serbien zu übernehmen, da sie mit Arbeit überhäuft seien. Für die anderen in Betracht kommenden Industriezweige, Schienenwalzwerke, Lokomotiv- und Waggonfabriken, kann dies wohl kaum gelten.

Die internationale Arbeiterschuttkonferenz.

Seit Jahren war die Rede davon, wieder eine internationale Arbeiterschuttkonferenz einzuberufen, nachdem 1890 die erste in Berlin auf Veranlassung des deutschen Kaisers stattgefunden, aber nur geringe positive Resultate gezeitigt hatte. Der Gedanke der internationalen Arbeiterschuttkonferenz ist schon alt, wenigstens relativ alt, da er bereits im Jahre 1841 aufgeworfen wurde. Es war der elsässische Fabrikant Ernst Legend in Steinthal, der 1841 anlässlich der Beratung des Gesetzes über die Kinderarbeit in den Fabriken in der französischen Kammer derselben eine Eingabe zugehen ließ, in der er offenbar die Anregung zu einer internationalen Regelung des Arbeiterschutzes machte. Man kam damals durch die Auffindung eines lithographierten Zirkulars im eidgenössischen Archiv in Bern, daß das Kongressdatum: „1857 Juni 27., ad acta“ trägt. Das Zirkular nennt sich: „Ehrerbietiger Antrag an die Regierungen der industriellen Länder zum Erlaß eines internationalen Gesetzes über die Industriearbeit, dessen Bestimmungen durch Abgeordnete auf einem Kongress in Paris festzusetzen wären.“ Das Motto lautet mit merkwürdiger Bestimmtheit Inhalt und Ziel dessen zusammen, was uns heute noch als Aufgabe der internationalen Regelung der Fabrikarbeit gilt: „Ein internationales Gesetz über die Industriearbeit ist die einzige mögliche Lösung des großen Problems, die Arbeiterklasse an den wirtschaftlichen und materiellen Wohlstand teilzunehmen zu lassen, ohne daß den Industriellen daraus Schaden erwachse oder daß die Konkurrenz zwischen den Industrien der verschiedenen Länder dadurch Abbruch erleide.“

Und nun entwirft Legend ein Projekt eines solchen internationalen Fabrikgesetzes. Im § 1 fixiert er für die Erwachsenen die tägliche Arbeitszeit in den Fabriken auf 12 Arbeitsstunden, welche zwischen halb 6 Uhr morgens und halb 9 Uhr abends fallen sollen. § 2 bestimmt, daß Knaben erst mit 10, Mädchen erst mit 12 Jahren in den Fabriken und Gewerben beschäftigt werden dürfen und zwar bis zum 13. Lebensjahr nur je 6, vom 14. (bis zum 18.?) nur je 10 Stunden im Tage. § 3 fordert den amtlichen Nachweis über das Alter sämtlicher in Fabriken und Gewerben beschäftigter Kinder. Alle Nachtarbeit (das heißt Arbeit zwischen halb 9 Uhr abends und halb 6 Uhr morgens) ist für Knaben unter 18 Jahren sowie für Frauen jeden Alters gänzlich untersagt. § 4 enthält das Verbot aller Sonntagsarbeit. Zum Schluß gibt Legend eine vergleichende tabellarische Übersicht über die verschiedenen, die Arbeit regelnden Bestimmungen der Fabrikgesetzgebung in Frankreich (1841), in England (1833 und 1841) und in Preußen (1835).

Der hier niedergelegte Gedanke der internationalen Arbeiterschuttkonferenz zählte jahrzehntelange Anfechtung. Erst im Dezember 1880 brachte im Schweizer Nationalrat der Oberst Emil Frei den Antrag ein, den Bundesrat einzuladen, mit den hauptsächlichsten Industriestaaten Unterhandlungen anzuknüpfen zum Zwecke der Annahme einer internationalen Fabrikgesetzgebung. Der Antrag wurde angenommen und der Schweizer Bundesrat fragte die hauptsächlichsten europäischen Regierungen um ihre Meinung an, erhielt aber entweder gar keine oder nur ablehnende Antworten, auch von Berlin, weil die verschiedenen nationalen Interessen zu divergierend seien, um eine internationale Regelung zuzulassen. Ein Ende der achtziger Jahre unternahm einer zweiter Versuch hatte mehr Erfolg und es war bereits für den Mai 1890 eine internationale Arbeiterschuttkonferenz in Bern in Aussicht genommen, als der deutsche Kaiser mit seinen Februarerlassen dazwischen trat und eine solche Konferenz für den März 1890 nach Berlin einberief, so daß der Schweizer Bundesrat gezwungen war, sein Projekt fallen zu lassen.

Die Berliner Konferenz beschäftigte sich mit der Regelung der Sonntagsruhe, der Kinder- und Frauenarbeit, der Arbeit in den Bergwerken und faste verschiedene unüberwindliche und schwächliche Beschlüsse, die wohl heute noch nicht in allen Sprachen, die auf der Konferenz vertreten waren, durchgeführt sind. Diese mageren Ergebnisse befriedigten die Arbeiterschaft nicht, namentlich nicht im Hinblick auf das vorzügliche Arbeiterschuttsprogramm, das der internationale Sozialistikkongress von 1889 in Paris aufgestellt und das der Berliner Konferenz zur Berücksichtigung — natürlich ohne Erfolg — eingebracht worden war.

Im Jahre 1887 fand sodann in Zürich der internationale Arbeiterschuttkongress statt, an dem Sozialdemokraten, Ultramontane, Christlich- und Evangelisch-Soziale beteiligt waren. Der Kongress nahm einen ausgedehnten Verlauf und er stellte ein umfangreiches und gutes Arbeiterschuttsprogramm auf und er war zu mindest eine bedeutungsvolle Kundgebung für den internationalen Arbeiterschutts.

Vor mehreren Jahren wurde die internationale Vereinigung von bürgerlichen Sozialreformern und einigen zum Beispiel Schweizer Sozialdemokraten gegründet und das internationale Arbeitsamt in Basel errichtet, das von verschiedenen Regierungen mit insgesamt 26000 Mk. pro Jahr subventioniert wird, damit jedoch seine Bedeutung nicht verlieren kann so daß es eine Schulbankrott von etwa 40000 Fr. hat. Es ist abermals bezeichnend für die großen Staaten Deutschland, Frankreich, Österreich, Italien, die Vereinigten Staaten u. d. w. ungeachtet ihrer für den vollenständigen und internationalen Sozialismus übrig haben, daß sie nur Beiträge von 800 bis 6000 Mk. (Deutschland) an diese soziale Institution beisteuern, also für eine enorme Kulturfrage nicht die notwendigen Summen aufbringen wollen.

Vor mehreren Jahren fragte der Schweizer Bundesrat bei den Regierungen überhaupt an wegen der neuerlichen Unterbrechung einer Arbeiterschuttkonferenz, jedoch vergeblich. Da machte die genannte Vereinigung hierzu bei der Schweizer Regierung eine beglückliche Anregung und schlug schließlich zwei Punkte für die Tagesordnung vor: Das Verbot des gelben oder weißen (glühigen) Phosphors für die Zündholzfabriken und das Verbot der Nachtarbeit der verheirateten Frauen. Jetzt hatte eine aber-

malige Anfrage bei den Regierungen der europäischen Industriestaaten Erfolg und nun fand vom 8. bis 17. Mai die zweite internationale Arbeiterschuttkonferenz der Regierungen in Bern statt.

15 Regierungen hatten 44 Vertreter entsandt. Die vertretenen Staaten sind: Deutschland, Österreich, Ungarn, Italien, Spanien, Großbritannien, Frankreich, Luxemburg, Belgien, Norwegen, Schweden, Holland, Portugal, Dänemark und die Schweiz. Deutschland war vertreten durch die Geheimräte Kaspar und Koch im Reichsamt des Innern, Geheimrat Fried im preussischen Handelsministerium und Legationsrat Weyh im auswärtigen Amt. Unter den 44 Regierungsv Vertretern waren auch einige Sozialdemokraten und Arbeitervertreter, so Otto Lang-Zürich, Präsident des Schweizer Arbeiterbundes, Heinrich Scherrer-St. Gallen, Regierungs- und Nationalrat und Präsident der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, ferner Keiser-Paris, Generalsekretär der Fédération du travail de la livre.

Die Konferenz tagte im festlich geschmückten Ständeraatsaal unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Die erste Sitzung wurde ausgefüllt mit der Eröffnungsrede des Schweizer Bundesrats Deucher und mit der Wahl des Bureaus, die zweite vom 9. Mai mit der Wahl von zwei Kommissionen für die beiden Fragen der Tagesordnung, die für die Plenarsitzung Anträge vorzubereiten hatten. Zur Ausfüllung der vielen freien Zeit war ein umfangreiches Vergnügungsprogramm vorgesehen, das bedeutend reichhaltiger war als das Arbeitsprogramm und das den Herren angenehme Abwechslung von Dinern, Banketten und Ausflügen bot.

In der Eröffnungssitzung vom 17. Mai marschierten die Kommissionen mit ihren Anträgen auf, nach denen auch Beschlüsse gefaßt wurden. In der Frage des Phosphorverbots gelangte folgendes Übereinkommen zur Annahme:

Art. 1. Vom 1. Januar 1911 an ist die Herstellung, die Einfuhr und der Verkauf von Zündhölzern, die weißen (gelben) Phosphor enthalten, verboten.

Art. 2. Die Urkunden über die Ratifikation sollen spätestens am 31. Dezember 1907 hinterlegt werden.

Art. 3. Die Regierung von Japan wird eingeladen werden, bis zum 31. Dezember 1907 den Beitritt zu diesem Übereinkommen zu erklären.

Art. 4. Das Übereinkommen tritt in Kraft, wenn die auf der Konferenz vertretenen Staaten und Japan beigetreten sind.

Bezüglich des Verbots der Nachtarbeit der Frauen kam folgendes Übereinkommen zustande:

Art. 1. Die industrielle Nachtarbeit der Frauen soll ohne Unterschied des Alters unter Vorbehalt folgender Ausnahmen verboten sein. Das Übereinkommen erstreckt sich auf alle industriellen Unternehmungen, in denen mehr als zehn Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind. Es findet keine Anwendung auf Anlagen, in denen nur Familienglieder tätig sind. Jeder der vertragsschließenden Teile hat den Begriff der industriellen Unternehmungen festzustellen. Unter allen Umständen sind aber hierzu zu rechnen Bergwerke und Steinbrüche, sowie die Bearbeitung und Verarbeitung von Gegenständen. Dabei sind die Grenzen zwischen Industrie einerseits, Handel und Landwirtschaft andererseits, durch die Gesetzgebung jedes Staates zu bestimmen.

Art. 2. Die im vorhergehenden Artikel vorgesehene Nachtruhe hat eine Dauer von mindestens elf aufeinanderfolgenden Stunden. In diesen elf Stunden soll in allen Staaten der Zeitraum von 10 Uhr abends bis 5 Uhr morgens eingerechnet sein. In denjenigen Staaten jedoch, in denen die Nachtarbeit der erwachsenen industriellen Arbeiterinnen gegenwärtig nicht geregelt ist, darf die Dauer der ununterbrochenen Nachtruhe während einer Übergangsfrist von höchstens drei Jahren auf zehn Stunden beschränkt werden.

Art. 3. Das Verbot der Nachtarbeit kann außer Kraft treten: 1. Im Falle einer nicht voraussetzenden, sich nicht periodisch wiederholenden Betriebsunterbrechung, die auf höhere Gewalt zurückzuführen ist. 2. Für die Verarbeitung leicht verderblicher Gegenstände zur Verhütung eines sonst unvermeidlichen Verlustes an Rohmaterialien.

Art. 4. In den dem Einfluß der Jahreszeit unterworfenen Industrien (Saisonindustrien), sowie unter außergewöhnlichen Verhältnissen in allen Betrieben kann die Dauer der ununterbrochenen Nachtruhe an 60 Tagen im Jahre bis auf 10 Stunden beschränkt werden.

Art. 5. Die Urkunden über die Ratifikation des Übereinkommens sollen spätestens am 31. Dezember 1907 hinterlegt werden.

Für das Inkrafttreten des Übereinkommens wird eine Frist von drei Jahren bestimmt, die von der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden anzurechnen ist. Diese Frist soll zehn Jahre betragen 1. für die Fabriken, die Holzdruck aus Holzen herstellen; 2. für die Schiffsbauindustrie und -Spinnerei; 3. für die Arbeiten über Tag in Bergwerken, sofern diese Arbeiten für die Dauer von mindestens vier Monaten im Jahre infolge von klimatischen Verhältnissen eingestellt werden müssen.

Das also ist das ganze Ergebnis der neuntägigen Kraftanstrengungen der internationalen Arbeiterschuttkonferenz. Wenn ein Kongress der organisierten Arbeiterschaft nicht mehr leisten würde in einem Tage, die Arbeiter würden den Delegierten die Entschädigung von Diktoren verweigern.

Die kleine Schweiz hat vor Jahren das Phosphorverbot erlassen und durchgeführt, natürlich ohne jeden Schaden für das Land. Auf dieser sogenannten Arbeiterschuttkonferenz aber erklärte die österreichische Delegation, daß sie nur unter der Bedingung dem Phosphorverbot zustimmen könne, daß sich auch das im feinen Österrischen Gesetz dem Übereinkommen anschließen und die Konferenz nahm diese Bedingung an. Verweigert nun Japan den Anschluß, so fällt das Übereinkommen dahin und die internationale Arbeiterschuttkonferenz hat dann wohl die Interessen des Unternehmertums und des Kapitals wahrgenommen, jedoch nicht die der Arbeiter, sie hat Arbeiterrecht aber nicht Arbeiterschutts geschaffen.

Und tritt nun Japan dem Übereinkommen bei, so soll es erst in sechs Jahren, im Jahre 1911 wirksam werden. Bis dahin können dann immer noch Hunderte, vielleicht gar Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen der schrecklichen Phosphorvergiftung zum Opfer fallen. Nicht viel mehr Bedeutung hat das Übereinkommen betreffend das Verbot der Nachtarbeit der Frauen. In den meisten Industriestaaten besteht dieses Verbot bereits, es bringt also einen eigentlichen Fortschritt, eine Herabsetzung auf dem Gebiet der Arbeiterschuttsgebung von irgendwelcher Bedeutung nicht. Sodann bestimmt es nur die elfstündige Nachtruhe; die Schweizer Delegation verlangte die zwölfstündige, sie drang damit jedoch nicht durch. Das Übereinkommen sieht verschiedene Ausnahmen vor und endlich soll es auch erst im Jahre 1911, für eine Reihe namhafter Industrien gar erst 1918, in Kraft treten!

In der Eröffnungssitzung der Konferenz wurden mehrere Reden gehalten, in denen sich die Herren Geheimräte gegenseitig becomplimentierten und lobpfeiften und ihre Leistungen in helles Licht rücken. Der deutsche Geheimrat Kaspar ist sehr aber doch das Bemerkenswerteste, daß die internationale Arbeiterschuttkonferenz recht geringe Arbeit geleistet, eigentlich nur ein „sozialpolitisches“ Bandel gelegt habe, denn bescheiden meinte er, das Urteil über die Arbeit der Konferenz abzuwarten zu wollen. Auch der Schweizer Bundesrat Deucher bezeichnete das Übereinkommen betreffend das Phosphorverbot als bescheiden, während er sich von dem andern Übereinkommen befriedigt erklärte.

Die Arbeiterschaft ihrerseits ist aber sehr enttäuscht von der bedeutungslosen Leistung der Konferenz, obwohl sie nach den Erfahrungen mit jener von 1890 und im Hinblick auf die unbedeutende Tagesordnung der Berner Konferenz davon nur geringe Erwartungen faßte. Der häufigste Ausweg der Berner Konferenz distanziert den Gedanken dieser offiziellen internationalen Zusammenkünfte und er verleiht jede Aussicht darauf, auf diesem Wege den Gedanken der internationalen Arbeiterschuttsgebung zur Tat zu machen. Bei solchen Zusammenkünften der internationalen Arbeiterschuttkonferenz sieht sich die Arbeiterschaft nach wie vor auf die eigene Kraft angewiesen, auf die Selbsthilfe durch ihre gewerkschaftlichen Organisationen und durch den Kampf mit dem Unternehmertum; ferner auf die Erringung politischer Macht durch zunehmende Verfestigung ihres politischen Einflusses, um die Gesetzgebung zu weiteren Fort-

schritten, zum kräftigen Ausbau des Arbeiterschutts anzuspornen. Nur durch die energische Verfolgung dieses Weges in allen Ländern, durch die Förderung der nationalen Arbeiterschuttsgebung können wir zu einer internationalen Arbeiterschuttsgebung kommen. — r.

Cariffbewegung in der Maschinenindustrie München.

Die Fabrikanten, von denen wir in Nr. 20 berichteten, daß sie die Maßregelungen eingestellt hätten, haben kurz darauf wieder viele Maßregelungen vorgenommen. Am 22. Mai waren 1002 Mann an der Bewegung beteiligt. Auf die einzelnen Firmen trafen: Landes 63 Streikende und 16 Ausgesperrte, Rathgeber 127 Streikende und 80 Ausgesperrte, Maffei 236 Streikende und 480 Ausgesperrte; zusammen 426 Streikende und 576 Ausgesperrte. Die Maßregelungen setzten jedoch erst wieder ein, als ein von den Fabriken erlässener Lebes seine Wirkung verfehlte. Am 10. Mai wurde von drei Firmen folgender Anschlag erlassen:

„Hiemit werden die im Ausstand befindlichen Arbeiter, mit Ausnahme derjenigen, welche wegen schlechten Geschäftsganges entlassen werden mußten, aufgefordert, sich bis längstens Samstag, den 13. Mai, abends 4 Uhr, bei den betreffenden Werkmeistern zur Wiederaufnahme der Arbeit zu melden. Alle Arbeiter, welche sich bis zu diesem Zeitpunkt nicht gemeldet haben, sind entlassen und können ihre Papiere und Lohnabrechnungen im Kontor abholen. Nicht abgeholt Papiere werden mit eingeschriebenem Brief zugestellt. Nach diesem Tage finden nur einzelne Aufnahmen nach Bedürfnis statt und behält sich die Direktion die Entscheidung in jedem einzelnen Falle vor. Außerdem werden die betreffenden Arbeiter als neu aufgenommen betrachtet. Sollte der Betrieb in den ausländischen Werkstätten in obiger Zeit nicht aufgenommen werden können, so würde sich die Direktion gezwungen sehen, in den sämtlichen übrigen Werkstätten weitere erhebliche Entlassungen vorzunehmen, da es unter den jetzigen Verhältnissen unmöglich ist, den Betrieb im bisherigen Umfang aufrecht zu erhalten.“

Der Anschlag verfehlte seine Wirkung. Ganz kühl nahmen die Streikenden davon Kenntnis und ließen sich die Papiere in die Wohnung zufließen. Die Fabrikanten hatten überhaupt nicht geglaubt, daß die Solidarität der Arbeiter schon soweit gediehen sei, daß die Arbeiter der Werkstätten, die in Streik traten, bis auf den letzten Mann die Arbeit niederlegten, die anderen Arbeiter prompt jede Streikarbeit verweigerten und sich lieber auf die Straße setzen ließen. Diese Disziplin hatten die Fabrikanten nicht erwartet. Der Anschlag sollte die Arbeiter niederschmettern. Man rechnete damit, daß Arbeiter, die 30 und mehr Jahre in den Betrieben sind, umfallen werden, um so mehr als man ihnen drohte, sie als neuaufgenommenen zu betrachten, wodurch sie der so gerühmten Wohlfahrts-einrichtungen verlustig gehen würden. Aber auch dieses versagte nicht, und so mußte man weitere Maßregelungen durchführen, da die Betriebe steckten. Dabei wurde ziemlich rücksichtslos verfahren. Mit Vorliebe wurden ältere Arbeiter herausgeschmissen, jedenfalls um den Mut der Streikenden zu drücken. Jedoch gerade das Gegenteil traf ein, einmütig stießen Streikende und Gemahrgestellte Schulter an Schulter, um den Kampf für die minimalen Forderungen zu führen. Am 10. Mai richtete Herr Gerichtsrat Dr. Brenner, Vorsitzender des Gewerbegerichtes, folgendes Schreiben an die Firmen Maffei, Krauß & Co., Rathgeber und Landes:

„Schon seit Wochen beschäftigen die zwischen den Münchener Maschinenfabriken und deren Arbeitern ausgebrochenen Differenzen die öffentliche Meinung. Auf beiden Seiten ist bereits namhafter Schaden erwachsen. Die beiderseitigen Verhandlungen sind eingestellt und das Ende der Bewegung ist noch gar nicht abzusehen. Unter diesen Umständen kann wohl nur eine vermittelnde Stelle vielleicht die strittigen Fragen zu beiderseitiger Zufriedenheit lösen. Gemäß § 65 des Gewerbevertragsgesetzes soll der Vorsitzende des Gewerbegerichtes bei Streitigkeiten über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses auf die Anrufung des Einigungsamtes hinzuwirken suchen und dieselbe den Beteiligten bei geeigneter Veranlassung nahelegen. Ich komme hiemit dieser meiner gesetzlichen Verpflichtung nach und erlaube Sie dringend, sich vor dem Gewerbegericht als der durch Reichsgesetz geschaffenen Einigungsbehörde in Verhandlungen einzulassen. Ich glaube, auf Grund meiner bisherigen praktischen Erfahrungen die Hoffnung auf eine glückliche Beilegung der Sache durch beiderseitiges Entgegenkommen hegen zu können. Sollte sich wider Erwarten diese meine Hoffnung nicht erfüllen, so haben Sie wiederholt den guten Willen gezeigt, die Streitigkeiten mit ihren Arbeitern auf geglichem Wege gütlich auszugleichen. Die Verhandlungen vor dem Einigungsamt sind auf beiderseitigem freien Willen aufgebaut. Rechtliche Verpflichtungen gegen Ihren Willen können Ihnen hieraus niemals erwachsen. Sie übernehmen also keinerlei Risiko. Wenn ich Ihnen hiemit meine Vermittlung anbiete, so wollen Sie von vornherein die Überzeugung haben, daß ich Ihnen meine Zeit und Kraft nur im Interesse der ungeführten Entwicklung der Münchener Industrie und der Wohlfahrt der beteiligten Arbeiter sehr gerne zur Verfügung stelle.“

Die Antworten der Firmen sind zwar verschieden, lassen jedoch deutlich erkennen, daß Scharfmacher die Berater waren. Die Firma Krauß & Co. antwortete: „Sie danken verbindlich für die in dem Schreiben gegebenen Erläuterungen, sowie für die entgegenkommender Weise angebotene Unterstützung. „Gleichzeitig gestalten wir uns aber, höflich darauf hinzuweisen, daß in unseren Betrieben mit voller Belegschaft gearbeitet wird, so daß ein Umlauf zu irgendwelchen Einigungsverhandlungen derzeit nicht gegeben ist.“ Die Firma Landes schrieb: „Wir danken Ihnen verbindlich für Ihr freundliches Vermittlungsanbieten. Ich erlaube mir jedoch zu bemerken, daß ich meinen Arbeitern sowohl mündlich wie schriftlich mein äußerstes Entgegenkommen mitgeteilt habe, weitere Zugeständnisse zu machen ist ein Ding der Unmöglichkeit und kann ich deshalb solche nicht mehr machen. Bezüglich Verhandlungen erlaube ich mir zu bemerken, daß ich nur mit meinen Arbeitern innerhalb meiner Fabrik verhandeln kann und werde, eine Verhandlung vor oder mit dritten Personen aber zu meinem Bedauern prinzipiell ablehnen muß.“

Die Firma Rathgeber, deren nunmehr erkrankter Direktor Schrauth am 27. April noch vor dem Einigungsamt erschien, erklärte: „prinzipiell verhandele ich nicht,“ hat den prinzipiellen Standpunkt aufgegeben. Sie schrieb: „Auf das geschätzte Schreiben beziehe ich mich zu erwidern, daß ich mit von einer Verhandlung am Gewerbegericht nach den bisherigen Erfahrungen keine Besserung der derzeitigen Lage verspreche, um so mehr als von meiner Seite weitere Zugeständnisse nicht mehr gemacht werden können. Dieser Standpunkt ist wohl begründet durch die ungünstige Lage der Industrie in München, veranlaßt durch hohe Frachten auf Rohmaterial, Kohlen u. s. w., sowie weitere Frachten auf Fertigprodukte in das Absatzgebiet, ferner durch niedrige Arbeitslöhne bei mindestens gleichen Löhnen mit dem Rheinland und Westfalen und durch die vielen Ferkeltage. Ich halte es deshalb für zweckmäßig, abzuwarten, bis sich die Verhältnisse wieder zur Aufnahme der Arbeit bereit erklären.“

Die reichsrätliche Firma Maffei schrieb: „Auf das geschätzte Schreiben beziehe ich mich zu erwidern, daß nach den bisherigen Erfahrungen bei Differenzen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern Verhandlungen vor Gewerbegerichten als Einigungsämtern größtenteils nur auf Kosten der Industriellen zu einer Verständigung führten. Insbesondere beweisen dies auch die vorjährigen Verhandlungen bei dem Ausstand meiner Maschinen- und Senderverhältnisse. Nun laßt meine Firma, die in Bayern nur circa 40 Prozent ihrer Erzeugnisse absetzen kann, gegenüber der Konkurrenz in den umgibt günstiger gelegenen Rheinländern, dem Saargebiet u. s. w. bei erheblich kürzerer Arbeitszeit bereits außerordentlich hohe Löhne. Dabei hat sie sowohl für den Absatz in Bayern als insbesondere für jenen, der über Bayern hinausgeht (circa 60 Prozent), mit außerordentlich hohen Mehrfrachten (diese betragen teilweise über 50 Prozent der aufgewandten Löhne) zu rechnen. Weitere Zugeständnisse sind deshalb ausgeschlossen. Ich bedaure somit, mir von der engereinstellten Verhandlung nichts versprechen zu können und darauf verzichten zu müssen.“

Also deshalb wird nicht verhandelt, weil man sich keine Vorteile verspricht. Man hat heiligmäßigen Respekt vor Verhandlungen an unparteilicher beherrschender Stelle. Die Verhandlungen hätten

gelehrt, daß die armen Industriellen die Sache bezahlen mußten. Ja, wenn die Arbeiter bluten müßten, wäre es ganz was anderes. Es muß schon schmerzhaft um Ablehnungsgründe bestellt sein, wenn man mit solchen Argumenten dem Gesetz und den Behörden ins Gesicht schlagen muß. Die Herren erdrücken sich, von Erfahrungen zu sprechen. Wo haben dieselben solche gemacht? Selbst nicht. Die Verhandlungen der Arbeiter- und Maschinenbauer sollen den Beweis geliefert haben. Der Vertrag hat nur den Beweis geliefert, daß die Firma Nutzen davon gehabt hat, denn es ist in kürzerer Zeit mehr geleistet worden wie früher, ohne daß die Firma höhere Marktpreise bezahlt. Von Zugeständnissen kann kaum die Rede sein. Die Firma Maier hat sogar Verschlechterungen in Aussicht gestellt. Das ist zu beklagen. Die hohen Frachtkosten sollen die Arbeiter entgelten, das ist so der richtige kapitalistische Klassenstandpunkt. Der arme Teufel hat die Schäden der geographischen Lage und der wahnwitzigen Produktionsweise zu tragen.

Auch der Erlaß der bayerischen Regierung, der den Gewerbeschlichtsbeamten nahelegt, es als ihre vornehmste Aufgabe zu betrachten, auf die Schaffung von Tarifverträgen hinzuwirken, klammert die Herren nicht. Man sieht auch reichhaltliche Betriebe auf das Gesetz und die Regierungserlasse pfeifen, trotzdem 40 Prozent der Produktion in Bayern abgesetzt werden.

Eine Vorstellung der Kollegen Meißel und Föschinger beim Reichspräsidenten hatte den Erfolg, nachdem dem Minister die ganze Sache eingehend geschildert war, daß derselbe erklärte: Man hätte keine Veranlassung, von den Lieferungsverhältnissen abzugehen. Auch wollte er sich mit den Herren in Verbindung setzen, denn auch sein Wunsch wäre, daß die Verhandlungen vor dem Einigungsamt und unter Zuziehung der beiderseitigen Organisationen eingeleitet würden. Ein Schreiben, das befragt, daß der Minister sich an die Firmen gewandt habe, ging auch bei dem Deutschen Metallarbeiter-Verband ein. Der Minister mußte aber leider bereits am 29. Mai einer Deputation der Arbeiter erklären, daß sein Versuch, eine Verhandlung zwischen Arbeitern und Unternehmern herbeizuführen, gescheitert sei. Es ist das ein sonderbarer Kontrast zum Ministererlaß, der darauf hinarbeitet, daß von den Behörden die Schaffung von Tarifgemeinschaften gefördert werden sollen. Der Minister erklärte, daß die Wünsche, eine Verhandlung vor dem Einigungsamt zu erzielen, sehr zweifelhaft seien, da die scharfmacherischen Unternehmer es auf eine Kraftprobe ankommen lassen wollen. Dem haben die Unternehmer durch die angebotene Ausperrung auch deutlich Ausdruck gegeben. Die Metallarbeiter Münchens haben am 29. Mai darauf die gebührende Antwort erteilt. In zwei äußerst zahlreich besuchten Versammlungen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige, sehr zahlreich besuchte Versammlung der Metallarbeiter hat von der Bekanntmachung der bayerischen Metallindustriellen-Verband angeschlossenen Firmen Kenntnis genommen. Sie brüht den bisher kämpfenden Kollegen ihre Anerkennung für ihr solidarisches Verhalten aus und ermahnt sie, auch fernerhin, trotz der Stellung der Arbeitgeberorganisation, die bisher jede Verhandlung unmöglich machte, in gleichem Sinne weiterzukämpfen. Die Versammelten erklärten sich bereit, zur Führung des bevorstehenden Kampfes für materielle Unterstützung sorgen zu wollen. Die Kollegen mit einem Wochenverdienst bis 21 Mk. sollen 50 Pf., diejenigen mit einem solchen von über 21 Mk. 1 Mk. pro Woche an die zuständigen Organisationen abliefern.“

Eine weitere Versammlung fand am 30. Mai statt, die ebenfalls einen glänzenden Verlauf nahm. In dieser teilte Kollege Föschinger mit, daß insgesamt 1106 Mann ausgesperrt sind oder streiken. Die Kollegen Föschinger in einer der Versammlungen am 29. Mai ausführte, wird den Optimisten, die glaubten, die Unternehmer in München seien aus besserem Glauben als die Norddeutschen, die Bekanntmachung der Scharfmacher betreffend die Ausperrung wohl endlich die Augen geöffnet haben. Doch brauchen die Arbeiter trotz der brutalen Drohung sich nicht allzusehr zu beunruhigen, denn es finden sich bei den Unterschriften der Firmen, die mit der Ausperrung drohen, Namen, die ein Lächeln hervorrufen. Da ist an erster Stelle das Eisenwerk genannt, das sich nur durch schamlose Kontinenz knapp über Wasser zu halten vermag. Wenn eine solche Firma bei dem Versuch, durch einen verschärften Druck auf die miserabel bezahlten Arbeiter sich noch weiter fortzusetzen zu können, zugrunde geht, so ist es nicht schade darum. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Maschinenbau-Gesellschaft. Das aber die Firmen, obwohl sie die Bekanntmachung unterschrieben haben, nicht einig sind und gewissermaßen nur unter dem Zwange des Überkommens in die Ausperrung gewilligt haben, geht daraus hervor, daß die Münchener Motorenfabrik kurz nach der Bekanntgabe der Ausperrungsdrohung ihren Arbeitern einen Nevers zum Unterzeichnen vorlegte, durch den sich die Arbeiter zu vierwöchentlicher Kündigung verpflichten sollten.

Der Streik in der Maschinenbauaktiengesellschaft Nürnberg

dauert fort. Die Direktion sucht nun das Publikum in ihrer Weise „aufzuklären“, sie veranlaßt die bürgerliche Presse einen Wackeltettel, in dem es heißt:

„Mit diesen Zugeständnissen schaffen wir unseren Arbeitern weit bessere Arbeitsbedingungen als in ungleich günstiger gelegenen Industriegebieten am Rhein und an der Saar im allgemeinen in Kraft sind. Dabei ist zu beachten, daß wir von unserer Produktion den größten Teil wieder über Bayern hinaus, und zwar im Maschinenbau teilweise bis zu 95 Prozent, hauptsächlich nach dem Rheinland und der Saar, woher wir Kohlen und Eisen beziehen müssen, absetzen. Wir haben aus dieser Maschinenabfertigung durchschnittlich 46 Mk. pro 1000 Kilogramm Mehrertrag als der rheinische Konkurrent. Die Herstellungspreise für diese Maschinen betragen aber nur 70 bis 150 Mk. pro 1000 Kilogramm. Die Mehrerträge belasten uns daher mit 30 bis 66 Prozent der Herstellungspreise vorweg zu unseren Ungunsten. Jrgend ein Ausgleichsmittel haben wir hierfür nicht. Ähnlich, wenn auch nicht ganz so ungünstig, liegen die Verhältnisse bei Wagen, die über das bayerische Bayern hinausgehen. Aber auch bei Wagen, die im bayerischen Bayern verbleiben, haben wir mit Mehrerträgen gegen unsere rheinische Konkurrenz zu rechnen. Wir hoffen, daß diese Darlegungen zur Klärung dienen.“

Dieses Bild hat Herr Nieppel in den letzten Jahren immer wieder gesungen. Das ist den Arbeitern nun zum Überdruß geworden. Die fränkische Tagespost fertigt den Herrn wie folgt ab: „In der Erklärung der Direktion wird zugestanden, daß die Arbeiter weitgehendes Entgegenkommen gezeigt haben, indem sie ihre ursprünglichen Forderungen, die sicherlich nicht unerfüllbar waren, ganz erheblich ermäßigten. Die Betriebsleitung dagegen beharrt hartnäckig auf dem Standpunkt: 58 Stunden müssen es sein. Die von der Betriebsführung gegebene Darstellung über die ungünstigere Lage der bayerischen Industrie gegenüber der rheinischen Konkurrenz kann nur mit großer Einschränkung akzeptiert werden. Daß die Maschinenbauaktiengesellschaft ihren Arbeitern bessere Arbeitsbedingungen gewährt, wie die rheinische Industrie ihren Arbeitern, ist nicht erwiesen.“

Die höheren Frachtkosten bestehen nicht nur für die Maschinenbauaktiengesellschaft, sondern für die ganze Industrie. Der Unterschied der Frachtkosten ist nicht von der Bedeutung, wie man den Arbeitern glauben zu machen versucht. Wäre dem so, dann könnte sich die Maschinenindustrie überhaupt nur im Rheinland halten. Tatsächlich ist dort dieser wichtige Industriezweig verhältnismäßig spät eingeführt beziehungsweise fräftig entwickelt worden. Für die Großindustrie kommen außer den Frachtkosten noch eine Reihe anderer Verhältnisse in Betracht: Geschulte Arbeiter, rationeller Maschinenbetrieb, verfügbare Kapitalien u. s. w. Der Unterschied in den Frachtkosten hat zwischen der rheinischen und fränkischen Maschinenindustrie immer bestanden und die so gezielte Entwicklung, namentlich der Gravier-Metallische Werke, nicht hindern können. Abgesehen hat die fränkische Industrie gegenüber der rheinischen aus Vorteilen. Im katholischen Rheinland werden jährlich 17 bis 22 Tage weniger gearbeitet wie bei uns, infolge der vielen katholischen Feiertage im Rheinland. Dazu kommt, daß nirgends in der Welt so intensiv gearbeitet wird, wie in Franken, speziell in Nürnberg-Fürth. Endlich, daß eine so geringfügige Verkürzung der Arbeitszeit mit Leichtigkeit eingeholt werden kann, selbst dann, wenn die Arbeitskraft vorher schon ziemlich angespannt war. Wenn es nur die Angestrengtheit sein sollte, die die Betriebsleitung bei ihrem Verhalten leitet, dann mache man einmal ein Jahr hindurch den Versuch mit der 57stündigen Arbeitszeit; die Erfahrung wird lehren, daß die Gesellschaft dabei nicht schlechter fährt, wie mit der 59 1/2-stündigen Arbeitswoche. Übrigens ist es nicht richtig, daß von den 3800 Arbeitern nur etwa „der dritte Teil in den Ausstand getreten ist“, nach unseren Informationen haben nahezu alle Arbeiter die Arbeit niedergelegt.“

Am 24. Mai erließ die Direktion durch Anschlag an den Fabrikatoren folgenden Mass:

„Wir fordern hiermit unsere in dem Ausstand befindlichen Arbeiter auf, sich bis längsten Freitag den 26. dieses Monats, 8 1/2 Uhr, zur Arbeit zu melden.“

Wer bis zu diesem Zeitpunkt sich nicht gemeldet hat, gilt für uns als endgültig ausgestreut.

Papier und Lohnabrechnungen können sofort beim Hausmeister an der Kayswangerstraße abgeholt werden.

Mit der Abholung der Papiere und Lohnabrechnungen, längstens aber bis 31. Mai, sind die Kleiderchränke und Werkzeugkästen zu räumen und im Besitz befindliche Werkzeuge abzuliefern. Nach dem 31. Mai lassen wir die Schränke und Kästen öffnen. Darin vorgefundene, uns nicht gehörige Gegenstände werden, ohne Gewähr dafür zu übernehmen, bei dem Hausmeister hinterlegt.

Es ist selbstverständlich, daß die ausgestreuten Arbeiter ihre Rechte und Vergünstigungen auf Wohlfahrts-Einrichtungen verlieren. Soweit später wieder Einstellungen ausländischer Arbeiter überhaupt vorgenommen werden können, gelten diese Einstellungen nur als Neueintritte.“

Dieser Lockruf hatte keinen Erfolg. Am 26. Mai fanden sich zwar vor den Fabrikatoren zahlreiche Streikende ein, aber in die Fabrik ging niemand hinein! Als in den Streiklokalen bei dem Appell am Freitag morgen mitgeteilt wurde, daß kein einziger der Aufforderung der Direktion Folge geleistet hatte, herrschte eine allgemeine Freude über das Solidaritätsgefühl unter den Streikenden.

Die Arbeiter des Augsburger Werkes der Vereinigten Maschinenfabriken Augsburg-Nürnberg haben sich den Nürnberger Kollegen angeschlossen. Als die Augsburger Direktion davon Wind bekam, verkürzte sie die Arbeitszeit „freiwillig“ um zwei Stunden (von 61 auf 59 Wochenstunden). Die Arbeiter hielten aber trotzdem eine massenhafte besuchte Versammlung ab, in der folgende Forderungen einstimmig zum Beschluß erhoben wurden: 57stündige wöchentliche Arbeitszeit, Festsetzung von Minimal-Lohnsätzen für sämtliche Arbeiten, 10 Prozent allgemeine Lohnerhöhung für den ganzen Betrieb, 25 Prozent Zuschlag für Überstundenarbeit vor 8 Uhr abends, 50 Prozent Zuschlag für Überstunden nach 8 Uhr abends und an Sonntagen; Wegfall der Bestimmung, daß fünf Minuten vor Beginn der Arbeitszeit das Tor zu passieren ist, Verbesserung einer ganzen Reihe hygienischer und sanitärer Verhältnisse, wöchentliche Lohnzahlung.

Der Gewaltstreik der Metallindustriellen.

Am 26. Mai haben die neun größeren Firmen der Münchener Metallindustrie verlangt, daß in allen Betrieben, in denen Lohnbewegungen zu verzeichnen waren, am 2. Juni bedingungslos die Arbeit aufgenommen werden müsse, im andern Falle werden die Betriebe gänzlich eingestellt und nach einer weiteren Frist die Betriebseinstellungen auf ganz Bayern ausgedehnt.

Die bedingungslose Unterwerfung wurde einmütig von den Arbeitern zurückgewiesen.

Nun ließen die organisierten Unternehmer die Maske fallen und zeigten, daß der Zweck ihres Vorgehens war: die Arbeiterorganisationen zu vernichten! Am 2. Juni, wurde in den Betrieben folgende Bekanntmachung angeschlagen:

Bekanntmachung.

Nachdem die Arbeit bei den vom Ausstand betroffenen Firmen nicht wieder aufgenommen worden ist, wird unter Hinweis auf die Bekanntmachung vom 28. Mai d. J. der

Betrieb am Samstag den 3. Juni d. J., Nachmittag, mit Schluß der Arbeitszeit eingestellt.

Die unterzeichnete Firma fordert jene Arbeiter, die in Treue zu ihrem Arbeitgeber zu halten gewillt sind, auf, dieser Gesinnung auch Ausdruck zu geben, und ist zu diesem Zwecke eine Erklärung nachstehenden Inhaltes abzugeben:

„Ich Unterzeichneter erkläre hiemit, daß ich nicht Mitglied irgend einer Arbeiterorganisation bin und das Vorgehen der sogenannten Arbeiterführer auf das schärfste verurteile. weil beide nur Unfrieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern säen und gleich schädliche Folgen für Industrie und Arbeiterschaft hervorrufen.“

Ich erkläre, daß ich weder streikende noch ausgesperrte Arbeiter mit Beiträgen unterstützen werde, und genehmige ausdrücklich die Veröffentlichung dieser meiner Erklärung und Unterschrift.“

Die unterfertigte Firma wird diejenigen Arbeiter, die diese Erklärung unterzeichnen, soweit es irgendwie möglich, vom Lohnenden

Montag den 5. Juni d. J., Morgen.

ab unter Anrechnung der bisherigen Dienstzeit wieder einstellen. Sollte die Anzahl der Unterzeichner eine so geringe sein, daß die gänzliche Betriebseinstellung gleichwohl weiter erforderlich erscheint, so trifft die Verantwortung für die aus der Betriebseinstellung dem Einzelnen erwachsenden Folgen die Organisationen. Formulare zur Erklärungsabgabe werden jedem Arbeiter zugestellt, liegen außerdem auch beim Portier auf und sind längstens bis

Samstag den 3. Juni d. J., Mittag 12 Uhr,

unterscriben oder nicht unterschrieben in verschlossenem Kuvert abzugeben.

München, den 2. Juni 1905.

(Name der Firma.)

So werden also Arbeiter, die mit der bisherigen Bewegung gar nichts zu tun hatten, brutal auf Pfaster geworfen und nur gegen niederträchtigen Verrat und Inedliche Unterwerfung gestattet man ihnen, weiter arbeiten zu dürfen. Gab es bisher noch Rankelmütige, dieses freche Verlangen eines prologischen Unterwerfungslängels“ war geeignet, sie auf die richtige Bahn zu bringen. Die Arbeiter sollen Verrat an ihrer Organisation üben, in dem gleichen Augenblick, in dem die Unternehmertypen die Macht ihrer Organisation gegen die Sklaven ins Feld führt. Mit Abkauen und Entrüstung wurde ein solches gemeines Anstehen in den abends stattgehabten Versammlungen einmütig zurückgewiesen.

Damit ist die Ausperrung perfekt geworden. 2000 Metallarbeiter werden von den Metallindustriellen auf das Pfaster geworfen und so helfen die nämlichen Leute, darunter „Bierden“ der liberalen Partei, die sonst immer über die langsame industrielle Entwicklung Bayerns klagen, die Industrie selbst zu zerstören.

Diese Arbeit der Unternehmer aber gipfelt in der Vernichtung der Arbeiterorganisation. Dieses brutale Auftreten allein hat schon bewirkt, daß die Arbeiter einiger und geschlossener denn je

da stehen und gefonnen sind, den ihnen aufgedrungenen Kampf mit Energie und Ausdauer zu einem erfolgreichen Ende zu führen.

Den Herren, die auf Recht und Anstand pfeifen, fällt die Verantwortung für alles Kommennde zu.

Die Nürnberger Metallarbeiter

haben am Mittwoch den 31. Mai in 9 massenhaft besuchten Versammlungen zu der Herausforderung der bayerischen Metallindustriellen Stellung genommen. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

Die heutige, zahlreich besuchte allgemeine Metallarbeiterversammlung spricht den in München und Nürnberg um die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse kämpfenden Kollegen ihre vollste Sympathie aus. Sie bedauert die Haltung der Unternehmer gegenüber den Einigungsbestrebungen der Arbeiterorganisationen und den von hohen Regierungs- und Kommunalbeamten gemachten Vorschlägen zu Vergleichsverhandlungen. Die Versammlung spricht daher die Erwartung aus, daß die streikenden Kollegen so lange aushalten, bis der Übermut der Unternehmer gebrochen ist und versprechen, mit allen Kräften die kämpfenden materiell zu unterstützen.

Ferner nimmt die Versammlung mit Entrüstung Kenntnis von der Bekanntmachung des bayerischen Metallindustriellen-Verbandes, wonach die Streikenden aufgefordert werden, bis zum 2. Juni die Arbeit zu den alten Bedingungen aufzunehmen, andernfalls eine allgemeine Ausperrung der Metallarbeiter Bayerns in Aussicht genommen ist. Die Versammlung ist der Meinung, daß die durch den Streik hervorgerufene Störung der bayerischen Metallindustrie einzig und allein dem Verhalten einzelner bayerischer Metallindustrieller zuzuschreiben ist und sie lehnt daher bei einer weiteren Ausdehnung des Kampfgebietes jede Verantwortung für die Existenzbedingung der bayerischen Metallindustrie ab.

Die Versammelten erkliden in der Bekanntmachung einen Angriff auf ihre Organisation und verpflichten sich, sich durch keinerlei Drohungen oder Versprechungen von derselben abwendig machen zu lassen. Von der Erkenntnis durchdrungen, daß nur eine starke, gut fundierte und disziplinierte Gewerkschaftsorganisation den Plan der Metallindustriellen Bayerns zu nichte machen kann, versprechen die Anwesenden, mit allen Kräften für die Ausbreitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Sorge zu tragen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 11. Juni der 24. Wochenbeitrag für die Zeit vom 11. bis 17. Juni 1905 fällig ist.

Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts gestattet:

Der Verwaltungsstelle in Darmstadt (Kreisverwaltung), einschließlich der Unterlokalen Arheilgen, Oberstadt, Greisheim und Pfungstadt, die Erhebung einer wöchentlichen Extrasteuer von 60 Pf. pro Mitglied.

Der Verwaltungsstelle Lauf i. Bayern wöchentlich 20 Pf. Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge kann Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben.

Ausgeschlossen aus dem Verband wird nach § 3, Abs. 8a, des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin:
Der Hilfsarbeiter Albert Sauerhering, geb. am 17. Okt. 1883 zu Genthin, Buch-Nr. 678 311, wegen Streikbruch;
der Mohrleger Wilhelm Peters, geb. am 31. März 1864 zu Eidenburg, Buch-Nr. 503 072, wegen unkollegialen Verhalten;
der Schlosser Fritz Lindemann, geb. am 6. September 1870 zu Berlin, Buch-Nr. 755 881, wegen unkollegialen Verhalten;

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Elbing:
Der Klempner Rudolf Fietkau, geb. am 23. August 1886 zu Elbing, Buch-Nr. 729 662;
der Klempner Ernst Fuhrmann, geb. am 9. Juni 1872 zu Pr.-Gyllau, Buch-Nr. 757 056;
der Klempner Gustav Fohlsmeier, geb. am 16. Februar 1857 zu Schönlanke, Buch-Nr. 777 922;
der Klempner Johann Hein, geb. am 4. Februar 1887 zu Muffen, Buch-Nr. 787 061;
der Klempner Josef Holz, geb. am 20. September 1886 zu Elbing, Buch-Nr. 777 850;
der Klempner Heinrich Jordan, geb. am 24. Oktober 1878 zu Elbing, Buch-Nr. 611 325;
der Klempner Max Pinkwart, geb. am 1. Juli 1870 zu Mallwitz, Buch-Nr. 643 323;
der Metallbrüder Emil Valentin, geb. am 16. April 1865 zu Elbing, Buch-Nr. 643 317;
der Hilfsarbeiter Paul Sommerfeld, geb. am 17. Januar 1874 zu Elbing, Buch-Nr. 777 941, sämtliche wegen Streikbruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Gera:
Der Dreher Karl Wilhelm Fischer, geb. am 2. Juni 1876 zu Forsten, Buch-Nr. 537 495;
der Dreher Erich Paul Ulbrich, geb. am 1. Februar 1886 zu Unterhaus b. Gera, Buch-Nr. 537 495, wegen Streikbruch;
der Dreher Paul Pfeifer, geb. am 22. Juni 1872 zu Zeitz, Buch-Nr. 563 023, wegen Verleitung zum Streikbruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Weimar:
Der Schlosser Adolf Senf, geb. am 3. Januar 1881 zu Drachobus, Buch-Nr. 431 573, wegen unkollegialen Verhalten;
der Schlosser Anton Bräuche, geb. am 9. Juni 1859 zu Michowitz, Buch-Nr. 741 400, wegen Denunziation.

Nicht wieder aufgenommen werden darf:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Fiedersheim:
Der Feizer Johann Derfisch, geb. am 28. Juni 1879 zu Tirschenreuth, wegen unkollegialen Verhalten.

Wegen sie betreffender Anträge auf Ausschluss beziehungsweise Nichtwiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend aufgeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die den Antrag auf Ausschluss begründenden Beschuldigungen gegeben, mit dem Bemerkten, daß sie, sofern sie auf dreimalige Aufforderung an dieser Stelle sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Dem Flaschner und Installateur Bruno Weymer, geb. am 22. Juni 1870 zu Brödingen, Buch-Nr. 649 486, auf Antrag der Verwaltungsstelle Pforsheim, betreffend Unterschlagung von Verbandsgebern.

Der Tagelöhner August Harst, Buch-Nr. 711 888, und der Medianten Ernst Schenkenbörger werden hierdurch aufgefordert, so schnell wie möglich ihre Adresse dem Einschlusser Heinrich Schloß in Kammstätt, Marktstraße 71, mitzuteilen, da dieselben eine gerichtliche Zeugenaussage zu machen haben.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an
Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Strasse 16b
zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür
das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Quittung

Aber die vom 1. bis 31. Mai 1905 bei der Hauptkassie
eingegangenen Verbandsgelder.

Von: Altmann 1600. Altmann 150. Mue 800. Augsburg 800. Waagen 400. Wergedorf 300. Bielefeld 2400. Blanten-
burg 270,70. Brandenburg 2000. Bünde 49,80. Burgk 300.
Crimmichau 350. Delmenhorst 150. Dessau 500. Döbeln 800.
Dresden 1000. Düsseldorf 3400. Duisburg 300. Eilenburg 200.
Eisenach 350. Esterwerda 350. Erfurt 800. Eich 55,72. Eßlingen 1000.
Fleischbach 300. Finsterwalde 500. Forst 100. Frankenthal 800.
Frankfurt a. M. 3800. Freiburg i. B. 300. Freiburg i. Schl. 200.
Hilfenwalde 500. Gelsenkirchen 430. Gera 1600. Glauchau 200.
Görlitz 300. Greiz 200. Günta 200. Halle 1600. Hainburg 1000.
Hamm 50. Harburg 800. Heidelberg 149,80. Hirschberg 125. Hülft 200.
Jülich 10. Jüterbog 500. Kyllburg 120. Jauer 100. Jena 500.
Kaiserslautern 412. Kammstatt 557,59. Kassel 1300. Kiel 3200.
Köln 1000. Königsberg 700. Königshütte 180. Krefeld 300. Kronen-
berg, Schleier 150. Lägerdorf 100. Leisnig 200. Limbach 200.
Lützen 800. Lübz 103,45. Lützenwalde 400. Lüdenscheid 300. Ludwigz-
hofen 800. Mainz 1600. Mannheim 4200,50. Merseburg 200.
Minden 250. Wittweida 200. Mühlhausen i. G. 300. Mülheim a. Rh. 800.
Neumünster 200. Nienburg 180. Nollensdorf 350. Nürnberg
1000. Oberursel 100. Offenbach 800. Oggersheim 100. Othdruff 50.
Osternleben 60. Osterholz-Scharmbeck 100. Pörschheim 450. Plauen 200.
Plettenberg 100. Pries 500. Queblinburg 500. Radeberg 200.
Rastatt 100. Reichenhain 300. Regensburg 350. Rostock 600. Rudol-
stadt 61. Saalfeld 600. Salzgitter 35. Sangerhausen 150. Sorau 200.
Suhl 300. Schmiedeberg 400. Schmöln 350. Schweinfurt 400.
Schwelm 350. Schwelmungen 300. Seltitz 1800. Straubing 1.
Triburg 100. Wegeled 800. Wiesbaden 600. Wittenberg 150.
Wolgast 250. Zeitz 550. Zittau 800. Zwönitz 150. Zurückbezogene
Schuld von R. Andrae, Friedrich 20. Für: Formertstätten 182,35.
Jahrbücher 135. Jinsen von angelegten Geldern 57,75. Berlin.
Abschlagszahlung vom Darlehen 30000. Sonstige Einnahmen 5,50.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Ein-
sander von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vor-
stehende Quittung genau zu prüfen, und etwaige Anträge so-
fort an uns zu berichten.

Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zug ist fernzuhalten:

von Baueschloßern nach Freiburg i. Br. 2; nach Hamburg St.
nach Basel, nach Zürich (Bauer & Söhne, Emil Schwyzer) St.;
von Weigern, Dreher, Drücker, Gärtnern und Metallformern
nach Berlin; nach Bernerode a. Harz (Widers) St.;
von Dreier und Auftragsr. nach Duisburg (Emaillier-
werk Buller) D.; nach M. Gladbach (Stanz- und Emaillierwerk
Robert Janßen) M.;
von Formern, Gießereiarbeitern und Kernmachern nach
Budapest St.; nach Chemnitz (Krauthelm) St.; nach Darm-
stadt (Mühlbauer und Maschinenfabrik vorm. Lutter, Röder,
Herbst) D.; nach Frankfurt a. M. (Gaul & Hoffmann) St.;
nach Koblenz (Metallwerke Gienwein) M.; nach Lörach i. B.
(Währer in Etten) M.; nach Mülheim a. Rh. (Schäffler & Schiel)
M.; nach Nürnberg St.; nach Prenzlaue (Herrn Hoffmann) St.;
nach Rodenkirchen b. Köln (Langenfurt) St.; nach Welter A.;
nach Zwickau (Hoffmann & Zinkeisen) M.;
von Kesselschmiedern nach Bremerhaven, Geestemünde und
Lehe St.; nach Darmstadt (A. Hobbeg) M.;
von Klempnern, Brückern, Schleifern nach Kaiserslautern
(Fischer Metallwarenfabrik);
von Klempnern und Installateuren nach Dresden 2; nach
Mannheim, Ludwigshafen, Heidelberg, Karlsruhe und
Pforzheim 2; nach Remscheid St.; nach Queblinburg
(Damm) St.;
von Maschinenbauern nach Darmstadt (A. Hobbeg) M.;
von Maschinenbauern, Klempnern, Schleifern, Schmiedern und Sieb-
machern nach St. Gallen (Schweiz) St.;
von Metallarbeitern aller Branchen nach Braßel b. Dortmund
(L. Schwarz & Co.) St.; nach Bregenz-Nieden (Gerny
& Schindler) M.; nach Budapest A.; nach Darmstadt (Her-
bst) D.; nach Düren (Gießereiarbeiter) St.; nach
Eßlingen (Jillig & Lemke) D.; nach Götting (Maschinenfabrik
Kampach); nach Halle a. Saale (Eisenbahngesellschaft) M.; nach
Hamburg (Eisenbahngesellschaft der Straßenbahnen, Mühlbauer-
anstalt F. J. Schüle, Kesselfabrik Th. Richard, Bandstube); nach
Lützenwalde 2; nach München St.; nach Peggau; nach
Queblinburg (Damm & Strömann) D.; nach Solingen;
nach Spremberg (S. Reigel & Co., Baubehälter- und Fabrik-
fabrik) 2; nach Welter A.; nach Weimar (Metallgesellschaft
für Eisenbahn- und Militärbedarf) D.; nach Wittenberge
(Gebrüder Metzger) St.;
von Metallarbeitern und Fabrikanten nach Erlangen
(Peter Fischer) D.;
von Metallarbeitern nach Lechhausen b. Augsburg St.;
von Schleifern nach Solingen (Emil Wolff) D.;
von Schleifern und Formern nach Oberhausen i. Rhld. (Her-
bst) M.;
von Schleifern nach Stuttgart (Rumpf- und Baueschloßerei von
Stäbler) St.;
von Schmiedern und Wagnern nach Lausanne (Schweiz) St.;
von Werkschmiedern nach Flensburg St.; nach Wegeled (Herr-
gauer & Co.) St.

Korrespondenzen.

Feilenhauer.

Erfurt. Am 17. Mai hielten wir eine Besprechung ab, an der
alle Kollegen teilnahmen. Es wurde zunächst über den Antrag der
Ratgeber Kollegen zur Regelung des Zentralarbeitsnachweises für
die Feilenhauer beraten. Der Delegierte für Erfurt wurde beauf-
tragt, den Antrag der Ratgeber Kollegen auf der Generalver-
sammlung zu unterstützen. Über den hiesigen Arbeitsnachweis wurde
keine gefaßt. Nach dem, daß das Arbeitsnachweis der
eingetragenen Kollegen in der Zeitung nicht bekannt gemacht wird.
Nur dadurch war es dem Feilenhauermeister Augustin (der den
Arbeitsnachweis nicht anerkennt) möglich, immer wieder fremde
Feilenhauer zu bekommen. Es wurde beschlossen, den Hauptvorstand
zu ersuchen, den Arbeitsnachweis für Feilenhauer im Arbeitsnach-
weis bekannt zu geben und möglichst jede Woche in der Zeitung
zu veröffentlichen. Der hiesige Arbeitsnachweis für Feilenhauer be-
trifft sich: Nordstraße 46 p. — Die Verhältnisse in der Feilenhauer-
erei von Augustin werden einer Kritik unterzogen. Es herrscht dort
eine traurige Lohnverhältnisse, die Stunden 30 Pf. Es wird den
Kollegen geraten, sich anzuklagen und den Lohn zu erhöhen, den
ihre Kollegen in den anderen Städten schon lange haben. Die Feilen-
hauer von Augustin ist zu meiden.

Formen.

Chemnitz. Die schon berichtet wurde, stellen die Kernmacher
in Krauthelm'scher Gießerei die Forderungen: 1. Pflugschne-
förmiger für ein Gußstück, an dem sie 12 Tage arbeiteten und das
Muschel wurde, 1 Mt. bekamen. Der eine war Familienvater von
vier Kindern. Hier wird auch Stahl gegossen. Oft springen wegen
schlechten Materials die Stahlfäden, dafür erhält der Former keinen
Pfennig. In der Temper- und Stahlgießerei schimpft sich ein Herr
Engel, der früher Landwirt und Feldhüter war, Gießereimeister.
Durch seine Liebedienerei hat er sich vom Tagelöhner zum „Gieß-
ereimeister“ emporgeschwungen. — Ventilation und Wasserverschönerungen
sind hier unbekannte Dinge. Von einem Kernofen ist keine Rede;
die Kerne werden auf dem Feuer des Trockensacks getrocknet, dessen
Tor den ganzen Tag offen steht, so daß Gas und Rauch in die Stube
ziehen. Die Formisten gehen noch an, aber die Kranten und Ketten
sind ungenügend und in schlechtem Zustand. Als Gießkraft ist
meistens nur ein Mann vorhanden, so daß die Former gezwungen
sind, ihre Kollegen in Anspruch zu nehmen. Die Lehrlingszucht
steht hier in schlimmer Lage; die Jungen müssen auch schon in Alford
arbeiten. In der Tempergießerei sind drei gelehrte Former und
sieben Lehrlinge. Die Arbeitszeit ist ekkelnd. Dem „Gießereimeister“
Engel scheint das noch nicht genügend zu sein, denn er tat vor
einiger Zeit den Ausdruck: „Ich werde nicht erleben, daß bloß
noch zehn Stunden gearbeitet wird, sondern zwölf und mehr.“
Kollegen in der Tempergießerei! Hofft ihr nicht noch mehr gedrückt
werden, dann rauft euch auf und tretet dem Deutschen Metallarbeiter-
Verband bei.

Regensburg. (Berichtigung.) Der Arbeitsnachweis tritt am
1. Juni in Kraft (nicht am 1. Januar).

Solingen-Wald. Der Kampf der Former und Gießerei-
arbeiter bei der Firma C. Großmann in Wald ist durch einen
Vergleich vor dem Gewerbegericht beendet worden. Im großen und
ganzen sind die Wünsche der Arbeiter erfüllt worden. Die Scharf-
macher wurden bei diesen Verhandlungen total ausgeschaltet, erlitten
also eine Niederlage. Es wurde folgendes vereinbart: 1. Für
Maschinenformer. 1. Die Firma C. Großmann sichert zu, die
gerügten Mängel wegen Fehlens von Material, wegen Führung
der Wagen und Reparatur des Kranes abzustellen. 2. Parteien
sind über folgende Punkte einig: a) sobald ein neues Muster in
Arbeit gegeben ist, wird nach dem ersten Abguß der Preis verein-
bart. (Es soll möglichst so eingerichtet werden, daß abends die
1 oder 2 Kisten, die als Probe gemessen werden, abzugeben
sind.) Der Former ist verpflichtet, sich dieserhalb beim Meister zu
melden. Der Meister ist seinerseits verpflichtet, neue Seiten täglich
zwischen 6 und 7 Uhr abends abzugeben. b) Die Lehrzeit für jeden
neuanzunehmenden beträgt ein Vierteljahr, der Lohn für die erste
Sohnung 3 Mt., für die nächsten zwei Söhnungen 3,25 Mt. und für
die letzten drei Söhnungen 3,50 Mt. pro Tag. c) Der Maschinen-
former, dem die Ausbildung neuanzunehmender Kräfte übertragen
wird, tritt in Tagelohn, und zwar zu dem Satz von 4,75 Mt. Nach
Ablauf der Lehrzeit gilt der vereinbarte Alfordpreis, der auch für
die übrigen Arbeiter an gleichartiger Beschäftigung bemessen ist. Es
werden folgende Preise vereinbart. Die Firma erklärt sich bereit,
in eine Neuordnung der heute festgestellten Sätze bis spätestens zum
1. Januar 1906 unter Zugrundelegung der Former einzutreten: a) Seiten
ohne Kern: Seiten bis 1 Kilo pro Kasten 12 Pf., von 1 bis 2: 13 Pf.,
2 bis 3: 16 Pf., 3 bis 4: 18 Pf., 4 bis 5: 20 Pf. für niedrige Kasten,
4 bis 5: 22 Pf. für hohe Kasten, über 5 (unbefestigt) 22 Pf. für
niedrige und 25 Pf. für hohe Kasten. Die vorgenannten Preise be-
ziehen sich auf gewöhnliche Maschinen. b) Preise für große
Maschinen: Seiten bis zu 3 Kilo pro Kasten 30 Pf., von 3 bis 5:
35 Pf., von 5 bis 10: 40 Pf., über 10: 45 Pf., alles einschließlich
Kerne. c) Preise für Seiten mit Kernen: Bei allen Seiten,
ohne Rücksicht auf das Gewicht, erhöht sich der Preis bis zu 10 liegen-
den Kernen pro Kasten um 1 Pf., bis zu 10 stehenden 2 Pf., bis zu
20 liegenden 2 Pf., bis zu 20 stehenden 3 Pf., von 20 bis 40 liegen-
den 3 Pf., von 20 bis 40 stehenden 4 Pf., von 40 bis mehr liegenden
4 Pf., von 40 bis mehr stehenden 5 Pf. Sind in einer Seite stehende
Kerne vorberreichend, so wird der Preis für stehende Kerne, sind
liegende Kerne vorberreichend, der Preis für diese bezahlt. Sind zu
einem Tagessatz mehr als 12 Pfannen Eisen erforderlich, so sind den
Formern zwei Hilfskräfte zur Verfügung zu stellen. Ausguß ober
Schrott, der nachweisbar ohne Verschulden des Formers, durch
schlechtes Eisen, untaugliche Kerne u. i. w. entsteht, wird bezahlt. —
II. Für Schlüsselformer. Schlüssel für Tiegelguß pro Kilo
11 Pf., bei Kupelguß 10 Pf.; Kasten für Schlüssel bis 1 1/2 Kilo pro Seite
12 Pf., über 1 1/2 Kilo 11 Pf.; Schlüssel für Tiegelguß pro Kilo 17 Pf.
Flaschenseiten, wo 4 Rahmen verwendet werden müssen, kosten
pro 100 Kilo 1 Mt. mehr. Für Stücke, die breitflächig hergestellt
werden, wird der bisherige Preis bezahlt. Neue Stücke erfordern
die Vereinbarung bezüglich des Preises mit dem in Frage kommen-
den Meister. — III. Für Alfordpreise der Handformer in
Grau- und Tempergießerei: Kasten-Seiten von 6 bis 8 Kilo
pro 100 Kilo 9 Mt., von 8 bis 10 Kilo 8 Mt., über 10 Kilo 6 Mt.;
Brauch-Kasten-Seiten über 20 Kilo: 4 Mt. Schmelzbare Guß,
in Pressen gegossen pro 100 Kilo 11 Mt. Die Seiten werden als
Musterseiten betrachtet und gewogen, wenn mehr als 12 Kisten er-
forderlich sind. Flaschenseiten müssen ein Mindestgewicht von 5 Kilo
haben und kosten bis zu 6 Kilo pro 100 Kilo 10 Mt., über 6 Kilo
pro 100 Kilo 8 Mt. — IV. Für Lohnarbeit. Fertige, leistungs-
fähige Stahlgußformer erhalten einen Minimallohn von 5,50 Mt.
Fertige, leistungsfähige Grau- und Tempergußformer erhalten,
falls sie im Tagelohn arbeiten, 5,50 Mt. Minimallohn. Der Lohn
der Kernmacher unterliegt im allgemeinen der freien Vereinbarung.
Jedoch sollen leistungsfähige erwachsene männliche Kernmacher über
20 Jahre für die Hand- und Maschinenformerei nicht unter 3,75 Mt.
erhalten. Für Gußpuher beträgt der Minimallohn 4 Mt. Hilfs-
arbeiter über 20 Jahre erhalten die ersten beiden Söhnungen
3,25 Mt., später 3,50 Mt. pro Tag. Westliche Überstunden sind
die von 5 bis 7 Uhr morgens und von 7 bis 9 Uhr abends statt-
findenden Arbeitszeiten, welche mit 25 Prozent Lohnzuschlag vergütet
werden. Darüber hinausgehende Zeit wird als Nacharbeit ange-
sehen und als Sonntagsarbeit mit 50 Prozent vergütet. Reparaturen,
die zur Aufrechterhaltung des Betriebs notwendig sind, sind hiervon
ausgeschlossen. Die Firma hat Vorkehrungen zu treffen, daß das
Warten auf Arbeit nach Möglichkeit vermieden wird. Tritt Arbeits-
mangel ein, so sind möglichst Entlassungen zu vermeiden, je nachdem
durch Abkürzung der Arbeitszeit oder Einlegung von Feiertagen. —
V. Allgemeines. Im übrigen gelten die unter III. Juni 1904 ge-
troffenen Vereinbarungen. Es wird ein Arbeiterausschuß aus sieben
Personen gebildet, von welchen vier in geheimer Wahl von der
Arbeiterchaft gewählt, die übrigen drei von der Firma bezeichnet
werden. Die näheren Bestimmungen wird ein zu erlassendes Statut
regeln. Lohnbücher sollen eingeführt werden. Streik und Sperre
werden beiderseits aufgehoben, Maßregelungen finden nicht statt.

Gelbgießer und Gärtnler.

Erfurt. Die auswärtigen Kollegen müssen glauben, hier sei
alles in bester Ordnung, denn anders kann man sich den starken
Zug von Gärtnern und Brückern nicht erklären. Es ist wohl richtig,
daß wir im Januar dieses Jahres gewonnen waren, die längere
Zeit mit Erfolg durchgeführte Sperre aufzuheben, jedoch geschah
dies nicht etwa, weil die hiesigen Fabrikanten ihren Arbeitern ent-
gegen kamen und den im vorigen Jahre geforderten Tarif der Gärtnler
und Brücken anerkennen und 14 Tage vor Weihnachten Kollegen
maßregeln, sondern weil der große Gärtnler- und Brückersitz in
Berlin beendet wurde und darauf eine große Anzahl Kollegen Berlin
verließen und die Provinz überschwebten. Um nun diese Kollegen,
die schon lange außer Arbeit waren, nicht abweisen zu müssen, be-
schloß die Kommission die Sperre aufzuheben, was auch von der
Branchenversammlung gut geheißen wurde. Die Fabrikanten schienen
mit dieser Wendung der Dinge sehr zufrieden zu sein, denn es machte
sich alsbald eine fleißige Tätigkeit bemerkbar, soviel Gärtnler
und Brücken einzustellen als nur zu erlangen waren. Jedem
Branchenkenner mußte dieses auffallen, da doch bekanntlich vom
Januar bis Mai die flaute Zeit ist. Und jetzt macht sich bemerkbar,
daß die Lager vollständig gefüllt sind. Aber trotzdem werden in den
auswärtigen Blättern fortwährend Gärtnler gesucht. Besonders tut
sich die Firma Tobelmann & Grimm in Jülich hervor. Dort wurden
in besten Zeiten 10 Gärtnler beschäftigt, jetzt soll man

festigung der Alfordarbeit und Festsetzung eines Mindestlohns für
Kernmacher: a) für Kernmacher, die drei Jahre als solche tätig sind,
im Alter bis zu 23 Jahren 35 Pf. pro Stunde; b) im Alter von
23 bis 25 Jahren 38 Pf.; c) im Alter von über 25 Jahren 40 Pf.
Mindestlohn pro Stunde. 2. Wenn Arbeiten in Alford vergeben
werden, ist der Preis vor Übernahme der Arbeit festzusetzen und dem
betreffenden Kernmacher mitzuteilen. Bei allen Alfordarbeiten ist
dem Kernmacher der Lohn zu garantieren und auszusahlen, wie der-
selbe unter 1a bis c festgelegt ist. 3. Den jetzt im Betrieb tätigen
Kernmachern ist der Lohn wie folgt zu erhöhen: a) Kernmacher, die
jetzt einen Stundenlohn bis 30 Pf. haben, sollen erhalten 35 Pf.,
b) denen, deren Lohn 30 bis 35 Pf. beträgt, soll er erhöht werden
auf 38 Pf., c) für Kernmacher, die jetzt über 35 Pf. erhalten, ist der
Stundenlohn auf 40 Pf. festzusetzen. — Am 6. Mai sind diese
Forderungen eingereicht worden. Der Kommission wurde mitgeteilt,
daß Krauthelm auf Gleichheitsstreben sei. Bis zum 10. Mai wollten
die Kernmacher Antwort haben, warteten aber, bis der Chef von
der Reise zurückkam. Sie unterhandelten dann am 16. und 17. Mai;
Krauthelm wollte die Stundenlöhne, die bis dahin 27 bis 38 Pf. betrugen,
um 1 bis 5 Pf. erhöhen, zwei Mann sollten keine Zulage erhalten.
Am 17. Mai wurde ein weiteres Angebot gemacht und die ursprüng-
lichen Sätze um 2 bis 7 Pf. erhöht, was im Durchschnitt 3,8 Pf.
pro Stunde ausmachte. Für Abschaffung der Alfordarbeit war Krauthelm
nicht zu haben, sondern er erklärte, diese solle immer mehr
eingeführt werden. Einen Minimallohn lehnte er direkt ab. Ja, er
wollte nicht einmal den Stundenlohn bei Alfordarbeit garantieren.
Darauf legten dann 16 Kernmacher und ein Vorarbeiter die Arbeit
nieder. Ein Vorarbeiter und ein Kernmacher (Invalide) blieben
stehen. Drei Kernmacher, die zurzeit krank sind, hatten eine Lohn-
zulage nicht erhalten. Vom 10. bis 18. Mai wurde also unterhandelt
und erst am 19. Mai hat man die Arbeit eingestellt, ein Beweis,
daß die Kernmacher immer noch glauben, die Sache ohne Streit
beilegen zu können. Auch der Bevollmächtigte Krause versuchte
mehrere Male mit Krauthelm zu konferieren, was dieser jedoch ab-
lehnte. Er hatte es dem Kontorpersonal strengstens verboten, einen
Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes anzumelden, gab aber kund,
daß er mit dem Streikkomitee zu unterhandeln bereit sei. Am
20. Mai schickte Krauthelm auch die Former zu Hause, weil diese
sich weigerten, die Kerne zu verarbeiten, die der hiesige geliebte
Vorarbeiter und der Invalide fertigten. Es mußten dann zehn
Formerlehrlinge Kerne machen; auch diese konnten die Former nicht
gebrauchen. Selbst Kerne anzufertigen lehnten sie ab. Mit den
Worten: „Wenn ihr nichts machen wollt, macht daß ihr hinaus-
kommt.“ gab Krauthelm am 20. Mai reich das Zeichen zum Abmarsch.
Um halb 12 Uhr gingen auch die Lehrlinge für den Tag zu Hause.
Auch wurden an diesem Tage eine Anzahl Handarbeiter von Krauthelm
ausgesperrt und 24 in der Ortskrankenkasse abgemeldet. Im
Laufe des Tages unterhandelte das Streikkomitee weiter mit Krauthelm.
Den zurzeit Kranken versprach er eine Lohnzulage, so daß
folgende Sätze gelten sollten: 30 Pf. einmal, 32 Pf. zweimal, 33 Pf.
dreimal, 35 Pf. zweimal, 36 Pf. einmal, 37 Pf. zweimal, 38 Pf.
einmal, 39 Pf. zweimal und einmal 40 Pf. Er wollte diesen
Stundenlohn auch bei Alford garantieren und es sollte eine Lohn-
tabelle angefertigt werden und in der Kernmacherei ausgehängt
werden. Der Vorarbeiter, der sich den Streikenden angeschlossen
hatte, sollte als Kernmacher weiter arbeiten, aber einen Lohn hatte
Krauthelm nicht für ihn festgesetzt. Am 22. Mai früh fand eine Ver-
sammlung der Ausständigen statt, um das Angebot zu prüfen. Es
melbten sich 131 Ausständige, und zwar 77 Former, 18 Kernmacher,
36 Handarbeiter, darunter zwei Dreher. Die Forderungen wurden
nun dem Angebot Krauthelms angepaßt und folgendermaßen formuliert:
1. Die Kernmacher erklären sich mit den Sätzen von 30 bis 40 Pf.
pro Stunde einverstanden, wie diese in der beigegebenen Tabelle auf-
geführt sind. 2. Bis 1. April 1906 ist der Stundenlohn um weitere
2 Pf. zu erhöhen, jedoch muß selber für alle Kernmacher mit Aus-
nahme von R., dem dann 35 Pf. zu zahlen sind, 35 Pf. betragen.
3. Neueintretenden Kernmachern, soweit diese drei Jahre als solche
tätig waren, ist ein Lohn zu zahlen, wie derselbe für die zurzeit be-
schäftigten Kernmacher besteht, jedoch nicht unter 35 Pf. pro Stunde.
4. Es ist eine Alfordtabelle anzufertigen und in der Kernmacherei
auszuhängen. Den Alfordarbeitern ist der für sie festgesetzte Stunden-
lohn zu garantieren und auszusahlen. 5. Der bisherige Vorarbeiter
Siebisch ist als Vorarbeiter für den bisher bezahlten Lohn als solcher
weiter zu beschäftigen. 6. Der bisherige Vorarbeiter Grunzler sowie
der Invalide Reuhaus sind in eine andere Branche unterzubringen.
7. Maßregelungen wegen Teilnahme an dieser Bewegung dürfen
nicht vorgenommen werden. — Den ersten und vierten Punkt erkannte
Krauthelm an. Punkt 2, 3, 5 und 6 lehnte er ab. Zum siebenten
Punkt äußerte er, daß er Herr im Hause sein wolle. In der weiteren
Beratung wurde Punkt 5 und 6 dahin geändert: Die Vorarbeiter
Grunzler und Siebisch arbeiten als solche mit gleichen Rechten zu
den allg. Bedingungen fort. Auch der Invalide Reuhaus soll als
Kernmacher an seinem Posten bleiben. In Punkt 3 wurde ein-
gefordert hinter den Worten „tätig waren“ und als Kernmacher
betrachtet werden können. Damit glaubten die Ausständigen, daß
es möglich sei, die Differenzen beizulegen, aber weit gefehlt. Herr
Krauthelm fragte das Streikkomitee, ob das das letzte Wort sei,
und als das bejaht wurde, erklärte er: „So, dann ist der Streit fertig.“
Jetzt erklärten sich alle Former und Kernmacher in geheimer Ab-
stimmung dafür, die Arbeit unter den Verhältnissen nicht aufzunehmen.
Den ausgesperrten Handarbeitern, soweit diese sich dem Verband
anschlossen, wurde Streikunterstützung zugesagt, wogegen folgen-
den: der Organisation nicht beitreten, Unterhütung nicht gewährt
wird. Am 27. Mai meldeten sich noch 111 Mann zur Kontrolle, da
ein Schmelzer wieder eingekerkert war und die weiteren Hand-
arbeiter nach anderer Arbeit gingen. Von diesen 111 waren 81
Former, 18 Kernmacher und 12 Handarbeiter. 33 Mann sind ledig,
73 verheiratet und verwitwet und haben 150 Kinder zu ernähren.
32 gehören dem Verband über 6 Monate an, 6 über 3 und 23 unter
3 Monate. Bis zum 26. Mai sind noch 7 meistens Handarbeiter zu
den Ausständigen gekommen, so daß die Präsenzliste 118 aufweist.
Zwei, die wegen Mangel an Arbeit von Krauthelm entlassen wurden
und nicht organisiert waren, mußten zurückgewiesen werden. In-
gesamt ist die Zahl der Ausgesperrten eine größere, sie soll 200 über-
schreiten. Ein Schmelzer und ein Kranführer, die sich beim Streik-
bureau nicht gemeldet hatten, haben am 26. Mai wieder angefangen
und helfen mit abgießen. Krauthelm teilte dem Streikkomitee mit,
daß er die Kisten zusammenstellen und abgießen lasse, er zahle dann
zwei Drittel des festgesetzten Preises für den Guß. Für eventuellen
Ausguß übernehme er eine Garantie nicht. Die Former teilten
ihm mit, daß sie mit dem Zweidrittelpreis zufrieden seien, jedoch
verlangten sie den vollen Preis, wenn aus Fabriktätigkeit der jetzigen
Leute Ausguß entfiel. Auch wollten sie die Arbeit für die Former
voll bezahlt haben, die sie nicht gießen konnten, weil es, schon ehe
es zum Ausguß kam, an Material mangelte. Jetzt arbeiten nur
der Meister Jährg, der Vorarbeiter Grunzler und die Lehrlinge
nebst einigen Handarbeitern in der Gießerei. Auch der Tischler-
meister Pfaff und der Chemiker Krümer gehen täglich los, nur noch
es letzteren häufig passieren, daß ihm die Kisten einfallen. Sollte
es nicht bald zur Einigung kommen, müssen auch die Schleifer und
Dreher sein, so daß dann der ganze Betrieb, in dem bisher 350
Arbeiter tätig waren, ruht. Und das alles, weil Herr Krauthelm
den Einspruch der hiesigen Metallindustrie vertritt: Nur
keine Minimallohne und keine Tarifverträge!

Vertrag. In der Gießerei Währer in Stetten bei Lorch
sind Differenzen ausgebrochen. In dieser Wäde herrscht ein gewisser
Benjamin Pöhl als Gießereimeister. Der gute Mann hat es ver-
gessen, daß er noch vor vier Jahren mit Schippe und Stampfer
hantierte. Damals war ihm diese Wäde ein „Sackfall“, in der er
niemals Meister werden wollte. Als die Stelle frei und ihm an-
geboten wurde, nahm er sie an. Seitdem drückt er die Alford-
preise. Die Former haben unter seinen Machinationen schwer zu
leiden. Neulich einmal, dann wird er gehörig abgetrimmt, erlaubt
sich einer eine Gegenüberstellung, so wird er gleich mit den Kofe-
namen „Hindrich“, „Simpel“ u. i. m. bedacht. Es kam oft vor,
daß Former in 14 Tagen nur 12 bis 15 Mt. ausgezahlt erhielten.
Ja, es ist sogar ein Fall zu verzeichnen, daß zwei sonst tüchtige

die Abfertigung haben, die Zahl zu verdoppeln. Wir ersuchen die Kollegen, die gewillt sind, auf Grund einer Zeitungsannonce nach Erfurt zu kommen, sich nach den Bekanntmachungen des Hauptvorstandes zu richten, wonach es empfehlenswert ist, sich erst bei der zuständigen Ortsverwaltung zu erkundigen. Das tun aber die Kollegen nicht, sie kommen hierher und merken dann zu spät, wohin sie geraten sind. Was in Erfurt zu holen ist, müßte genügend bekannt sein, aber wir wollen nicht verärgern, die Kollegen zu unterrichten. Es werden in allen Betrieben an die Gürtler Stundenlöhne von 30 bis 40 Pf. bezahlt, wenige ausserlesene Kräfte bekommen bis zu 45 Pf. Es wird meist in Afford gearbeitet, jedoch in seltenen Fällen der Stundenlohn übersteigt, oft wird mit „Unterfchup“ gearbeitet. Bei der Firma Nobelmann & Grimm gibt es ein eigenartiges Rechnungswesen, aus dem der Zehnte nicht flug werden kann: es ist da schon vielen Kollegen passiert, daß, wenn sie einmal über 27 Mt. verdienen, den Betrag einfach nicht ausbezahlt erhielten. Die Behandlung durch die Vorgesetzten ist nicht immer die anständigste. Wir könnten noch eine ganze Reihe von Missetaten auflisten, wollen aber davon absehen, denn es ist uns vorläufig nur darum zu tun, die Kollegen vor Erfurt zu warnen. Den hiesigen Kollegen, die es immer noch nicht für nötig hielten, ihren Pflichten gegen die Organisation nachzukommen, müssen wir immer wieder zurufen: Organisiert euch!

Gold- und Silberarbeiter.

Pforzheim. Früher als in anderen Jahren trat in diesem die ungünstige Geschäftslage ein. Schon jetzt wird in einer großen Zahl von Betrieben am Montag und Dienstag wegen Mangel an Aufträgen nicht gearbeitet. Dieser Zustand, der in jedem Jahre wiederkehrt, ist nicht nur eine unerfreuliche Erscheinung, sondern ein Übel, an dem Arbeiter und Unternehmer schuld sind. Es wird wohl, wie ich in diesem Blatte im Vorjahr schrieb, von den Unternehmern gesagt: Das ließe sich nicht ändern, die Winterindustrie sei eine Saisonindustrie und darin sei diese Erscheinung begründet. Nun, wir wollen gar nicht verneinen, daß bis jetzt der hiesigen Industrie der Stempel der Saisonindustrie aufgeprägt wurde, aber daß dies immer so sein muß, kann den organisierten Arbeitern nicht recht einleuchten. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß die Herren Unternehmer ein besonderes Interesse haben, diesen Zustand aufrecht zu erhalten. Man verkenne nicht, daß die Löhne hier am Orte niedrig sind, wenigstens die der meisten Arbeiter. Nun dürfen oder besser müssen die Arbeiter in der Zeit der sogenannten Saison recht viel Überstunden machen; die Folge ist, daß eine Spanne Zeit lang der Arbeiter eine ziemlich hohe Summe hat. Die Arbeiter lassen sich nun dadurch täuschen und wollen nicht begreifen, daß dieses System für sie nicht nur allein den Nachteil bringt, daß sie im Sommer mit wenig oder gar keinem Einkommen zu rechnen haben, und außerdem noch durch die Ausbeutung der Arbeitszeit im Herbst und Winter vielfach auf 12 bis 14 Stunden auch in gesundheitlicher Beziehung jähren geschädigt werden. Dieses Moment, daß die Arbeiter im Sommer zum Teil bloß 3 oder 4 Tage schaffen und daher wenig verdienen, im Winter aber bis 10 Uhr nachts, ja sogar bis 12 Uhr nachts arbeiten, ist auch daran schuld, daß wir nur langsam Fortschritte machen. In den meisten Fällen sind die Fabrikverwaltungen schlecht besetzt. Dazu kommt noch, daß viele Arbeiter auswärts wohnen, die möglichst schnell nach Feierabend wieder heimkommen wollen, was wir ihnen nicht verdenken, nachdem sie zum Teil 15 bis 18 Stunden von zu Hause fort sind. Und doch dürfen wir nicht sagen, dieser Zustand ist nicht zu ändern, schon deshalb nicht, weil bloß die Unternehmer daraus Vorteil ziehen. Manches Mittel ist hier schon angewandt worden, leider mit wenig Erfolg. Doch das darf uns nicht entmutigen, wir müssen auf neue Mittel sinnen und versuchen, den Gold- und Silberarbeitern näher zu kommen. Es ist nun bekannt, daß in den andern Städten, in denen diese Industrie auch heimisch ist, die Verhältnisse nicht viel besser sind als in Pforzheim, das auch dort der Individualismus unser größter Feind ist. Ich schlage nun vor, die Kollegen in den betreffenden Orten sollen sich mit dieser Frage beschäftigen und gleichfalls erwägen, ob nicht eine Branchenkonferenz brauchbare Mittel finden könnte zur Besserung dieses Zustandes. Aufgabe dieser Konferenz müßte es auch sein, eine Zentralkasse zu schaffen, an die alle angeschlossenen Verwaltungen zu berichten hätten, um in allen Fällen, wo ein Eingreifen der Organisation notwendig ist, einheitlich vorzugehen. Ich stelle dies zur Diskussion und hoffe, daß die Kollegen in den betreffenden Orten Stellung dazu nehmen und entweder an unsere Zeitung oder an den Unterzeichneten Antwort gelangen lassen.

Klempner.

Erfurt. Die hiesigen Klempner können wieder einmal auf einen Erfolg zurückblicken. In der am 24. März abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde beschlossen, bei der hiesigen Zinnung eine Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde zu beantragen. In der vor drei Wochen abgehaltenen Versammlung beschäftigten sich die Zinnung mit unseren Forderungen und kam zu dem Beschlusse, sie zu hemmigen und sofort in Kraft treten zu lassen. Nur mit den jüngeren Kollegen wollen die Meister eine Ausnahme machen, jedoch sollen diese mit ihren Arbeitgebern selbst verhandeln. In der am 15. Mai abgehaltenen öffentlichen Klempnerversammlung wurde der Beschlusse gefaßt, daß die Kollegen vor allen Dingen danach trachten müssen, wieder in einen Tarifvertrag mit der Zinnung zu kommen, um die kleinen Ausnahmefälle zu verhindern. Für Erfurt wäre es ein Leichtes, wieder einen Tarifvertrag zu erhalten, wenn sich alle Kollegen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen würden.

Remscheid. Den hiesigen Klempnermeistern wurde ein einheitlicher Tarif unterbreitet, der von der Zinnung abgelehnt wurde. In drei Geschäften mit 17 Gehilfen wird zu den neuen Bedingungen gearbeitet, die Kollegen der anderen Betriebe haben gestündigt. Zugung ist ferngehalten. Weiterer Bericht folgt.

Swinemünde. Am 16. April wurde den Klempnermeistern von Swinemünde, Ahlbeck und Heringsdorf ein Tarifentwurf eingereicht. Darauf erhielten wir eine Einladung zu einer gemeinschaftlichen Sitzung am dritten Osterfeiertag, an der fünf Meister von Swinemünde und von unserer Seite die Kollegen Rohrlach, Deun, Schnell und Kürst teilnahmen. Das Resultat der Sitzung war ein negatives, da die Herren Meister sich für unsere Wünsche sehr wenig empfänglich zeigten. Obwohl die angestellten Löhne schon durchweg bezahlt wurden, zweifelten die Herren daran, daß sie einem Lehrling während der Lehrzeit so viel beibringen könnten, daß er danach 30 Pf. Stundenlohn verdienen könne. Daß der junge Geselle mindestens diesen Lohn zum Lebensunterhalt braucht, wurde zugegeben. Der § 6 war auch recht schwer verdaulich, weil ihnen der Heimweg von Swinemünde immer ein oder zwei Stunden Lohn kosten würde. Außer diesen Hauptpunkten wurden noch eine ganze Reihe kleiner Punkte bemängelt. Die am gleichen Abend abgehaltene Versammlung der Gehilfen änderte einige Punkte des Tarifs ab, und da die auswärtigen Meister nicht zu der gemeinschaftlichen Sitzung erschienen waren, führten die Kollegen Rohrlach und Kürst am Mittwoch nach Oßern selbst nach Ahlbeck und Heringsdorf, um mit den dortigen Meistern zu unterhandeln. Das Resultat war ein gutes, da diese Herren nur eine Änderung wünschten. Die Arbeitszeit soll zehn Stunden betragen, jedoch bis 7 Uhr abends ausgedehnt werden, weil in den Badeorten nicht zu jeder Tageszeit, am allerwenigsten aber am frühen Morgen, in den Villen gearbeitet werden kann. Der mit den Änderungen versehene Tarif sollte nun den Swinemünder Klempnermeistern zur Unterschrift vorgelegt werden. Sie wollten auch noch einen Ton mitreden und erklärten den Überbringer des Tarifs und noch zwei andere Kollegen als entlassenen. Doch der Schrecken: Die beiden ausschlaggebenden Meister konnten schon nach Verlauf einer Stunde keinen Gesellen mehr auf dem Bau finden. Die Folge davon war, daß bis abends 6 Uhr der Tarif unterschrieben sein sollte. Sollte! Denn statt dessen mußte Kollege Kürst nochmals einer Sitzung mit drei Meistern beiwohnen. Unter dem Druck der Arbeitsruhe konnten die Meister ja keine bedeutenden Änderungen mehr vornehmen und so wurden einige Stunden vergeudet, um ein paar Fußsätze zu gewissen Paragraphen zu machen, die weiter keinen Wert haben, als den Wortlaut des Tarifs zu verunstalten. Nachdem so einige Stunden

mit ähnlichen Kleinigkeitskrämereien vertriebt waren, erklärten die Meister, wenn die Gesellen den so forgierten Tarif anerkennen, würden sie ihn sofort unterschreiben. Die Versammlung der Gehilfen war mit den Änderungen einverstanden und, auf das Versprechen der Klempnermeister bauend, wurde am Freitag die Arbeit wieder aufgenommen. Der Tarif wurde aber am Freitag nicht unterschrieben, und ebenso wenig am Sonnabend. Erst als die Herren merkten, daß wir nun die Arbeit ruhen lassen würden, unterschrieb ein Teil von ihnen, dem der andere Teil im Laufe der nächsten Woche folgte. Der jetzt gültige Tarif hat folgenden Wortlaut: § 1. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, erlittene einer halben Stunde Frühstück- und 1 1/2 Stunden Mittagspause, und muß um 6 Uhr abends beendet sein. Ausnahmen, die Pausen und Winterarbeit betreffend, unterliegen der freien Vereinbarung zwischen Meister und Gehilfen der einzelnen Werkstätten. Für die Betriebe in Ahlbeck und Heringsdorf kann die regelmäßige Arbeitszeit bis 7 Uhr abends ausgedehnt werden, doch darf dieselbe nicht mehr als 10 Stunden betragen. § 2. Überstunden in der Zeit von 6 bis 8 Uhr abends sind mit 5 Pf. Aufschlag pro Stunde zu bezahlen; Nacharbeit, von 8 Uhr abends bis 1/2 11 Uhr morgens, sowie Sonntagsarbeit werden mit 10 Pf. Aufschlag pro Stunde bezahlt. § 3. Im Arbeitslohn wird bezahlt: a) Vom 1. Mai 1905 bis zum 31. März 1906 für Junggefellern im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 30 Pf. pro Stunde; für Junggefellern im zweiten Jahre nach beendeter Lehrzeit 35 Pf. pro Stunde; für alle älteren Gesellen 40 Pf. pro Stunde; Rohrlach, die selbstständig arbeiten, erhalten 45 Pf. Stundenlohn. b) Allen Gehilfen, die weder durch vorstehende Lohnsätze eine Zulage erhalten, noch sechs Wochen vor dem 1. April 1905 eine solche bekommen haben, wird 2 bis 3 Pf. Lohnzulage nach Vereinbarung gewährt. c) Am 1. April 1906 werden diese sämtlichen Löhne um 2 Pf. pro Stunde erhöht und behalten dann bis zum 31. März 1907 Gültigkeit. d) Gehilfen, die vom 1. Mai 1905 an eingestellt wurden, wird das gesetzliche Kranken- und Invalidengeld abgezogen. e) Bei allen Gehilfen, die ihren Lohn nicht verdienen, ist der Meister berechtigt, sie nach einem Tage Kündigung zu entlassen. § 4. Für auswärtige Arbeiter, bei welchen der Arbeiter des Abends seinen Wohnort erreichen kann, ist ein Zuschlag von 25 Pf. pro Tag zu gewähren. Muß der Arbeiter über Nacht bleiben, so ist 1,50 Mt. zu zahlen, falls nicht Kost und Logis vom Meister bezahlt wird. § 5. Ist die Arbeitsstelle zu weit auswärts gelegen, daß die Bahn zur Beförderung benutzt werden kann, so ist das Jahrgeld vierter Klasse für Hin- und Rückfahrt zu zahlen, auch dann, wenn der Geselle sein eigenes Fahrrad an Stelle der Bahn benutzt. § 6. Die Zeit, die der auswärtig beschäftigte Geselle zur Erreichung der Arbeitsstelle benötigt, wird als Lohnstunde bezahlt, desgleichen der Rückweg, den der Geselle ohne sein Ver schulden vor Beendigung der Arbeitszeit machen muß. Dagegen wird der Rückweg nach Feierabend nicht als Lohnstunde bezahlt. § 7. Die Lohnabrechnung erfolgt am Freitag jeder Woche 6 Uhr abends. Die Auszahlung des Lohnes nach 6 1/2 Uhr gilt als Lohnstunde und ist als solche zu bezahlen. Auswärts arbeitende Gesellen, die nach Ankunft in der Werkstätte auf ihren Lohn warten müssen, erhalten diese Wartegeld als Lohnstunde bezahlt. § 8. Kost und Logis beim Meister darf nur auf besonderen Wunsch der Gehilfen gewährt werden. In solchen Fällen untersteht die Lohnhöhe dem Tarif, die Berechnung für Kost und Logis der freien Vereinbarung. § 9. In jeder Werkstätte muß dem Arbeiter ausreichende Waschvorrichtung zur Verfügung stehen. § 10. Maßregelungen wegen Durchführung und Aufrechterhaltung dieses Tarifs dürfen nicht stattfinden. § 11. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband verpflichtet sich, seinem jeder Mitglieder, das diesen Vertrag bricht, irgend welche Unterstützung zu gewähren. § 12. Zur Beilegung von Streitigkeiten, die sich aus den Bestimmungen dieses Vertrags ergeben, wird eine Schlichtungskommission von 3 Meistern und 3 Gehilfen mit einem unparteiischen Vorsitzenden eingesetzt. § 13. Die Gültigkeitsdauer dieses Vertrags beträgt zwei Jahre, vom 1. April 1905 bis 31. März 1907, und sodann ein Jahr weiter, sofern nicht von einem der beiden Kontrahenten vier Wochen vor Ablauf desselben Kündigung erfolgt. § 14. Je ein Exemplar dieses Vertrags wird von der Klempnerinnung und den Vertretern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gezeichnet und damit als rechtsverbindlich anerkannt. Außerdem erhält jeder Klempnermeister ein Exemplar zur Unterschrift und hat dieses auch jeder in Arbeit tretende Geselle zu unterzeichnen. — Es wird nun Aufgabe der Klempnergefellern sein, das, was sie nach langer Lohnbewegung erreicht haben, auch strikte hochzuhalten. Des weiteren bleibt zu wünschen, daß die hiesigen nichtorganisierten Gesellen sich der von den Klempnermeistern ohne weiteres anerkannten Organisation anschließen. Es ist wohl bequem, aber nicht ehrenvoll, Kastanien, die andere aus dem Feuer geholt haben, zu verzehren.

Metallarbeiter.

Machen. Wir erhielten folgende Zuschrift: In Nr. 21 der Metallarbeiter-Zeitung schreibt Herr Spiegel aus Düsseldorf: Bei dem Streik der Kesselschmiede der Firma Petrus-Derenz in Airen hätte ich gesagt, die Firma solle die beiden gemäßigten Kollegen wieder einstellen und nach 14 Tagen ihnen regelrecht kündigen, dann brauche sich der Gewerksverein nichts annehmen beziehungsweise nicht dafür eintreten. Dieses erkläre ich für unmöglich. Vielmehr habe ich gesagt: wenn die Firma 14 Tage nach der stattgefundenen Werkstättenversammlung die Kollegen entlassen oder gekündigt, wäre es etwas anderes gewesen und auch jedenfalls fraglich, ob die Kollegen dafür eingetreten, aber so ist es eine direkte Maßregelung und hat die Firma die daraus entstehenden Konsequenzen zu tragen. Die geheime Abtimmung eine Stunde später hat auch zur Genüge bewiesen, daß die Kollegen voll und ganz meine Ansichten teilten und fast einstimmig der Streik proklamiert wurde. Karl Hartmann, Bezirksleiter der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunder).

Berlin. In der am 15. Mai im Saale der Brauerei Biss abgehaltenen öffentlichen Generalversammlung der hiesigen Verwaltungskasse erstattete zunächst Behold den Kassenbericht vom 1. Quartal. Die Hauptkasse ba. anzeigt mit 439 425,08 Mt., dabei ist ein Zuschuß aus der Lokalfasse von 215 651,82 Mt. Bezahlt wurde: für Streikunterstützung 333 864,31 Mt., für Ortsunterstützung 49 496,90 Mt., Rechtschutz erforderte 23 882,76 Mt. Die Lokalfasse balanziert mit 555 193,25 Mt., hierunter an Einnahme zur Unterstüttung der Streikenden und Ausgesperrten in der Selbstmetallindustrie von 339 380,40 Mt. für Streikunterstützung wurde aus der Lokalfasse noch 117 559,65 Mt. bezahlt. Der Bestand am 31. März beläuft sich auf 184 745,68 Mt. Nach unverständlicher Diskussion wurde auf Antrag der Revisoren der Kassierer einstimmig entlassen. Einem weiteren Antrag der Revisoren, von Blumenthal begründet, dem Rentanten infolge des bedeutend gestiegenen Umfanges der Kasse das Monatsgeld pro Quartal von 25 auf 50 Mt. zu erhöhen, wurde angenommen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zum Gewerkschaftskongress“ erörterte Kollege Cohen die einzelnen Punkte der provisorischen Tagesordnung, ohne daß vorerst eine nennenswerte Diskussion darüber stattfand. Anders jedoch bei dem Punkt: „Maifeier“. Von einigen Kollegen war dazu folgende Resolution gestellt: „Die Generalversammlung der Verwaltungskasse Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes protestiert gegen die von verschiedenen Seiten gemachten Versuche einer Abschwächung oder gar Aufhebung der Maifeier; sie ist im Gegenteil der Meinung, daß das organisierte, klassenbewußte Proletariat seine ganze Kraft entfalten muß, um den Maifeiertag der Arbeit zu einer imposanten, wichtigen Demonstration gegen Klassenherrschaft und Volksausbeutung zu gestalten. Zu diesem Zwecke beauftragt sie ihre Delegierten zum Gewerkschaftskongress in Köln, im Sinne der auf den internationalen Kongressen von Paris 1889 bis Amsterdam 1904 gefassten Beschlüsse, für eine möglichst einheitliche Feier des 1. Mai einzutreten, und zwar dergestalt, daß die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands sich mit dem Parteivorstand in Verbindung setzt, damit die höchste und würdevollste Form der Feier, die allgemeine Arbeitsruhe, endlich zur Tatsache wird. Eine Aktion, die vorzugsweise als Präfix in bezug auf die geistige Reife und die Kampfesfreudigkeit des Proletariats gedacht ist, darf am Kostenpunkt nicht scheitern. Die deutsche Arbeiterkassette, die schon so manchen opferreichen Kampf geführt hat, darf und wird nicht wanken, wenn es gilt eine Wagn zu beschreiten.“

die zur Abschaffung des Lohnsystems und damit zu einer wirklich freien Gesellschaft führt.“ Fast sämtliche Redner sprachen im Sinne dieser Resolution, betontend, daß der Idealismus noch mehr in den Vordergrund treten müsse. Es sei anzustreben, daß in Zukunft die Kollegen, ohne auf Unterstützung zu rechnen, den 1. Mai feiern. Die Resolution wurde gegen einige Stimmen angenommen. Dann kam ein Antrag Dittins zur Beratung: Eine außerordentliche Generalversammlung der Verwaltungskasse Berlin noch vor Tagung des Verbandstages einzuberufen mit der Tagesordnung: Welche Gründe veranlassen den Parteivorstand, der Generalversammlung in Leipzig den Antrag zu unterbreiten, der Berliner Verwaltungskasse das Recht der Selbstverwaltung zu entziehen (Abänderung des § 30 des Statuts), und hierzu einen Vertreter des Vorstandes auf Kosten der Verwaltungskasse Berlin einzuladen. Dittin erklärte, daß dieses Recht beim Übertritt 1897 den Berlinern zugesichert worden sei und Änderungen von Schlichte auf der Generalversammlung in Braunschweig beweisen, daß dieses Recht allen Verwaltungskassen über 3000 Mitgliedern zugestanden werde. Wenn jetzt Berlin dies Reservatrecht genommen werden solle, so sei wiederum eine Zersplitterung, mindestens eine Stärkung der Metallarbeitergewerkschaft zu erwarten. Cohen verlas ein Schreiben des Vorstandes, wonach eine Schmälerung der Rechte Berlins nicht beabsichtigt sei. Er erklärte den Standpunkt der Verwaltung dahin, daß ohne dies Selbstbestimmungsrecht die Verwaltungskasse Berlin unentbehrlich sei, daß aber auch der Vorstand nicht daran denkt, gegen den Willen der Berliner diesen das Reservatrecht zu nehmen. Er wünscht, daß die heutige Versammlung unzweideutig erklärt, sich nie das Selbstbestimmungsrecht nehmen zu lassen. Dittin erklärte, durch diese Ausführungen von Cohen nicht überzeugt zu sein. Es scheine, als ob der Vorstand mit der Leitung der hiesigen Verwaltungskasse in bezug auf die letztgeführten Bewegungen nicht einverstanden sei und hierdurch zu seinem Antrag gekommen sei. Wenn dies zutrifft, solle der Vorstand dies in einer offenen Aussprache mitteilen, sowie überhaupt die Gründe, die ihn zur Stellung seines Antrags bewegen haben. Nachdem Bielefeld sich hierzu in ähnlichem Sinne für den Antrag ausgesprochen, wird er am Schlusse der Versammlung gegen wenige Stimmen angenommen.

Bremerhaven. Am 28. Mai stellten 104 Kesselschmiede der Firmen J. G. Tecklenborg und Seebach die Arbeit ein, weil ihre eingereichten Forderungen nicht bewilligt wurden. Sie verlangten bei Tecklenborg: 1. Der gegenwärtig gezahlte Stundenlohn soll um 10 Prozent erhöht werden. 2. Innehaltung des Paragraphen der gegenwärtig gültigen Arbeitsordnung auch bei Affordarbeiten. 3. Bei Einführung neuer Arbeitsmethoden, sowie bei Herstellung im Betriebe noch nicht angefertigter Arbeiten, soll, wenn ein Affordpreis nicht vereinbart ist und trotzdem verlangt wird, die Arbeiter in Afford auszuführen, ein Überschuss von 25 Prozent des Lohnsatzes gefordert werden. Andernfalls ist die Arbeit in Zeitlohn auszuführen. 4. Wenn bei Affordarbeiten nicht über 34 Prozent Überschuss erzielt wird, soll eine Herabsetzung des Affordpreises für die belästigende Arbeit sowie ein Abzug nicht stattfinden. Bei Seebach wurde gefordert: 1. Der gegenwärtig gezahlte Stundenlohn soll um 7 1/2 Prozent erhöht werden. 2. Einhaltung des Paragraphen der Arbeitsordnung auch bei Affordarbeiten. 3. Gerechtige Verteilung der Affordarbeiten ohne Bevorzugung einzelner Personen. 4. Bei Einführung neuer Arbeitsmethoden, sowie bei Herstellung im Betriebe noch nicht angefertigter Arbeiten, soll, wenn ein Affordpreis nicht vereinbart ist und trotzdem verlangt wird, die Arbeiter in Afford auszuführen, ein Überschuss von 25 Prozent des Lohnsatzes gefordert werden. Andernfalls ist die Arbeit in Zeitlohn auszuführen. 5. Wenn bei Affordarbeiten nicht über 34 Prozent Überschuss erzielt wird, soll eine Herabsetzung des Affordpreises sowie ein Abzug nicht vorgenommen werden. 6. Zahlung von Schmutzgeld bei Verletzung von Reparaturen. 7. Herrichtung einer Waschgelegenheit für die in der Kesselschmiede tätigen Personen. — Am 30. Mai traf der Bezirksleiter Gottschuse in Bremerhaven ein. Nachdem er genau über die Verhältnisse und den Stand des Kampfes von dem Geschäftsführer und den Vorsitzenden der Kommission der Kesselschmiede informiert war, begab er sich nach der Tecklenborgschen Werft und suchte eine Unterredung mit der Direktion nach, die gewünscht wurde. Nach längerer Unterhandlung wurde von Herrn Oberingenieur Rosenburg im Beisein des Herrn Buchhalters Traun erklärt, daß man mit dem Vertreter einer Organisation nicht weiter unterhandeln könne, dazu aber mit der Kommission der Kesselschmiede jederzeit bereit sei. Es sind nun Vorkehrungen getroffen, daß letzteres in den nächsten Tagen eingeleitet wird und ist es alsdann nicht ausgeschlossen, daß der Friede wieder hergestellt wird.

Delmenhorst. Unsere kleine Industriestadt scheint auf viele Metallarbeiter (Formen und Schloffer) eine große Zugkraft auszuüben. Der überaus starke Zug steht in gar keinem Verhältnis zu der hier vorhandenen Metallindustrie, und sehen wir uns deshalb veranlaßt, die hier herrschenden Zustände der Öffentlichkeit zu übergeben. Hier vor etwa 15 bis 20 Jahren Delmenhorst kannte, muß sich allerdings wundern, daß es sich in dieser Zeit so enorm entwickelt hat. Während es damals 4000 bis 5000 Einwohner zählte, die sich mit Kesselschneiden, Zigarrenmachen und Landwirtschaft beschäftigten, hat es jetzt 20 000 Einwohner, die zum größten Teil in den hier im Laufe der Zeit errichteten größeren Fabriken arbeiten. Diese Fabriken sind: 1. Wollkammerei- und Kammgarnspinnerei (4000 Arbeiter), 1. Zuteilpinnerei und Weberei (1000 Arbeiter) und 2. Sinoelmeinfabriken mit zusammen 1200 Arbeitern. In den ersten zwei Fabriken arbeiten viele importierte Arbeiter und Arbeiterinnen aus Polen, Böhmen, Galizien, Kroatien, die mit 1,50 bis 1,80 Mt. pro Tag entlohnt werden. Wenn man diese Gestalten zur Arbeit stellen sieht, fast das ganze Jahr barfuß und mit leichten Kleiderstücken angezogen und die aus den rückständigen Gegenden mitgebrachte Bedürfnis- und Anpruchslosigkeit in Betracht zieht, dann begreift man erst, daß sie mit solchen Löhnen auskommen und wie sie zu Lohnbrüdern für die hiesigen Arbeiter werden. Die Metallarbeiter, die auf den genannten Werken beschäftigt werden, sind zum größten Teil ältere Leute, die glauben, eine Lebensstellung gefunden zu haben. Zugereist werden hier fast gar nicht eingestellt und ist für diese wenig zu hoffen. In Maschinenfabriken sind hier nur einige kleinere vorhanden, und da ist es besonders die Firma Grieß & Co., Eisen- und Maschinenfabrik (die einzige Eisengießerei am Orte), bei welcher ein ungeheurer Wechsel unter Formen und Schloffern herrscht. Daß da keine vollen Zustände sind, beweist schon der Umstand, daß verschiedene Formen in anderen Fabriken eine andere Beschäftigung, durch irgend welche persönliche Verhältnisse dazu gezwungen, ausüben und ein anderer großer Teil Formen und Schloffer täglich mit der Eisenbahn nach dem nahen Bremen fährt, um dort zu arbeiten. Grieß & Co. beschäftigt jetzt 40 Mann, die unter den schlechtesten Verhältnissen zu arbeiten gezwungen sind. Die ganze Werkstätte ist meistens voll von Arbeitsstücken, so daß man die größte Vorsicht beobachten muß, um nicht zu stürzen. Eine Wasch- einrichtung kennt man hier nicht, und wenn man mittags und abends die schwarzen Gestalten durch die Straßen gehen sieht, weiß man gleich, woher die kommen. Auch die Ventilation ist höchst mangelhaft, und wenn wir alle Mißstände treffend kritisieren wollten, könnten wir ganze Seiten unserer Zeitung damit füllen. Aller Beschreibung ipoten aber auch die Löhne, die hier gezahlt werden. Die Schloffer werden ja jetzt mit 30 Pf. die Stunde eingestellt, doch wurden vor einiger Zeit noch solche mit 25 Pf. entlohnt. Den Formen wird überhaupt kein Lohn garantiert, sondern diese müssen sofort in Afford arbeiten, bei Preisen, mit welchen man nicht die notwendigsten Lebensbedürfnisse befriedigen kann. Wochenlöhne für gelernte Formen von 10 bis 12 Mt. sind keine Seltenheit, es stehen uns Lohnbücher zur Verfügung, wonach Formen in 30 Stunden 5,15 Mt. verdient hatten. Davon ab Kranken- und Invalidengeld 46 Pf., bleibt 4,69 Mt. Und dabei sind die Lebensunterhaltskosten hier eben so groß wie in Bremen, das mit der Bahn von hier in einer Viertelstunde zu erreichen ist und über 200 000 Einwohner hat. Arbeitsleute bekommen die Stunde 20 bis 25 Pf. bei 10 stündiger Arbeitszeit; einige werden ja etwas besser bezahlt, mit 27 bis 30 Pf., aber die verschwinden unter der Werzahl der schlecht entlohnenden. Die organisierten Schloffer und Formen sind meistens nur eine ganz kurze Zeit hier, viele reifen schon in zwei bis drei Tagen wieder ab.

Dieser Tatsache steht der Chef der Firma Bojunga, mit der größten Gleichgültigkeit gegenüber, denn das Angebot an Arbeitskräften ist größer als sein Bedarf und er stellt meistens alles ein, was kommt. Er weiß nämlich ganz genau, daß man dieser Bude schnell wieder den Rücken kehrt, doch tut ihm das keinen Schaden, denn er kriegt seine Arbeit auf die billigste Weise getan. Wir ersuchen deshalb alle Kollegen, Delmenhorst und speziell die Firma Grise & Co. zu meiden, denn der große Wechsel zeigt doch deutlich, daß diesem Betriebe keine gute Seite abzugewinnen ist und die Kollegen um eine trübe Erfahrung reicher, denselben wieder verlassen. Wenn hier bessere Zustände geschaffen werden sollten, dann müßten wir einen Stamm organisierter Kollegen haben, die die Agitation dieser Werkstatt in intensiver Weise betreiben und die Unorganisierten den Verband zuführen. Das kann aber nur geschehen, wenn das große Angebot an Arbeitskräften unterbleibt und die Kollegen bei der Durchreise sich erst bei der Ortsverwaltung erkundigen. Bei Grise & Co. sind zurzeit organisiert 1 Dreher, 8 Schlosser, 2 Formner, 5 Hilfsarbeiter.

Hannover. Die Firma Mübbers & Wöhrwinkel, Metallwarenfabrik, sperrte am 6. Mai ihre sämtlichen 86 Arbeiter aus. Die Kollegen dieser Fabrik, in welcher ganz erbärmliche Wohnverhältnisse bestehen, hatten sich im vorigen Herbst eine Erhöhung der Löhne um 10 Prozent und einen Zuschlag für Überstunden von 25 Prozent errungen. Aber acht Tage vor Weihnachten zog die Firma das Errungene wieder ab und warf dazu noch die damaligen Wortführer in der Kommission auf Straßenpflaster. Als nun jetzt von den Arbeitern wieder Überstunden verlangt wurden, hielten sie am 5. Mai eine Besprechung ab, um wenigstens den Zuschlag für Überstunden wieder zu erhalten. Dieses erwirkte Herr Wöhrwinkel. Am 6. Mai morgens ließ er sofort einen Arbeiter ins Kontor holen und fragte ihn nach dem Zwecke der Besprechung. Als der Kollege mitteilte, daß es sich um die Procente für die Überstunden handelte, fragte Herr Wöhrwinkel: „Was wollen Sie denn machen, wenn Sie die Procente nicht bekommen, dann wollen Sie wohl streiken?“ Darauf antwortete der Kollege: „So weit ist über die Sache noch gar nicht gesprochen worden.“ Damit schien die Angelegenheit erledigt zu sein, doch es kam anders. Eine halbe Stunde später erschien ein Anschlag, der besagte, daß am Abend um 6 Uhr sämtliche Arbeiter ihre Entlassung in Empfang nehmen könnten. Darauf legten alle Arbeiter die Arbeit sofort nieder. Das Vorkommnis unseres Bevollmächtigten hatte keinen Erfolg, Herr Wöhrwinkel erklärte kurz, daß sein Betrieb vorläufig geschlossen bleibe. Aber schon in den nächsten Tagen wurde versucht, einzelne der Ausgesperrten zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, was jedoch ohne Erfolg blieb. Am 13. Mai prangte nun an der Fabrik ein Anschlag, der besagte, daß am Montag der Betrieb wieder aufgenommen werde und hierzu Arbeiter gesucht würden. Eine Versammlung der Ausgesperrten beschloß indes, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis die Firma sich bereit erklärt habe, sämtliche Arbeiter wieder einzustellen. Im Laufe des Dienstags fanden sich dann drei Arbeitswillige, doch am Mittwoch morgen kam doch einer wieder, so daß der Betrieb wieder vollständig ins Stand. Als dann am Mittwoch eine Kommission der Ausgesperrten nochmals vorstellig wurde, kam eine Einigung zustande. Der Betrieb wurde am Freitag unter Einstellung sämtlicher Arbeiter wieder aufgenommen. Der Meister Schmarze, der einen großen Teil der Schuld an der ganzen Sache trägt, ist entlassen. Für Überstunden werden in Zukunft 16 1/2 Prozent Zuschlag zum Lohne bezahlt. Diese Abmachungen wurden von der Kommission unter Mitwirkung des Bevollmächtigten getroffen.

Siel. Anerkennung der Arbeiterorganisation im Ausland, das scheint die neueste Devise der Firma Friedrich Krupp, Germaniawerk, zu sein. Vor einiger Zeit wurde in einer Reihe von Generalversammlungen und ähnlichen Versammlungen Deutschlands von dieser Firma Anzeigen losgelassen, wonach sie Arbeiter verschiedener Branchen — natürlich unter glänzenden Versprechungen — suchte. Infolgedessen kamen hier viele Kollegen aus dem Binnenland nach unseren zeitweilig recht unruhigen Norden zugereist, um hier Arbeit zu finden. Der größte Teil von ihnen hatte noch nie eine Schiffsreise gesehen und hatte noch weniger Ahnung von der Arbeitsweise auf einer solchen. Als sich dann noch die schönen Versprechungen als eitel Windmühlerei erwiesen, zog die überwiegende Mehrzahl der Herbeigekommenen ab, der Staub von den Pantoffeln zu schütteln. Nun versuchte man es auf andere Weise. Der Meisterei Jensen, ein Däne, wurde beauftragt, Dänen herbeizuschaffen. Auf seine Empfehlung, in Dänemark sei jeder leistungsfähige Arbeiter organisiert, wurde ihm erwidert, wenn die Leute nur tüchtige Arbeiter wären, so könnten sie noch so sozialistisch sein. Darauf reiste Meister Jensen nach Kopenhagen und bestellte dort im Bureau des Dansk Smede- og Maskinarbejder-Forbund 50 Schiffsbauer, hauptsächlich Meier. Obwohl der versprochene Lohn von 34 bis 45 Pf. pro Stunde nach dänischen Begriffen nur niedrig ist, nahm der Verband doch das Angebot an, weil die in Dänemark gegenwärtig herrschende Arbeitslosigkeit voraussichtlich andauern wird. Das Reisegeld legt der Verband aus und reicht der Firma seine Rechnung ein. „Social-Demokraten“, das hervorragende Parteiblatt Dänemarks, bemerkt hierzu spöttisch: „Sollte man, ob der selbige Herr Krupp es sich vor zwanzig Jahren hätte träumen lassen, daß im Jahre 1905 in seinen Geschäftsbüchern eine Rubrik für sozialistische Fachvereine eingerichtet werden würde.“

Magdeburg. Der Vorstand der Dreher, Formner, Rührer, Kernmacher, Hilfsarbeiter u. s. w. bei der Firma Otto Kruse & Co. ist nach vierjähriger Dauer zugunsten der Arbeiter beigelegt worden. Alle Streitenden, 518 Mann, einschließlich der vier Gemäßigten, nahmen am 31. Mai die Arbeit wieder auf. Mit dieser Bewegung hat sich zugleich der seit Wochen angesammelte Groll entladen, den die Handlungen der Betriebsleitung und einzelner Vorgesetzten hervorgerufen hatten.

Pforzheim. Als von mir in der Verwaltungsstelle Pforzheim der Antrag eingebracht wurde: Regelung der Gehälter unserer Vorstandsmitglieder, führte ich derselbe auf unsere letzte Generalversammlung. In dieser wurde der Antrag der Beamten, eine Pensions-Gehaltssteigerung einzuführen, abgelehnt. Auf Grund dieser Ablehnung wurde mein Antrag formuliert, um den Beamten die Möglichkeit zu geben, sich privatim einer Pensionskasse anschließen zu können. Da bekanntlich derartige Versicherungen hohe Beiträge verlangen, ist es notwendig, den Beamten ihre Löhne so zu bemessen, daß sie die Versicherungsbeiträge selbst bestreiten können. Daß eine derartige Versicherung notwendig und von moralischem Wert ist, lehrt uns der Fall unseres verstorbenen Kollegen Jritsch. Dies ist die Motive, aus denen der Antrag hervorging. Wenn nun auch die Feuerbach-Metallarbeiter dies für höchst unmoralisch halten und sich in ihrer Moral so sehr gekränkt fühlen, so werden die übrigen Mitglieder wahrscheinlich anderer Meinung sein.

Potsdam. Am 15. Mai hielten wir eine öffentliche Metallarbeiterversammlung ab, zu der auch die Gewerkschafter von ihrem Bezirksrat als geschlossene und ziemlich zahlreich anrückten. Kollege Mübbers sprach über das Thema: „Die Gewerkschaften, und welche Bedeutung haben diese für die Arbeiter?“ Er begann mit einer geschichtlichen Einleitung über die Gründung der Gewerkschaften durch Dr. Max Hirsch und was von neuem der Vorstand sagt: „Der Metallarbeiter-Verband terrorisierte seine Mitglieder und presste dieselben zu Sozialdemokraten.“ Dagegen war es dem Redner ein Vergnügen, an der Hand der ganzen Entwicklungsgeschichte des Gewerkschafts zu beweisen, daß dieser tatsächlich ein unerschütterliches Gebilde sei, heute wie einst dazu bestimmt, als Schuttpflanze für die fortschrittliche Partei, beziehungsweise die Freisinnigen zu dienen. Die Hirsch-Dunderföhen hätten also absolut kein Recht, den Mitgliedern des Metallarbeiter-Verbandes ihre politische Betätigung vorzuentwerfen und damit ihre Sonderstellung zu bemänteln. Ohne Sozialpolitik sei es ja heute überhaupt unmöglich, politische Gewerkschaftsarbeit zu leisten. Das wollen aber die Hirsch-Dunderföhen Gewerkschaften auch gar nicht, selbst wenn sie dazu imstande wären. Die ganze Zusammenfassung ihrer Stellung zeige vielmehr die Tendenz, die Arbeiter vom

Kampfe um die wirtschaftliche Besserung und politische Freiheit abzuhalten, damit sie desto besser von den Unternehmern ausgebeutet werden könnten. Aber nicht genug damit, erziehen die Führer des Gewerkschafts ihre Mitglieder geradezu zu Gegnern ihrer aufgeklärten Kapitalistbrüder, indem sie diese über die sozialen Ursachen der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsweise im Dunkeln lassen und jede freie politische Bewegung unterdrücken. Ein Beweis dafür sei der bekannte Revolver gegen die sozialdemokratische Partei, der zwar offiziell ausgehoben, seinem Geiste nach aber immer noch im Statut vorhanden wäre und auch rüchloslos angewendet würde. Als fernere Beweise für die Missetätigkeit des Gewerkschafts verliest der Redner Stellen aus dem eigenen Protokoll der Generalversammlung desselben, zitiert den Abgeordneten Goldschmidt und führt aus dem Regulator die bekannte Resolution zugunsten der privatkapitalistischen Wirtschaft an, die ja von Dr. Max Hirsch, der Seele des Gewerkschafts, als ewiges Gesetz festgelegt werden möchte. Auf provokierende und beschimpfende Tiraden der Hirsch-Dunderföhen erklärte der Redner, daß es noch besser komme und er ihnen zeigen werde, wie weit die eigenartige Taktik der Gewerkschaftsführer diese Nachorganisationen schon gebracht habe, die selbst nicht davor zurückschrecken, ihre im Lohnkampf stehenden Mitglieder im entscheidenden Augenblick im Stich zu lassen und sie durch Verweigerung der Unterstützung zwingen, ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken zu fallen, das heißt Streikbrecher zu werden. Eine solche Organisation, die trotz ihres 36-jährigen Bestehens so gut wie nichts für die Arbeiterklasse getan habe, aber durch ihre Führer stets und ständig gegen die Interessen der Arbeiter auf dem Plane sei; — eine Organisation, die ihr Wort und ihre Versprechungen nicht hält, ihre moralischen und statutenmäßigen Verpflichtungen nicht erfüllt, habe absolut keine Existenzberechtigung mehr. Kein Recht, sich als Vertreterin der Arbeiterinteressen zu bezeichnen. Kollege Mübbers wies dann noch an der Hand der neuesten Ereignisse innerhalb der Metallindustrie in Dortmund u. s. w. nach, daß ein Zusammenarbeiten mit dem Gewerkschaftsverband nicht mehr möglich sei, weil er keine ethischen Absichten habe. Diesem unerföhrlichen Wille stellte der Redner das Wirken des Metallarbeiter-Verbandes gegenüber, der seit seinem erst 13-jährigen Bestehen allein mehr Mitglieder zählte als die Hirsch-Dunderföhen Gewerkschaften zusammengekommen, und in dieser kurzen Zeit mehr für seine Mitglieder getan und damit für die allgemeine Arbeiterbewegung nützlicheres geleistet habe als die Gewerkschaften jemals zu leisten imstande sein würden. Allerdings erhebe der Verband höhere Beiträge als der Gewerkschaftsverband, aber mit Wochenbeiträgen, die bis auf 7 Pf. heruntergehen, könne man nichts leisten und müsse zufrieden sein mit allem, was einem die Unternehmung bieten. Das seien die Früchte der Harmoniebuschlei, in welcher die Mitglieder der Gewerkschaften erhalten werden sollen, um ihren Führern und den Kapitalisten zu Willen zu sein. Für jeden aufgeklärten Arbeiter, für jeden vorwärtsstrebenden Metallarbeiter könne es keine Frage mehr sein, welcher Organisation er sich anschließen habe. Nur der Metallarbeiter-Verband sei in der Lage und habe es bemerkt, seine Mitglieder im Kampfe gegen Willkür und Ausbeutung zu schützen und bessere Arbeitsverhältnisse zu schaffen. — Auf diese mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Meierlenen antwortete der bekannte Gewerkschaftler Jordan-Verlin in der ebenso bekannten Manier der Hirsch-Dunderföhen Führer und bemühte sich nach Kräften, wenn auch vergebens, die vorgebrachten Anklagen gegen den Gewerkschaftsverband „alle Kamellen“ hinzustellen. Mir Rathos führte Jordan aus, daß dem Gewerkschaftsverband mehr Verantwortungsbewußtgefühl innewohne als dem Verband, der die Beiträge der Mitglieder leichtfertig vorausgibt. (1) Das tue der Gewerkschaftsverband nicht; ihm liege das Wohl der Arbeiterfamilien mehr am Herzen, deshalb ziehe er es auch vor, wenn irgend möglich, mit den Unternehmern zu verhandeln, um Konflikte zu vermeiden. In der weiteren Diskussion, die durch die unparlamentarischen Zwischenrufe einzelner Störenfriede hier und da stürmisch wurde, führten die Verbandsmitglieder Brieke, Kiesel unter anderem Potsdamer Verhältnisse in der Metallindustrie an, die nichts weniger als schön und die durch die Schuld der Hirsch-Dunderföhen so schlecht geworden wären. Der einzige Gegner, der einen guten Eindruck mit seinen Ausführungen erzielte war der Kollege Förster, der die Erklärung abgab, daß er zwar einen anderen Weg gehe als der Verband, aber dessen Wirken anerkenne und überall da zu finden sein werde, wo es sich um die Förderung der Arbeiterinteressen handle. Nur in der Einigkeit der Arbeiter liege ihre Kraft und lege sie in den Stand, ihre Kulturaufgaben zu erfüllen. Im Schlußwort stellte Kollege Mübbers die „Zerkümmert“ Jordans richtig und gab einigen Rednern eine so deutliche Antwort auf ihre provozierenden Ausführungen, daß sie den Saal verließen.

Ravensburg. Ein Eldorado für Metallarbeiter im allgemeinen und für Formner im besonderen ist die Maschinenfabrik und Eisengießerei von J. Z. Sauer. Für diese Arbeiterbude werden gegenwärtig tüchtige Formner gegen hohen Lohn gesucht. Diese „hohen Löhne“ schwanken bei pingeligen Arbeitern zwischen 25 bis 30 Pf., ältere tüchtige erhalten 32 bis 38 Pf. — Häufig kommt es vor, daß einem Arbeiter Aufbesserung versprochen wird, jedoch bis zum Lohnzeitpunkt nicht ausgeführt wird. Bekannt ist man jedoch, so heißt es: Heute gibt's nichts mehr. Und dann vergehen wieder vierzehn Tage. Wird ein Stück Ausschub, was bei dem schlechten Material und der allzu großen Sparfamkeit in allen Dingen vorkommen kann, so wird dem Arbeiter die hierauf verwendete Zeit und 7 Pf. pro Stk abgezogen. Natürlich habe ein Formner ein Stück Ausschub, an dem er vier Stunden gearbeitet, dafür werden ihm 5 Pf. abgezogen, während sein Verdienst in der Zeit 1,10 Mk. betragen hätte. — Eine gleich schöne Musterwerkstätte ist die Maschinenfabrik in Weingarten. Dort herrscht ein Affordsystem, das so recht geschaffen ist, die Arbeiter aufs höchste auszubeuten. Ein Heer von Unternehmern sorgt auch dafür, daß das Straffsystem bei jeder Kleinigkeit voll zur Anwendung kommt. Meist wird zwölf Stunden gearbeitet; damit will man beweisen, daß die Löhne in 14 Tagen höhere seien als andernorts. Daß bei solchen Zuständen diese Bude der reinste Lohndenkmal ist, läßt sich denken. Wir ersuchen deshalb die Metallarbeiter, sich für Weingarten und Ravensburg nur bei größter Vorsicht engagieren zu lassen. Schuld an diesen Zuständen tragen zum Teil auch die aufjagigen Arbeiter, die wohl immer schimpfen (die wirklich sein wollen) tun sich darin am argsten hervor, aber zu gleichgültig sind, sich der Organisation anzuschließen.

Schnefeld. Es ist notwendig, wieder einmal die Spalten unserer Zeitung in Anspruch zu nehmen. Hat es doch den Anschein, als beständen viele Kollegen Schnefeld als ein Eldorado. Das Resultat ist aber: wenn man hierorts eine kurze Gasoline gegeben, verläßt man enttäuscht den Ort. Die Zustände in den einzelnen Betrieben sind die denkbar schlechtesten, so bei der Metallindustrie Schnefeld vormals Weltstad-Rabiatoren-Berke u. s. f. Einzelne, zum System ausgeübte Umstände sind: 13 bis 14 stündige Arbeitszeit, niedrige Löhne, brutale Behandlung durch gewisse Exportordnungen, die vergessen haben, daß auch sie an der Bant und im „Verband“ geknallt! Seit langem ist die Verwaltung eifrig bemüht, den Zuständen nachzuspüren, aber ungeheure Schwierigkeiten stellen sich dem entgegen, und das bedauerlichste dabei ist die Indolenz der eigenen Kollegen. Wenn ich sprachlos über die Verhältnisse unter den Kollegen! Am 23. Mai kam dann nun in unserer Versammlung das reinigende Gewitter in Gestalt einer gründlichen Aussprache. Kollege Schöge gab Bericht über den Erfolg in der Hirsch-Dunderföhenfabrik von Knip & Bemen. Die dort beschäftigten Kollegen hatten der Verwaltung den Wunsch unterbreitet: Für die Vertiefung der Arbeitszeit an die Firma heranzutreten. Man übertrug dem Kollegen Schöge die Arbeit. Die nötigen Vorarbeiten wurden erledigt. Schöge wurde beauftragt, die Eingabe fertig zu stellen und sie nach Prüfung durch die Verwaltung abzugeben. Innerhalb acht Tagen war die ganze Arbeit erledigt. Herr Knip erklärte unseren Kollegen: „Die Begründung der Eingabe ihres Verbandes hat mich zu der Überzeugung gebracht, daß beide Teile Vorteile von der Verlängerung der Arbeitszeit haben. Vom 1. Juni an haben wir die 10 stündige Arbeitszeit.“ (Bisher waren es 11 Stunden, von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.) Die Löhne sind gut und bleiben in der Höhe, auch ist die Behandlung eine auf gegenseitiger Achtung beruhende. Es muß anerkannt werden, daß Herr Knip seine Vor-

stellungen gegen die Organisation hat fallen lassen. In aller Ruhe und Sachlichkeit sind beide Teile über die Forderung einig geworden. — Darob nun die ungeheure Verblüffung der übrigen Kollegen vom Weltstad u. s. w. Spontan kam nun der Unmut über die eigene Schwäche zum Durchbruch. Das Material der Anklagen türmte sich auf. Beschlossen wurde, in allergrößter Zeit Versammlungen abzuhalten, um Klärung zu schaffen. Wir gehen deshalb heute nicht näher auf alle Vorkommnisse ein, geben den das aber später zu tun. Die zu leistende Arbeit wird eine harte sein, hier möchten wir nur noch dem Wunsch Ausdruck verleihen und daß mit dem nötigen Nachdruck die reisenden Kollegen mögen Schnefeld bis auf weiteres meiden. Die hiesigen Zustände fordern zwingend diese Maßnahme.

Solingen. In der Solinger Industrie, die zu ihrer geblühenden Weiterentwicklung nichts nötiger hätte, als den Frieden, da ihr die neuen Holzerträge schwere Zeiten bringen werden, spielt sich augenblicklich ein hartnäckiger Kampf zwischen der Firma Gottlieb Hammesfahr zu Solingen und dem Messerschleiferverein (Solalorganisation) ab. Diese Organisation ist eine der ältesten im hiesigen Industriegebiet. Man war seither gewöhnt, die Messerschleiferorganisation als maßgebend zu betrachten. Der Messerschleiferverein umfaßt aber nur die Kategorien von Schleifern, die ausschließlich Tafel-, Brot-, Gemüse- und Schlachtmesser schleifen (ungefähr 800 Mann). Die Taschen- und Federmesserschleifer, sowie andere Kategorien sind wieder besond'rs organisiert. Dieser Messerschleiferverein ist im hiesigen Industriegebiet wohl der älteste Fachverein. Er lebt mit den Fabrikanten meistens in gutem Einvernehmen, wozu eine Vergleichskammer beiträgt, die aus Fabrikanten und Schleifern zusammengelegt ist und über zweifelhafte Fragen der Fabrikation sowie über Lohnangelegenheiten verhandelt und rechtskräftig entscheidet. Grundlage des beiderseitigen Arbeitsverhältnisses ist das sogenannte Preisverzeichnis, das die Schleiflöhne für die verschiedenen Messerarten anführt; von diesen Löhnen darf weder der Fabrikant noch der Arbeiter abweichen. Bei seiner Arbeit stellt sich der selbständige Arbeiter alle seine Arbeitsgeräte und Materialien, während der Fabrikant nur die unfertige Ware liefert. Dieses Verhältnis blieb selbst dann bestehen, wenn der betreffende Schleifer auch in der Fabrik des Unternehmers arbeitete. Er zahlte seine Miete für Kraft und Platz, damit war die Geschichte erledigt. Sonst kam und ging der Schleifer, wie er wollte, arbeitete wenn er wollte. Dieses Prinzip der Selbständigkeit, das noch unter dem „freien Meister“, Gesellen und Lehrlinge kennt, wurde innerhalb der Messerschleiferei vor ungefähr 20 Jahren durch die Firma S. Friedr. Ern in Wald-Vittstille durchbrochen, indem die Zeitarbeit eingeführt und aus den ehemaligen „selbständigen“ Arbeitern Fabrikarbeiter wurden. Wenn das nicht paßte, mußte eben für eine andere Firma arbeiten. Im übrigen spielte sich dann der Arbeitsprozeß so ab, wie überall, getrieben durch Fabrikmeister, Aufseher, Vorarbeiter u. s. w. Diese Firma Ern wurde vor 20 Jahren vom Messerschleiferverein in Streik erklärt und — blieb darin bis auf den heutigen Tag, an dem uns ein mit allen Regeln kapitalistischer Rechenkunst aufgeführter moderner Großbetrieb vor Augen tritt. Der Streik hat der Firma nicht geschadet. Die Fabrikarbeiter aber wurden damals als Streikbrecher — hier Bären genannt — betrachtet, jede Verbindung mit ihnen abgebrochen. Zugunsten hatte der Unternehmer Gelegenheit, diese „wehrlosen Lohndarbeiter“ (Bären) ungeniert auszubeuten. In den Reihen der „langen“ Messerschleifer (Messerschleiferverein) gelang es, diese neuartige Produktionsweise bisher hintanzuhalten, doch auch nicht ganz. Auch hier nahmen die „Bärenkräfte“ (Streikbrecherbuden) überhand. Doch waren und bleiben diese Unternehmer infolge mangelnden Kapitals und ungenügender Arbeitskräfte größtenteils gebunden, sich an ihre Arbeiter zu halten und konnten sich nicht weiter entwickeln. Anders die Großfirma Hammesfahr. Vom Anfangs bis zum Endprozeß bleibt das Produkt Eigentum der Firma Hammesfahr. Sie läßt die Klingen schlagen, im eigenen und Hausbetrieb weiter verarbeiten, bis die Produkte als fertige Ware in den Lieferraum kommen. Sie führte vor einiger Zeit ebenfalls Teil- und nicht nur Teil, sondern auch Maschinenarbeit ein, wobei sie den im Betrieb beschäftigten Schleifern die Arbeitsgeräte stellt. Seit der eingeführten Zeitarbeit stellte sie die Steine zum Schleifen, gab alle Materialien her; der bei Hammesfahr arbeitende Schleifer konnte sich an die fertige Arbeitsstelle setzen und brauchte sich um nichts weiter zu kümmern. Ein großer Teil der Arbeiterchaft sah aber in diesem Vorgehen der Firma den ersten Schritt, um die durch Jahrhunderte hindurch sorgsam und eifersüchtig bewahrte Selbständigkeit des Schleifers in die Abhängigkeit des gewöhnlichen Fabrikarbeiters zu verwandeln. Es kam zwar damals eine Vereinbarung zustande, und für die Stellung der Arbeitsmaterialien wurde der Firma ein Nachlaß von 33 1/2 Prozent gegen das übliche Preisverzeichnis bewilligt, aber bald kam eine neue Forderung zwischen der Firma und dem Messerschleiferverein. In dem Bestreben, den guten Ruf der Solinger Industrie hochzuhalten, sind schließlich die Fabrikanten und Arbeiter darin einig, daß die Qualität in Solingen überhaupt nicht angefragt werden dürfte. Eine solche Qualitätsfrage sind die blau-ordinären Messer, die deshalb im Preisverzeichnis nicht aufgeführt und von der Fabrikation aus ausgeschlossen waren. Vor einiger Zeit ging die Firma Hammesfahr dazu über, ordinär-blaue Tafelmesser, Brotmesser, Gemüsemesser und Schlachtmesser in ihrer Fabrik anfertigen zu lassen, und sie legt trotz aller Einwendungen des Messerschleifervereins die Herstellung fort. Das Verdienst des Arbeiters an der besseren Ware ist aber bedeutend höher. Auch werden dadurch, daß sich die blau-ordinäre Ware einbürgert, die anderen Fabrikanten, die diese Sorte nicht herstellen dürfen, geschädigt. Mancherlei Verhandlungen zwischen dem Verein und der Firma Hammesfahr führten zu keinem greifbaren Ergebnis. Hammesfahr erklärte, daß der Weltmarkt diese Ware, weil sie billig und für ihren Preis auch gut sei, verlange, und daß er sie daher, wolle er ein großes Absatzfeld nicht ganz einbüßen, anfertigen müsse. Im übrigen stehe er auf dem Standpunkt, daß er in seiner Fabrik arbeiten lassen könne, was er wolle, wenn er seine Leute nur entsprechend löhne. Schließlich ipigte sich der Konflikt in bedauerlicher Weise darauf zu, daß Hammesfahr alle weiteren Verhandlungen mit den Schleifern ablehnte und erklärte, daß er einen Kampf aufzunehmen gewillt sei. Hierbei blieb er auch, als sich die Behörden ins Mittel legten. Weder der Gewerbeinspektor, noch der Landrat vermochten ihn umzustimmen. Da wandten sich die Messerschleifer an den Zentralkomitee der Solinger Gewerkschaften (Gewerkschaftsartell). Hier erfolgte der Beschluß, die Anerkennung der Organisation der Messerschleifer herbeizuführen durch Eintreten sämtlicher Gewerkschaften, da man ein sah, daß sobald eine Organisation nicht mehr anerkannt werde, mit der andern über kurz oder lang daselbe Spiel erfolgen würde. In zwei Versammlungen, die jedesmal von etwa 1600 Personen besucht waren, erfolgte der Beschluß, eventuell den „Generalstreik“ über die Firma zu verhängen, wenn alle Scheiterte. Der Metallarbeiter-Verband ist bei dieser Firma nun mit mehreren hundert Mitgliedern beteiligt und je nach den Verhältnissen interessiert. Es kann ihm also nicht gleichgültig sein, wie die Dinge sich entwickeln. Auf eines muß deshalb ganz besonders hingewiesen werden, nämlich, daß auch unsere Leute, unabhängig von den Solalisten, Wünsche der Firma unterbreitet haben, die auf einen Tarifvertrag hinauslaufen. Verhandlungen ohne Ende, allerdings auch mit Zusicherungen, haben stattgefunden. Eine Anerkennung des Tarifs scheint noch in weiter Ferne zu liegen. Um so beständiger drängen aber die Arbeiter auf den Abschluß des Tarifs. Der Friede ist also eine Angelegenheit, die nur davon abhängt, daß in allerhöchster Zeit die Entscheidung erfolgt. Die Messerschleifer (Schnefeld) des Kreises Solingen und die Werkzeug- und Gerüstschlosser werden den Löwenanteil an diesem Kampfe tragen. Möglich ist aber auch, daß, sobald es zum Kampf, auch zu Übertragungen kommen wird, an die niemand in Solingen glaubt, zu Übertragungen, die den Solalisten bittere Lehren bringen werden. Metallarbeiter Solingens, aufgepaßt!

Suhl und Umgebung. Die Firma Simson & Cie. in Suhl richst jährlaus jahre Arbeiter aller Branchen in mehreren Zeitungen Deutschlands. Da Leute genug am Plage sind, so muß doch etwas faul im Staate Dänemark sein. Klagen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse werden auch fortwährend laut. Diese Zustände

bilden nicht allein einen Hemmschuh für den Fortschritt in hiesiger Gegend, sondern auch an anderen Orten mit Fahrradindustrie werden Lohnaufbesserungen verweigert mit der Motivierung, Einfluß in Thüringen bezahle geringere Löhne und könnte aus diesem Grunde die Konkurrenz aus dem Felde schlagen. Wertmeister Schmidt, dem der Fahrradbau unterstellt ist, soll sich auch einmal dahin geäußert haben, daß er die Konkurrenz toll gemacht habe. Und als der dabei stehende Meister Schöner auch seinen Teil an diesem „Lobenswerten“ zum Besten gab, wurde ihm entgegnet, daß er nur Helfershelfer gewesen sei. Daß dem so ist, werden ihm seine Leute gerne bezeugen. Sollen doch die Arbeiter bei Meister Schöner mit der schlechtesten in der Fabrik sein. Die Maschinen sind teilweise ohne Schutzvorrichtung, so daß ohne Lebensgefahr die Vertiefung laum zu passieren ist. Die Unterweisung der Arbeiter durch Meister Schöner ist eine sehr mangelhafte. Bestimmen die Leute die geleistete Arbeit als Reparatur oder gar als Ausschuss aus der Revision zurück, so hat Schöner höchstens ein Mäkelgucken. So passierte es einem Arbeiter vor kurzem, daß er in fünf Tagen 8 Mk. verdient hatte. Als der Lohn tag kam, erhielt er auch diese nicht auf einmal. Auf seine Beschwerde entgegnete Schöner, daß dieses wohl „übersehen“ oder „vergessen“ sei. Wären die auswärtigen Kollegen nicht hiezu gekommen, den Arbeitern der Firma, so weit sie noch nicht organisiert sind, empfehlen wir aber, nicht länger durch ihren Zwitterstand einen Hemmschuh zu bilden für die Bestrebungen der fortschrittlich gesinnten Arbeiter.

Reiberei. Von der Aussperrung sind jetzt circa 1400 Arbeiter betroffen. Die größeren Unternehmer üben auf die kleineren einen ungeheuren Terrorismus aus. Wer sich von diesen weigert, auszusperrten, soll fernerhin keinen Fuß mehr geliefert bekommen. Von einzelnen Unternehmern wurden Arbeiter, die sich ihren ausgesperrten Kollegen anschlossen, unter Anwendung erbärmlichster Mittel davon abzuhalten gesucht. Aber stolz wurden diese Versuche zurückgewiesen. Die großen Unternehmer bestreben mit der Aussperrung nebenbei noch die Vernichtung der kleineren Betriebe, der Konzentrationsprozess soll beschleunigt, die Konkurrenz eingeengt werden. — Die Polizei verhält sich ruhig. Die Provokationen durch die Unternehmer und ihre Handlanger sind sehr zahlreich. Schon in den ersten Tagen der Aussperrung hat der Vorstoß der Temperiergeheimvereine nach einem der Streikposten mit einem größeren Schlüssel durch das Fenster geworfen. Glücklicherweise verfiel sich der Schlüssel am Fensterrahmen, sonst hätte er gewiss unsern Kollegen die Schädeldecke eingeschlagen. Am 28. Mai kam nachmittags aus derselben Gießerei mit voller Wucht ein Gegenstand durch das Fenster geflogen, vor dem ein Kolben vorüberging. Dieser wurde am Kopfe getroffen; die Glassplitter der durchgeschlagenen Fensterscheibe drangen ihm in das Gesicht, so daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Anzeige ist erstattet. Hätte einer von den Streikenden das getan, daß Zuchthaus wäre ihm gewiss. Wenn aber die scharfsinnigen Fabrikanten glauben, sie können den Deutschen Metallarbeiter-Verband vernichten, dann irren sie sich aber gewaltig. Das wird nicht geschehen, gekämpft werden wir aus diesem Kampfe hervorgehen. Doch die Organisation! — In der Berliner Zeitung wird am 29. Mai von den Fabrikanten der Eric versucht, durch die Veröffentlichung der Verdienste von 98 Formern nachzuweisen zu wollen, daß die Formern keinen Grund zum Streiken hätten. Danach hätte der 98. pro Tag 4,28 Mk. verdient. Leider haben die Herren vergessen, auch ihren Unternehmervergewinn anzugeben, den sie in der Hauptsache doch der Tätigkeit der Arbeiter verdanken.

Vegefac. Sämtliche Arbeiter der Abbruch-Werft von Neugebauer & Co. in Lemmerde legten am 28. Mai die Arbeit nieder. Seit Jahresfrist ist diese Firma wiederholt um die Erhöhung der sehr niedrig bemessenen Löhne ersucht worden, doch stets ohne Erfolg. Als jetzt abermals eine Kommission die Wünsche der Arbeiterschaft zum Vortrag brachte, wurde sie scharf abgewiesen. In Betracht kommen circa 100 Schmelze, Kesselschmiede, Kleider- und Stenmer, jedoch wird man jetzt auch Schlosser einstellen versuchen. Zugang ist von Lemmerde und Vegefac fernzuhalten.

Schlaffer.

Stuttgart. Die Kollegen der Buchschloßerei von Stäbler haben die Arbeit niedergelegt. Die Ursachen dieses Streiks liegen nicht in Lohnunterschieden, sondern in der außerordentlich rückwärtigen Behandlung, die den Arbeitern durch den Buchhalter Stäbler zuteil wurde. Stäbler glaubte, sein gefährdetes Prestige durch Belegung der Arbeiter mit den unsäglichsten Titeln und durch Schikanierung wieder zu retten. Diese Art des Verkehrs hatten die Kollegen endlich satt. Da wiederholte Beschwerden bei Herrn Stäbler keinen Erfolg hatten, beauftragten sie ihre Organisationsleitung, bei Herrn Stäbler vorstellig zu werden. In Ausführung dieses Auftrags begaben sich die Kollegen Brenner und Lauterbach zu Herrn Stäbler. Da er nicht anwesend war, ersuchten sie sich bei Herrn Haller, bis wann sie wieder kommen könnten. Die Antwort lautete: Wenn Sie sich der Gefahr aussetzen wollen, hinausgeschrien zu werden. Durch diese unverschämte Behandlung ihrer Vertreter blieb den Arbeitern die Mähe erspart, den Beweis für ihre Klagen gegen den Buchhalter zu erbringen. Trotzdem wurde die Aussperrung mit Herrn Stäbler herbeigeführt. Er verpackte auf das Bestimmteste, Wandel zu schaffen. Das gerade Gegenteil traf aber ein. Ohne Ursache rief Herr Haller einen der Arbeiter aus dem Kontor, beschimpfte dessen Nebenkollegen und bezeichnete die vorstellig gewordenen Vertreter der Arbeiter als „Strieze“, „Hundverächter“ u. s. w. Dieses Benehmen war aber den Arbeitern zu viel. In der Überzeugung, daß Herr Stäbler nicht die nötige Autorität über seinen Buchhalter besäße und ihn zu einer Änderung seines Benehmens nicht veranlassen könne, beschloßen sie, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen, bis sich Herr Haller anderweitige Existenz gesucht habe. Offenbar aber scheint dies für H. nicht sehr leicht zu sein, da er sein „Glück“ sowohl schon als Buchhalter beim hiesigen Konsumverein wie als Kassier bei der Ortskrankenkasse und als Restaurateur mit nicht gerade rühmlichem Erfolg versuchte. Auch die Handlungsmasse des Herrn Stäbler ist nicht einwandfrei. Wir behalten uns vor, darauf noch zurückzukommen. Da Herr Stäbler nicht gewillt ist, seinen Buchhalter zu entlassen, so blieb den Arbeitern nichts übrig wie der Streik. Der Kampf dreht sich also nicht um materielle, sondern um Forderungen des Anstandes und der Moral. In Betracht kommen zwölf Arbeiter. Wir ersuchen daher sämtliche Buchschloßer, diese Vertretung strengstens zu unterstützen. — In einer am 30. Mai abgehaltenen Schloßerversammlung referierte Kollege Heber über den Streik. Leider seien die Verhältnisse in der Buchschloßerei in Stuttgart überall nicht zum besten, so daß die Buchschloßer alle Ursache hätten, eine Besetzung anzustreben und den letzten Mann in die Organisation zu bringen. Nach lebhafter Diskussion wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit dem Vorgehen der streikenden Kollegen durchaus einverstanden. Sie verpflichtet sich, für die Durchführung der Forderungen energisch mit einzutreten.“

Rundschau.

Reichstag.

Reichstagschluß (30. Mai). Der ursprüngliche Schluß des Reichstags am Dienstag den 30. Mai war eine allgemeine Verplüßung hervorgerufen. Wöhlisch ist nach wie vor Krampf bei uns! Was der Staatssekretär Graf Voskowsky zur Motivierung der abendlichen Maßnahme aus der bekannten roten Mappe vortrug, mußte nach Lage der Dinge so wenig ernsthaft und gründlich ausfallen, daß der Reichstagspräsident schon vorher das Bedürfnis empfunden hatte, die Regierung zu entschuldigen. Die Worte, die er im Seniorenkonzent des Reichstags an die Vertreter der verschiedenen Parteien richtete, kennzeichnen besser als lange Abhandlungen die politische Situation unseres Reiches; glaubte doch Papa Balken, die Regierung ganz einfach gegen den Verdacht schützen zu müssen, sie habe sich aus einer verächtlichen Berärgung aus ihrem Vor-

gehen entschlossen!! Wer sich entschuldigt, ohne angeklagt zu sein, fragt sich selber an!

Sine Regierung, die so mühsam vorbereitete Gesetzentwürfe, wie das Vörsengesetz, die Militärpensionsgesetze, die Vorlage wegen der Kamerunbahn einfach unter den Tisch fallen läßt, beweist damit, daß er jeder einheitlichen, geschlossenen und sachverständigen Führung verdrängt wird immer mit vollen Händen, daß er der „Leitende“ Staatsmann sei, den jedermann mit gebührender Hochachtung anzustaunen habe; aber wenn man die Sache genauer betrachtet, merkt man bald, daß die Flügel der Regierung einfach am Boden schliefen.

In den fünf druckreifen Tagen, die dem Schluß des Reichstags vorausgingen, hat man im preussischen Abgeordnetenhaus den ausgedehnten Arbeiterstreik erlebt. Die standhaften Kompromissanträge eines nationalliberalen Scharfmachers bei der Berggesetznovelle schienen dem Zentrum gerade gut genug, um damit die schändliche Verhüllung nach Verdienst und Würdigkeit zu kritisieren, vom Baune gebrochen worden: Grund genug für die „regierende Partei“ den schließlichen Schluß zugunsten! Natürlich nur im geheime Fach des Herzens! Wenn die katholische Arbeitererschaft sich diese Affenscheide bieten läßt, dann verdient sie keine bessere Vertretung als die durch die schwarze Zentrumsgesellschaft!

Für die Regierung kam noch hinzu, daß sehr ungünstige Nachrichten aus dem Schutzgebiet Kamerun vorliegen; es ist möglich, daß es auch dort zu einem Kolonialkrieg kommt; das ist wenig angenehm, wenn der Reichstag gerade veranammelt ist, weil dann die Kritik nicht ausbleiben kann. Darum: Schluß!

Die parlamentarische Zeit soll angelich in diesem Jahre nicht sehr lange dauern, da die geplante Reichsfinanzreform nur mit großem Zeitaufwand unter Dach und Fach gebracht werden kann. Diese „Reform“! Heute wird schon mitgeteilt, daß der Plan im Reichstagskammern „umgearbeitet“ wird, weil er im preussischen Finanzministerium auf Bedenken gestoßen wäre: merkwürdige Leute, diese Reichstagskammern! Warum bitten sie nicht einfach den preussischen Finanzminister, ihnen gültig anzugeben, welche Sorte von „Reform“ sie dem Reichstag vorzulegen die gültige Erlaubnis erhalten würden? Das hätte den großen Vorzug der Einfachheit und der Klarheit. Aber wohin sind Einfachheit und Klarheit in unserer Politik gekommen!

Aus deutschen Gewerkschaften.

Die Glaser-Zeitung feierte am 1. Juni das zehnjährige Jubiläum, daß die Zeitung, die sich vornehm in Privathänden befindet, in den Besitz des Glaserverbandes übergegangen ist. Sie erscheint jetzt in einer Auflage von 5500 Exemplaren.

Die Aussperrung der Schneider war bisher, wie sich jetzt herausstellt, auf Anordnung des Vorstandes des Arbeiterverbandes in einer Reihe von Orten unterblieben, um daselbst die nötige Streikarbeit anfertigen zu lassen. Nannmehr hat jedoch der Vorstand des Verbandes der Schneider angeordnet, daß in allen Orten, die bei Mitgliedern des Unternehmerverbandes beschäftigten Mitglieder die Arbeit einzustellen haben. Damit dürfte die Zahl der Aussperrten und Streikenden im Schneidergewerbe auf 8000 anwachsen.

Die Lohnbewegung der Dresdener Zigarrenarbeiter ist in ein neues Stadium getreten. Die Fabrikanten verlangen jetzt von den Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern den Austritt aus dem Tabakarbeiterverband. Da dieses Ansuchen abgelehnt wurde, beschloßen die Fabrikanten die Aussperrung. In Betracht kommen in 25 Fabriken 5000 bis 6000 Personen.

Eine Aussperrung aller Bauarbeiter, Maurer, Zimmerer, Bauführer soll im rheinisch-westfälischen Industriegebiet vorgenommen werden, weil die Arbeiter sich weigerten, die über einige Dornmunder Bauten verhängte Sperre aufzuheben. Mit der Aussperrung ist bereits begonnen. Verschieden sollen sieben Orte werden, in denen feste Tarifverträge bestehen. In Frage kommen 15000 bis 20000 Arbeiter.

Unter die Aussperrten ist auch der Bischof von Regensburg gegangen. Die Brauer der unter bischöflicher Verwaltung stehenden Bischofsbrauerei hatten bei dieser Verwaltung einen Tarifvertrag eingereicht. Als Antwort wurden sämtliche Mäler entlassen. Eine stark besetzte Volksversammlung verhängte deswegen über die Brauerei den Boykott, weshalb auf Veranlassung der bischöflichen Brauerei am darauffolgenden Tage die Brauereien von Regensburg und Umgebung den Befehl gaben, die organisierten Arbeiter in allen Brauereien auszusperrten, sofern nicht der Boykott über die Bischofsbrauerei aufgehoben wird. Bis jetzt hat man in diesem nicht gewagt, diesen Befehl auszuführen.

Die Mäler haben in Nürnberg, Köln und einer Reihe anderer Orte erfolgreiche Lohnbewegungen abgeschlossen. Zurzeit befinden sich die Mäler in 11 Orten im Streik und in weiteren 20 Orten sind Lohnforderungen aufgestellt worden.

Der Verband der Böttcher beschloß auf seinem Verbandstag mit 21 gegen 8 Stimmen die Einführung der Erwerbslosenunterstützung. Der Beitrag wurde von 25 Pf. auf 50 Pf. pro Woche erhöht. Für Süddeutschland wurde ein Gauleiter mit dem Sitz in Mainz angeordnet. Die Bestimmung, daß Mitglieder, die dem Verband 20 Jahre angehören, als Ehrenmitglieder angesehen und keine Beiträge zu zahlen haben, wurde aufgehoben.

Ein Krankenkassenstreik ganz eigener Art

beschäftigte am 18. Mai das Ober-Verwaltungsgericht in Berlin. Es handelte sich um die Strafbildung des Berliner Magistratskommissars für die Orts- und Betriebskrankenkassen gegen die Vorstandsmitglieder der Neuen Berliner Maschinenbau-Krankenkasse. Im Einverständnis mit dem Magistratskommissar hatte der Vorsitzende der Kasse im Gegensatz zu mehreren Beschlüssen des Gesamtvorstandes ein Vorstandsmitglied Abrecht nicht mehr zu den Vorstandssitzungen zugezogen, nachdem dieser seine Stellung gewechselt hatte und noch keine 24 Stunden außerhalb eines, die Versicherungspflicht bei der genannten Kasse begründenden Arbeitsverhältnisses sich befunden hatte. Der Vorstand als Korporation erkannte an, daß Abrecht Mitglied der Kasse und somit auch ihr Vorstandsmitglied geblieben sei, während der Vorsitzende dies bestritt. Einem Tag kam es zum Bruch. Die sämtlichen Arbeitnehmer-Mitglieder des Vorstandes legten ihr Amt nieder, weil der Vorsitzende trotz der Vorstandsbeschlüsse Abrecht nicht mehr an den Vorstandssitzungen und -Geschäften teilnehmen ließ. Der Berliner Magistratskommissar für die Orts- und Betriebskrankenkassen gab ihnen demnach durch eine Verfügung auf, ihr Amt als Vorstandsmitglieder auch weiterhin bis zum Ablauf ihrer Wahlzeit auszuüben. Für den Fall der Zuwiderhandlung wurde in Gemäßheit des § 45 des Krankenversicherungsgesetzes eine Ordnungsstrafe von je 10 Mk. angedroht. Nur unter Protest kamen die Betroffenen der Aufforderung nach, sie beauftragten aber zwei von ihnen, Meißner und Reischer, in Vertretung des Befugnis des Magistratskommissars formell und materiell klarzustellen, beziehungsweise anzusehen. Nachdem der Bezirksausschuß im vollen Umfang zu ihren Ungunsten erkannt hatte, fällt das Ober-Verwaltungsgericht zu Berlin am 18. Mai folgende Entscheidung:

Das Reichsgesetz kenne preislos nur die Gemeindebehörde als Aufsichtsbehörde über die Orts- und Betriebskrankenkassen. Als die Gemeindebehörde sei, entscheide das jeweilige Landesrecht, hier also das preussische. In der Stadt bei der Magistrat die kollegiale Behörde. Nach der maßgebenden Städteordnung sei es nun nicht möglich, daß der Magistrat seine sämtlichen Funktionen in bestimmten Angelegenheiten einem einzelnen Kommissar übertragen könnte, so daß dieser aus eigenem Recht Befugnis, Verfügungen zu erlassen. Nur Deputationen und Kommissionen hätten eine gewisse Selbstständigkeit, aber nur mit der Maßgabe, daß sie aus eigenem Recht Verfügungen nicht zu erlassen dürften, daß der Magistrat ganz außer Bereich bleibe, mit der einzigen Ausnahme der Schuldeputation. Nun habe sich der Kommissar und der Bezirksausschuß für die Zulässigkeit des selbständigen Eingreifens des Kommissars auch auf die preussische Ausführungsaufsicht vom 10. Juni 1892 bezogen, sowie auf die demnach durch Magistratsbeschlüsse erfolgte Bestellung zum

Kommissar. Es sei aber doch sehr fraglich, ob diese angezogene Instruktion des Ministers überhaupt gemeint habe, daß der Magistrat sämtliche in Betracht kommenden Funktionen der Aufsichtsbehörde dem Kommissar übertragen könnte. Praktisch lägen doch bei Ausübung behördlicher Funktionen die Dinge so, daß einzelne Mitglieder die Arbeit machten, wenn aber Anordnungen getroffen werden sollten, sie das der Behörde als solcher überließen. Aber selbst wenn in der preussischen Ausführungsinstruktion dem Kommissar eine so absolute Selbstständigkeit auch mit Bezug auf Verfügungen z. zugebach wäre, könnte das nicht entscheidend sein. Es wäre nicht zulässig, Bestimmungen der Reichsgesetze und Landesgesetze, die die Funktionen festlegten, durch Ministerialinstruktionen beziehungsweise ministerielle Ausführungsaufsicht zu ändern. Der Magistratskommissar sei also nicht befugt zum Erlass solcher Verfügungen. Die Vorentscheidung müßte deshalb aufgehoben werden. Nannmehr müßte aber die Klage der Kläger wegen Unzulässigkeit abgewiesen werden, denn es könne nicht gegen jemanden hier geklagt werden, der zum Erlass der angegriffenen Verfügung unzulässig gewesen sei. Die Klage hätte gegen den Magistrat gerichtet werden müssen, und wenn dieser dann sagte, er eigne sich die Verfügung des Kommissars an, dann hätte sich der Verwaltungsstreit gegen den Magistrat jachlich erledigen lassen. Aber wegen der Unzulässigkeit des Kommissars habe gegen diesen die Klage nicht gerichtet werden können. Unter den obwaltenden Umständen werde natürlich mit dieser Klageabweisung wegen Unzulässigkeit sachlich nichts entschieden, das heißt nichts entschieden über die materielle Frage, ob die Klage durch Strafbildung zur Fortführung des Vorstandes amtes angehalten werden könnten z. z. Aus der Entscheidung gehe aber hervor, daß die Verfügung des Kommissars nicht vollstreckt werden könne, weil der Kommissar als solcher eine derartige Verfügung überhaupt nicht zu erlassen befugt gewesen sei.

Vom Ausland.

Schweden.

Die Lage hier ist durch die proßige Haltung des Unternehmernums darauf zugeschnitten, daß eine Aussperrung von circa 20000 Arbeitern der Eisen- und Metallindustrie erwartet wird.

Literarisches.

Von der Neuen Zeit, Verlag von Paul Singer in Stuttgart, ist das 36. Heft erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervor: Parlamentarismus und Proletariat. — Die sozialdemokratische Bewegung in Belgien vor 1848. Von Louis Bertrand. (Schluß). — Der Kongress von Köln. Von Karl Lautschi. — Partei und Einigkeit in England. Von Th. Motzheim. — Der geplante Wahlrechtsreform in Hamburg. Von Otto Stollen. — Literarische Rundschau: Stefan Großmann, Österreichische Strafanstalten. Von Theresie Schlegel-Gast.

Meyers Großes Konversations-Lexikon. Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens. Sechste, gänzlich neu bearbeitete und vermehrte Auflage. Mehr als 148000 Artikel und Verweisungen auf über 18240 Seiten Text und mehr als 11000 Abbildungen, Karten und Plänen im Text und auf über 1400 Illustrationsplatten (darunter etwa 190 Farbendruckplatten und 300 selbständige Kartenbeilagen) sowie 130 Textbeilagen. 20 Bände in Halbheften gebunden zu je 10 Mark. (Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.) — In dem neunten Bande des Meyerschen Großen Konversations-Lexikon, der eben erschienen, ist der Technik wieder, wie in den vorausgehenden Bänden, die Aufmerksamkeit geschenkt worden, wie sie es in unserm Zeitalter auch verdient. Es sei hier nur auf eine Reihe von Artikeln hingewiesen, die ein größeres Gebiet abgeschlossen behandeln und denen sehr gut gelungen und die neuesten Erfindungen wiedergebende Tafeln, beziehungsweise illustrierte Beilagen beigegeben sind. Aus dem Bereich der Maschinenkunde und dergleichen sind zu nennen die Artikel „Heißluftmaschinen“, „Dampfmaschinen“, „Höhenmaschinen“, „Hydraulische Presse“, „Injektor“, zur weiteren Technologie gehören die Schmelzwerke, Holzverarbeitung, „Hobel“, „Aufarbeitung“, die Artikel „Seife“, „Indigo“, „Papier“, „Woll“, werden den praktischen Chemiker interessieren, „Holzverband“, „Hohe Häuser“, „Leitung“ und „Heizungsanlagen“ den Architekten. Sehr anziehend wird die Anlage und Tätigkeit des hydrologischen Instituts in Wort und Bild dargestellt. Die volkswirtschaftlichen Artikel „Invaliditätsversicherung“, „Zunungen“, „Giftstoffen“, ferner die hygienischen: „Simpfung“, „Infektionskrankheiten“ unter anderen, seien besonders hier hervorgehoben. Welche Lesungsfähigkeit die Verlagsanstalt in technischer Hinsicht besitzt, das zeigen die meisterhaften Tafeln „Guinde“ und „Güheraffen“. Die beiden Tafeln, von Meisterhand entworfen, liefern das Menschennögliche an Lebendigkeit und Feinheit der Darstellung. In das Reich der Naturgeschichte führt uns die Tafel „Hydromedusen“ einen Blick werfen, die für künstlerische Entwürfe prächtige Vorbilder bietet.

Nachtrag.

Zur Aussperrung in München.

München, 5. Juni. (Telegraphische Mitteilung.) Bei Raffei arbeiten von 1100 Arbeitern nur noch 200 Mann. Den Revers haben unterschrieben: Bei Kullermann 7 (130 nicht), bei Kraus 131 (860), im Eisenwerk 6 (75), Motorenfabrik 12 (34), Maschinenbaugesellschaft 0 (150). Die Betriebe von Landes und Rathgeber sind ganz gesperrt. Die Gesamtzahl der Streikenden und Aussperrten beläuft sich auf 2578.

Mitteilung der Expedition.

Anfragen verschiedener Verwaltungen, warum sie die Zeitungen in den letzten Wochen unregelmäßig zugesandt erhielten, beantworten sich von selbst durch die Reihe von Feiertagen wie: Ostern, Maieier, Schilferfeier, Himmelfahrt, wodurch selbstverständlich die Erledigung der Expeditionsarbeiten mehr oder minder beeinträchtigt wurden.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.

(In allen Versammlungen werden Mitglieder ausgen.)
Albrecht. Jeden zweiten Sonntag im Monat im „Hirsch“.
Arbeiter (Hirsch). Dienstag, 13. Juni, abds. 9 Uhr, im „Dauwstädter Hof“.
Arbeiter (Hirsch). Samstag, 17. Juni, abds. halb 9 Uhr, im Willes Hof, Wasserstr. 28.
Baden-Baden. Sonntag, 17. Juni, abds. halb 9 Uhr, Restauration „Bismarckstraße“, Steinbr. 7.
Carl-Wilhelmshaven. Mittwoch, 14. Juni, abds. halb 9 Uhr, im „Johann“ in Heppens.
Chemnitz. Samstag, 17. Juni, abds. 8 Uhr, bei Karu Umage, Steinstr. 24.
Dresden a. d. Elbe. Samstag, 17. Juni, abds. halb 9 Uhr, im Schatten.
Elberfeld. Samstag, 17. Juni, abds. halb 9 Uhr, im „Hohenzollern“.
Bremerhaven (Klempner). Sonntag, 18. Juni, vormittags 10 Uhr, im „Kollonum“.
Darmstadt. Samstag, 17. Juni, abds. 9 Uhr, in Cramers Bierhalle.
Darmstadt (Kesselschmiede). Sonntag, 18. Juni, vormittags 11 Uhr, in der „Germania“, Nord- und Heilighausstrasse.
Darmstadt. Bei T. I. e. r. p. a. c. l. Sonntag, 18. Juni, vormittags 10 Uhr, bei Schärer, Zeitung- und Lebensmittelgeschäft.
Düsseldorf. Sonntag, 18. Juni, vorm. halb 11 Uhr, bei Seidel, Südlicherstr.
Düsseldorf (Klempner und Stahl). Sonntag, 25. Juni, vorm. halb 11 Uhr, Rühliger Hof.
Düsseldorf (Bader). Samstag, 17. Juni, abds. halb 9 Uhr, im „Sonn“.

Abbele I. C. An- und Abmehlungen werden von 8 bis 9 Uhr abends an Sonntagen bis mittags 2 Uhr entgegengenommen.

Duisburg. In allen Mitglieberversammlungen sind die Mitgliebsbühler zur Kontrolle mitzubringen.

Somburg v. d. S. Um die Adresse des Kernmachers Karl Gassenauer, einget. 18. Nov. 1899 in Hedernau, Haupt-Str. 296/803, wird ersucht.

Stallruhe. Am Pfingstmontag Ausfluß nach Ordnewetterbach Sonntag morgens halb 7 Uhr vom „Ivvoll“.

Zentralarbeitsnachweis der Zeilenarbeiter
Stuttgart, Rübtenstraße 16B.
Die Arbeitsvermittlung erfolgt für Arbeiter u. Arbeitgeber unentgeltlich

Gestorben.

Freiburg i. Schl. Paul Freudenreich (Selbstmord).

Herrford. August Lehmann, Former, 27 Jahre, Selbstmord.

Leipzig. August Graae, Schlosser, 33 Jahre, Schwindelucht.

Mühlhausen i. Th. Julius Weber, Former, 28½ Jahre, Kehlkopf-Schwindelucht.

Weglad. Hermann Busch, Schlosser aus Zersiebt, 21 Jahre, beim Baden ertrunken.

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die idealsten Interessen der Metallarbeiter

Vorläufiges offizielles und offiziöses Publikationsorgan für internationales Metallarbeiter-Verbandeln

Erscheint nur nach Laune des Redakteurs
und wenn der Verlag sehr gutes Honorar zahlt.

Unverantwortliche Redaktion: Schutz- & Schermlos.
Redaktion und Expedition: Schlichtstr. 16b.
Telephon: Ist dauernd ausgeschaltet.

Inserate
werden wegen des bisher erzielten hohen Gewinnes
in Zukunft nicht mehr aufgenommen.

In einer Aufl. von **300000**
EXEMPLAREN erscheint diese Ztg.

Ä Lockruf aus Leibzg.

Das letzte Mal, da war Berlin ergoren,
Das Gaiserdorf am grienen Schbrand der Schree.
Verauscheid liegt uns heide noch in Ohren
De scheene breische Schbrache „mit den je“,
Und da un dord dreemd eener in d'n Provinzen
Von Gaffee Gect un seinen Mädchenflor
Un schdelld derbei mid an verdächigen Grinsen
Sich als Gondraft de eegne Alde vor.

Doch weil de ähm uff de Verdredernerven
De Weltschadt freedden, namendlich bei Nachd,
Verwiesend sich un schdrabezierend werfen,
Had mer an Leibzg fer dieses Mal gedacht.
Hier drägd der Mensch noch nich so hoch de Nase,
Hier schbrichd mer hibsch meduse noch und breed,
Un wennmer absiehdt von der Dauchschen Schdrache,
Bliehd hier noch 's Veilschen der Gemiedlichgeed.

Bei an Gongref, da laß mer uns nicht babben,
Mer geim zur Nohd schon in de Vollen gehn,
Un wenn uns schließlich de geschliffnen Glabben
Von Breisch-Berlin nicht zur Verriegung schdehn,
So sein mer doch nich feege defferwegen;
Mer is bedrogen, goosdmer uns fer dumm
Un mancher eeld zu des Gongreffes Segen
Verschdohlens schon sei Schlawradorium.

Verlaßd eich druff, mir wern das Ding bestummeln,
Denn's Flichdgefehl is schon bei uns geweckt;
Mir sein schon jesd geschäftig wie de Hummeln
Un hamn ooch schon Verschiednes ausgeheckt.
Mir sammeliern nu schon so manche Schdunde,
Bis Fingsten werd noch radigal geschufd;
Doch de Nadur, die schdehd mid uns in Bunde:
In Rosendale wehd schon Gnowlauchsduf.

In Bunkdo Gribz, da sein mer geene Zwerge:
Mer wern verschiedene hibsch Sicken baun,
Un schdehder chershd uff unsern Schermwelsberge,
Den weldderenden, na, da werder schdaun!
De Gegend is ä hebbchen flach geraden
Un sozusagen grade nich albien,
Doch werd je das so sehre viel nich schaden,
Denn warsch denn edwan andersch in Berlin?

Doch ohnedies gibbd's leider! hier Gefahren
In schmalen Gäßchen, namendlich bei Nachd,
Vor denen sich mid Unsichd zu bewahren
Der Abgesandte schdedd als Flichd bedrachd.
Ä fariogen Vorhang wird ooch hier er meiden,
Wenn folgendes Blum gereihd an Fenster schdehn —
Er werd gewiß endridet un bescheiden
Mid raschen Schriden dran voriewer gehn.

Endhalten sellnse ferner sich der Gose,
Wennmerse dar in griener Flasche bod,
Denn geener ahnd, was seiner Sonndagehose
Dorch das Geseff des Leibzger Schbießers drohd.
Venehd der Mensch mid Gose seine Libben,
Ob se nu mulnig oder weinig-glar,
Un fängd der Ahnungslose an zu zibben,
So sein de Folgen unberechenbar.

Drum seid gedroht — de Sache werd schon hauen!
Un somid wanderd ohne weidern Schmuhs
Mid diesen Bladd in alle deidschen Gauen
Ä wohlgemeender, briederlicher Gruß.
Ihr gennd beruhigd 's Reeserenzel schmallen
Der Sache bringt ooch der Gongref Gewinn,
Un wennmer gehd un 's had eich gud gefallen,
So werd uns das 'ne große Freede sinn!

Die Aussperrung nach dem Abc.

r. Am 11. Juni 1905 fand in Nitzsch eine Sitzung des Vorstandes des Vereins deutscher Arbeitgeber-Verbände statt, an der auch Mitglieder des Ausschusses der „Zentralstelle“ teilnahmen. Es wurde der — — — „Erfolg“ der ersten Aussperrung nach dem Abc vom Mai dieses Jahres besprochen. Obwohl der Ausschluß der Öffentlichkeit streng gewahrt wurde, ist es uns abermals gelungen, das Protokoll der Verhandlungen dieser Sitzung zu erweisen. Wir übergeben es hiermit im Auszug der Öffentlichkeit, in dem erhebenden Bewußtsein, der Arbeiterschaft damit einen großen Dienst zu erweisen. Vor allen Dingen interessiert die Rede des Herrn Berichterstatters Kneum-Burgham:

Meine Herren! Als wir vor einigen Monaten die betrieblende Erfahrung machen mußten, daß unser so sorgsam gehüteter schöner Plan der Aussperrung nach dem Abc der verdammten Sozialistenbrut überliefert ist, erklärte ich meinen engeren Freunden sofort, es gebe auf diesen Verrat nur die eine Antwort: Sofort, oder doch so schnell als möglich einen Versuch mit einer solchen Aussperrung zu machen. Leider haben die Kerle von Arbeitern nicht genug gestreift, um so fort zur Ausführung schreiten zu können, und so mußten wir denn bis jetzt warten! Mir wäre es ja ganz schnuppe gewesen, nach meiner Meinung hätten wir auch die Aussperrung im tiefsten Frieden vornehmen können, aber leider, leider, gibt es immer noch Leute unter uns, die auf die sogenannte öffentliche Meinung Rücksicht nehmen! (Unruhe.) Nun, die Aussperrung ist erfolgt, und wenn wir auch nichts — leider gar nichts — damit erzielt haben, nun so haben wir doch jetzt Erfahrungen gemacht, und können heute Beschluß fassen, in welcher Weise das System abgeändert werden muß. (Sehr richtig!)

Wenn ich Ihnen, verehrte Herren, also heute Vorschläge nach dieser Richtung hin mache, so muß ich in erster Linie darauf hinweisen, daß es ganz falsch war, den Arbeiterorganisationen von der Aussperrung 8 Tage vorher Mitteilung zu machen! (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben das, wie Sie wissen, nur getan, weil wir einigen Herren Industriellen, die die Verantwortung scheuten, ein paar tausend Arbeiter — es ist rein lächerlich! — verhungern zu lassen, weil wir diesen Nachkollegen Rechnung tragen mußten! (Zurufe: Leider wahr!) Diese Rücksicht war die Ursache unserer Niederlage — (Lebhafte Zustimmung — große Unruhe.) Das darf nicht wieder vorkommen. (Zuruf: Niemals!) Daher mache ich Ihnen nun den Vorschlag — (Redner unterbricht sich, schaut sich nach allen Seiten um, reißt den Hals in die Höhe, gestikuliert mit beiden Armen.)

Meine Herrn! Ich glaube, es ist schon wieder so ein Verräter, so ein verkappter Mörder in der Nähe! (Große Unruhe! Redner würgt, als ob er das Wort nicht aus dem Hals brächte, er zittert!) Sind auch alle Fenster zu? Stehen auch die Schutzleute auf ihren Posten draußen? Sind die Türen geschlossen?

Nachdem von der Versammlung alles das bestätigt wird, fährt der Redner mit gedämpfter Stimme fort: Ich mache Ihnen also den Vorschlag, daß wir diesmal — und zwar so schnell als möglich — bei der vorzunehmenden Aussperrung die Arbeiter nehmen, bei denen der zweite Buchstabe ihres Vornamens mit a, b oder c anfängt, und nach achttägiger Dauer die mit d, e und f. Dieser Beschluß aber soll auf das strengste geheim gehalten werden, niemand außer den Beteiligten darf etwas davon wissen! (Sehr gut, sehr richtig, bravo!) Die Begründung meines Vorschlags liegt in den ihnen allen bekannten Tatsachen, die Diskussion wird das weitere ergeben.

Von den Ausführungen der Diskussionsredner geben wir die folgenden hier wieder:

Meinber (Geheimer Kommerzienrat): Nach meiner Auffassung haben die vertrackten Spürhunde der Sozialisten nicht nur das Protokoll unserer Verhandlungen (vom 18. März) gehabt, sondern sie müssen auch alle anderen Beschlüsse vorher gekannt haben! Denn kaum, als wir die Aussperrung beschlossen hatten, haben (Redner spricht hier mit gehobener Stimme) im ganzen Reich Abc-Versammlungen stattgefunden! (Hört! Hört!) Es waren aber — leider — keine Abc-Schützen als Redner, denn der Erfolg für diese Schwefelbände — ich rede frei von der Leber — war, daß alle Arbeiter sich organisiert haben! (Hört! Hört!) Damit war unsere Berechnung zu Schanden geworden, einen Teil der Ausgesperrten als Streikbrecher zu gewinnen! Das muß vermieden werden, und ich stimme deshalb dem Vorschlag des Referenten in vollem Umfang zu!

Redhann (Nitzsch): Meine Herrn! Auch ich kann mich nur für den Vorschlag des Referenten erklären. Wir sind aber noch genug andere Dinge bekannt geworden. (Unruhe — allgemeines Erschauern!) Die Bande — es gibt keinen anderen Ausdrück — muß auf dem Gewerkschaftskongress noch ge-

heime Beschlüsse gefaßt haben. (Zuruf: im Götzenreich? Entsetzlich!) Das schließe ich daraus, daß sofort bei Inkrafttreten der Aussperrung Hilfsmittel in denkbar größtem Maße zur Verfügung standen, ja, meine Herrn, achten Sie darauf, es waren komplette Abc-Berpflegungsstationen eingerichtet! (Hört, hört! Tumultarischer Lärm.) Die Abc-Leute sind so gut fortgekommen, wie noch nie irgend welche Ausgesperrte. Im Durchschnitt hat jeder einzelne 6 bis 8 Pfund zugenommen! (Ungehört! Polizei, Polizei! Die Schutzleute draußen vor der Tür hören den Ruf, stürzen in den Saal — alles ist verblüfft über diese Wirkung.) Nachdem die Schutzleute entfernt, nimmt das Wort

G. K. M. Feigfran: Meine Herren! Alles was Sie hier gehört haben, wird in den Schatten gestellt! (Noch mehr?? Große Unruhe) durch meine Erfahrungen. Ein Arbeiter, mit Namen Zacharias (Jude), hat beim Kaiser der Marienkirche in Berlin angefragt, ob er auch einen anderen Namen bekommen könne: er würde ihn sich selbst auswählen, wenn er sich taufen läßt. Der Name soll mit A, B oder C anfangen, weil er gerne ausgeperrt werden möchte! (Großer Tumult.) Es bilden sich Gruppen, die lebhaft diskutieren, die weiteren Ausführungen des Redners sind in den Tönen abzuheben unverständlich.

Nach einer Pause von einer halben Stunde ergreift der Referent das Schlußwort.

Meine Herren! Niemand von ihnen hat gegen meinen Vorschlag gesprochen! Ich nehme also ihre Zustimmung an. Es muß nun die Ausführung derart sein, daß jeder Mißbrauch, jeder Irrtum ausgeschlossen ist. Und deshalb (Redner spricht mit großem Nachdruck) habe ich mich entschlossen, einmal selbst zu arbeiten! (Große Bewegung, freundliche Zurufe!)

Ich werde das Manuskript eines Zirkulars an die Herren Industriellen herstellen, mein eigenes Töchterlein wird Maschinenschreiben lernen, dann selbst „tippen“, und ich selbst werde im Schweiße meines Angesichts mich der Arbeit unterziehen, den Rotary-Cyclostile zu drehen, um die Zirkulare herzustellen! (Hört, Hört!) Dann ist jede Möglichkeit abgehehnt, daß die rote Schwefelbände vorzeitig unterrichtet wird! (Tosender Beifall, Händeklatschen.) Meine Herren! Ich hoffe versichtlich, daß, wenn ich wieder mit ihnen zusammenkomme, ich durch einige warme Bäder den Ueberdruß der Arbeit wieder vom Leibe geschafft haben werde. (Die Versammlung gerät über diese Ausperrung in Ekstase! Man umarmt sich, stimmt die Wacht am Rhein an, trinkt Brüderlichkeit, und rennt schnurstracks in die Amoräle, damit die Schwefelbände auch etwas davon haben.)

Kurz vor Schluß der Redaktion geht uns von unserem eigenen Bellamy noch ein Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Vorstandes des Vereins der deutschen Arbeitgeber-Verbände vom 3. April 1906 zu. Das Protokoll ist zweifellos verstümmelt. Wir müssen übrigens noch bemerken, daß wir über den Inhalt erstaunt waren, weil wir davon keine Ahnung hatten, daß die „neue Methode“ wirklich ausgeführt worden ist. Wir lassen das Protokoll hier folgen:

Sitzung vom 3. April 1906. Berichterstatter Kneum. Die Teilnahme an der Sitzung ist sehr schwach. Die Anwesenden erwecken den Eindruck, als ob sie alle vom schwersten Magenjammer geplagt sind. Gedrückte Stimmung.

Der Referent gibt folgende Erklärung ab: Meine Herrn, es freut mich, daß Sie so wenig zahlreich erschienen sind, nun können Sie doch nicht gar zu viel Holz auf meinem Buckel haften, der hält nicht mehr viel aus! Ich muß Ihnen erklären, daß das jämmerliche Fiasko der letzten Abc-Aussperrung (die Vernichtung der japanischen Flotte ist ein Kinderpiel dagegen) allein auf mein Konto zu gehen ist. Nachdem ich einmal den Plan gefaßt hatte, zu arbeiten, habe ich auch gleich das Protokoll der letzten Sitzung durch Rotary-Cyclostile selbst vervielfältigt. Mein armes Töchterlein konnte das Maschinenschreiben nicht so schnell begreifen, sie hat aber das Protokoll und das Zirkular trotzdem hergestellt. Ich selbst war natürlich in der Bedienung der Cyclostile auch nicht so schnell bewandert und habe deshalb einige Matrizen vermurkst. Schließlich wurde ich während, mein Töchterchen beschäftigte mich und stellte — wohlgerne von dem Zirkular — ein zweites Exemplar her. Bei ihrer geringen Übung sind natürlich Schreibfehler nicht ausgeschlossen, und so kam es, daß einige der Herren Industriellen Beifug bekamen, nach dem zweiten Buchstaben des Vornamens auszusperrten, andere nach dem dritten Buchstaben des Vornamens! (Ein Grollen wie in einer Bärengrube ertönt in der Versammlung.) Die Folge war eine heillose Verwirrung. Gines nur tröstet mich, dank dieser Verwirrung haben die Arbeiter gar nichts von der Aussperrung gemerkt! Man nahm vielfach einfache Maßregelung an. Aber, meine Herrn, das Verfehlte ist ja

immer noch nachzuholen! Ich gebe ihnen aber das heilige, dreifach heilige Versprechen, niemals wieder arbeiten zu wollen, sonst sperren Sie mich schließlich noch aus!

Resigniert sank der Referent auf seinen Stuhl nieder. Den Bericht über die Debatte haben wir nicht mehr erhalten können. Aber war es das erstemal aus lauter Freude, so endete diesmal vor lauter Wut die Aktion wieder in den Amorfallen! (Die armen Mägdlein! Anmerkung des Sehers.)

Die Auflösung unseres Verbandes.

(Eine ungehaltene Rede.)

Werte Kollegen! Da meine warnende Stimme sonst nirgends gehört wird, so will ich an dieser Stelle den letzten Versuch machen, unsern Verband vor dem drohenden Untergang zu retten.

Werte Kollegen! Ich sage euch: zu unserer Generalversammlung sind Anträge gestellt; werden diese angenommen, so wird es in kurzer Zeit keinen unorganisierten Metallarbeiter mehr geben. Diese ungeheure Zunahme wird die Auflösung des Verbandes herbeiführen. Deshalb war es von unseren Delegierten auf dem Gewerkschaftskongress zu Köln auch Unfuss, gegen einen Streikfonds der Generalkommission zu stimmen, denn wir würden die erste kleine Gewerkschaft sein, die den Fonds in Anspruch nehmen müßte, und wir würden beweisen, daß die Beiträge zu diesem Fonds noch viel zu niedrige gewesen wären. Sie denken natürlich: das sei Unfuss, was ich sage. Ja, da mögen Sie Recht haben, aber ich werde ihnen auf Grund der gestellten Anträge meine Behauptungen begründen.

Zunächst findet nach einem Antrag von G.-Berlin eine Klassifizierung der Beiträge statt. Bis zu 20 Mk. Lohn beträgt der Beitrag 30 Pf. 20 Mk. Lohn entsprechen einem jährlichen Einkommen von circa 1000 Mk. Der größte Teil der Metallarbeiter hat aber keine 1000 Mk. Lohn und demnach können wir sagen, daß der Beitrag pro Mitglied 35 Pf. im Durchschnitt betragen würde. Auf diese Beitragsherabsetzung folgt natürlich eine Erhöhung der gesamten Unterstützungssätze. Sie denken da wohl an den Antrag des Vorstandes? Aber diese minimale Unterstützung kommt erst in letzter Linie in Betracht.

Durch den Antrag Wiesenthal-Berlin wird an die Kollegen, die während eines Streiks arbeitslos sind und werden, die Streikunterstützung bezahlt. Diese beträgt, entsprechend der Gemäßregelunterstützung (Antrag Fürth), pro Woche 18 Mk. Es braucht also nur ein kleiner Streik in einem Ort zu sein und die Arbeitslosen sind Gemäßregelte, was ja heute schon der Fall ist.

Sie, meine Herrn Kollegen, denken natürlich sofort wieder: die Streiks müssen vom Vorstand genehmigt werden. O nein! Der Vorstand und auch die Bezirksleiter sind dazu vollkommen überflüssig.

Die Annahme des Antrags Dessau wird allen Verwaltungen mit 500 Mitgliedern einen angestellten Beamten geben. Berücksichtigen Sie nun, Werte Kollegen, den Beitrag von 35 Pf. und die 18 Mk. Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, oder — sollte es wirklich einen Ort geben, wo kein Streik ist? — 22 Wochen lang (Antrag Nürnberg) vom ersten Tag an (Antrag Nürnberg) Erwerbslosenunterstützung.

Außer den andern ja genügend bekannten Unterstützungszweigen kommt noch einer in Betracht, der zwar schon besteht, aber durch den Antrag Schreiber-Frankfurt eine wesentliche Ausdehnung erfahren wird. Ich meine den Rechtschuh. In unserem Metallarbeiter-Notizkalender (kleines Lexikon) wird in Zukunft stehen: „Unbefugtes Verlassen ist nach § 123 der Gewerbeordnung erlaubt und sind die Unternehmer verpflichtet, dem betreffenden Arbeiter noch eine Entschädigung zu zahlen. (§ 124 der Gewerbeordnung, G. G. Berlin, R. 5, 9. 6. 02).“ Verdient ein Arbeiter unter 18 Mk. die Woche, verläßt er die Arbeit und verklagt den Unternehmer auf Schadenersatz. Der Arbeiter ist natürlich gemäßregelt und erhält 18 Mk. Unterstützung. Wir haben dadurch einen Minimallohn von 18 Mk. für alle (nach Antrag des Vorstandes) in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter geschaffen. Aus diesem Grunde werden alle Metallarbeiter dem Verband beitreten. Wir erhalten so circa 1000 Verwaltungen mit mindestens je 500 Mitgliedern. Nach dem Antrag Erfurt-Nürnberg werden die größeren Verwaltungen selbständig. Es können dann

auch alle Verwaltungen selbständig werden, die angestellte Beamte haben — was den einen recht ist den anderen billig!

Dann, Werte Kollegen, möchte ich noch auf die Ausgestaltung unserer Metallarbeiter-Zeitung aufmerksam machen. Die Zeitung wird bestehen: zunächst aus dem Text wie bis jetzt. Dann wird ein besonderer Teil beigegeben, in dem die neuesten Fortschritte der Technik (Antrag Bergedorf) enthalten sind. Ferner liegen alle Wochen, abwechselnd für Schlosser, Klempner u. i. w. (Antrag Schreiber-Frankfurt) Extraberichte bei. Selbstverständlich werden Berichte über die wichtigsten Vorkommnisse in ausländischen Verbänden nicht fehlen dürfen. Die Annoncen bilden eine Extrabeilage. Doch dürfen nur solche aufgenommen werden, für die nichts bezahlt wird (Antrag Düsseldorf). Für die Seiten, auf denen die Annoncen bis jetzt stehen, erhalten die Mitglieder eine wissenschaftliche Beilage (Antrag Magdeburg). Dem Ganzen wird noch monatlich ein Band „Die Schandaten der Firch-Dunkerischen“ beigegeben (Antrag Ulm). Daß diese umfangreiche Zeitschrift auf besseres Papier gedruckt werden muß, ist selbstverständlich. Ferner wird das Ganze in gutem soliden Einband mit Goldpressereien den Mitgliedern überreicht. Letzteres ist zugleich auch das beste Mittel, das darniederliegende Schlägerhandwerk zu heben und erfolgreiche Streiks dafür durchzuführen.

Aber, Werte Kollegen, am tiefsteinschneidendsten für euch wird sein, daß ihr ans Heiraten gar nicht mehr zu denken braucht. Ihr habt in Zukunft alle Abende für den Verband zu tun. Nach dem Antrag Kärntner-Nürnberg und dem Antrag Duisburg wird über alle Gehaltsänderungen der Beamten u. i. w. und über alle wichtigen Angelegenheiten des Verbandes, über alle größeren Streiks eine Urabstimmung vorgenommen. In dem Maße, wie die Zahl der angestellten Beamten und Verwaltungen mit Selbstbestimmungsrecht wächst, in demselben Maße wird die Zahl der Streiks zunehmen. Genau so oft werden Gehaltsregulierungen vorgenommen werden. Deshalb dürften täglich ungefähr zehn Urabstimmungen vorzunehmen sein. Also Zeit zum Heiraten bleibt da nicht übrig!

Die Bezirksleiter werden Bezirksleiter, denn sie sind nur ihrem Bezirk verantwortlich (Antrag Schreiber-Frankfurt).

Sobald nun das Statut in dieser Form in Kraft tritt, wird die Auflösung des Verbandes beginnen. Zunächst wird Berlin wieder austreten, für dieses ist der Verband dann wertlos. Die Erfahrung, die wir mit der einen selbständigen Verwaltung gemacht haben, hat gelehrt, daß die selbständigen Verwaltungen niemals Gelder an den Vorstand einsenden, sondern Geld — und das nicht wenig! — brauchen. Sind nun fast alle Verwaltungen selbständig, so werden fast keine Gelder mehr eingehen und dementsprechend können auch keine Gelder mehr ausgehen. Wie soll dann Berlin noch alle die notwendigen Bewegungen durchführen? Also, der Verband ist für Berlin überflüssig!

Der Vorstand hat nur noch von den paar nicht selbständigen Verwaltungen die Gelder einzutreiben, um seine notwendigen Kosten zu decken. Die anderen Verwaltungen erhalten alle Wochen vom Kassier einen Fragebogen: Wieviel brauchen sie für die ... Woche Geld? Die Fragebogen werden wöchentlich ausgehändigt. Die verlangten Summen könnten dem Streikfond der Generalkommission entnommen werden, wenn unsere Delegierten in Köln nicht dagegen gestimmt hätten. Aber nun haben sie dagegen gestimmt, folglich gibt es nichts! Erhalten die selbständigen Verwaltungen kein Geld, gehen sie zugrunde und mit ihnen unser schöner Verband. Also war es Unfuss, gegen den Streikfonds zu stimmen, oder aber: es war Unfuss, solche Anträge zur Generalversammlung zu stellen.

Werte Kollegen! an Ihnen liegt es nun, alle die Anträge abzulehnen, damit unser Verband bestehen bleibt, so wie bisher: — für die Arbeitslosen und Reisenden zum Schutz und für Berlin zu Nutz!

Internationale Metallarbeiterbewegung.

Bei meiner Anwesenheit in China habe ich die verschiedenen Verwaltungen des chinesischen Metallarbeiter-Verbandes besucht. Die Ergebnisse, die ich dabei hatte, will ich nun kurz schildern, denn ich glaube, daß sich unsere Kollegen für die Zustände in diesem wunderbaren Lande ganz besonders interessieren.

In Gibzi ging ich ans Land. Im dortigen Verbandsbureau hat ich um eine neue Nummer der Me-Tal-Mr-Bei-Ter-Zei-Tung. Diese wurde mir nach halbtägigem Suchen überreicht, nachdem sie unter einem Schrauf entdeckt wurde. Abends besuchte ich das Theater, wo

gegeben wurden. Es war dies mehr ein Phantasiestück. Es wurde da ein Mann, mit dem es seinen Haaren haben sollte, vorgestellt. Nach Lüssen eines Schleiers sollten die ganzen Schandaten dieser Menschen vor aller Augen stehen. Nach ungeheuren Reklamen in höchster Spannung wurde der Schleier gelüftet, der Missetäter ja aber vergnügt da und lachte — das Stück war mißlungen. Wie hätte nicht gefehlt und es wäre dem Schleierlöffeln sehr schlecht gegangen. In Re-Eden traf ich am Bahnhof einen

verirrten Leutnant

in nervösem Zustand, der eine Zigarette um die andere anbrannte. Ich fragte ihn: „Suchen Sie etwas?“ „Ja“, lautete die Antwort. „Haben Sie keinen Gefangenen, keine Deputation gesehen? Es ist ein Skandal! Ich reise ab und kein Mensch ist auf dem Bahnhof kein Abschiedsständchen, keine Abschiedsrede widmet man mir“ — und weg war er wie der Wind. Da trat ein Herr auf mich zu und sagte: „Dies war der Sieger von Mannheim“. Da ich den Herrn der mir die freundliche Auskunft erteilte, schon in Gibzi gesehen hatte, fragte ich ihn, ob er oft hier her käme. „O ja“, meinte er, „ich wohne hier und meine Beschäftigung besteht darin, zwischen diesen zwei Orten, die meine Stützpunkte sind, hin- und her zu fahren.“ Nun ging ich ins Bureau und hatte das erste mal Gelegenheit, eine Probe der berühmten

chinesischen Höflichkeit

kennen zu lernen. Der Bureau-ante unterhielt sich gerade mit einem Herrn per Telephon; ich konnte nur hören: „Wie, mein Herr? ... Bitte, natürlich, ja, mein Freund!“ ... „Wie, mein Herr?“ Nun zog der Beamte seinen Kopf aus dem Telephon und machte eine Verbeugung.

Während der Beamte sprach, ließ ich meine Blicke auch etwas im Bureau herumherschweifen. Besonders fiel mir die

eigentliche Aufbewahrung der Gelder

auf. Der Kassenschrank war wie neu, völlig unbenutzt; das ganze Geld kam in einen Holzkasten. Ich fragte: „Wenn nun einmal Diebstahl kommen?“ Der zweite Beamte Gril klärte mich aber auf und sagte: „Aus diesem Grunde legen wir das Geld offen hin, kommt ein Spitzhube, dann nimmt er nur das Geld mit, würde ich es in Gelbschrank verwahren, müßte dieser auch kaputt gemacht werden und der Schaden wäre größer.“

Des weiteren konnte ich mich überzeugen, daß die parlamentarische Ordnung in China demokratischer gehandhabt wird als bei uns. Ich nahm an einer Versammlung teil. Als der Held des Tages sprach, erhob sich über seine Ausführungen ein Tumult. Nach einer Weile stand der Vorsitzende auf; ich dachte, nun wird Ruhe für den Redner geschaffen, aber das Unerwartete geschah: Dem Redner wurde das Wort entzogen. Ich fragte erstaunt, wie das zugehen da antwortete man mir: „Demokratisch! Wenn die Majorität reden will, muß die Minorität schweigen.“ Zweifelloß ganz einwandfrei.

In Er-Lin war Generalstreik. Da hatte ich Gelegenheit dieses modernste Kampfmittel zu studieren. Der Grund zum Generalstreik war eine Polizeistrafe von drei Mark wegen Streikposten stehen. In China besitzen die Arbeiter volle Koalitionsfreiheit, so weit es nämlich die Polizei erlaubt. Die Forderung war nun Aufhebung der Strafe und Rückgabe der drei Mark. Mein erster Gang war zu dem Führer dieses Generalstreiks, Quiesental. An seiner Türe bemerkte ich ein Schild, auf dem der Name sehr klein war, dafür aber stand groß darunter: Beamter. Als ich mich in der Stube umsah, bemerkte ich verschiedene Simpsprüche zum Beispiel „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ u. i. w. Ich fragte nun Quiesental nach den Erfahrungen, die mit dem Generalstreik u. i. w. gemacht worden sind. Und er feufzte: „Ich habe

traurige Erfahrungen damit gemacht.“

Quiesental ging darauf auch traurig hinaus. Ein beschriebenes Blatt Papier auf dem Tisch zeigte mir aber, daß Quiesental auch Dichter ist; die Verse lauteten:

Es ist vergänglich alles hier auf Erden
Sol von der Türe drauß' das Schild herbei:
Aus dem „Beamter“ muß Budiker werden,
Wie einst im Mai, wie einst im Mai.

Sol von dem Boden nun die alten Bomben,
Den Dolsch zum schleifen wieder hol herbei,
Ich will von Mord und Generalstreik reden,
Wie einst im Mai, wie einst im Mai.

Wir gingen dann zusammen fort und hatten eine

Besprechung mit dem kleinen John.

Von diesem hatte ich schon sehr viel gehört. Ich drückte ihm zunächst mein Bedauern aus, daß er bei dem letzten Kampf die Zunge verloren habe. Der kleine John sagte aber mit der heitersten Miene von der Welt: „Wenn ich etwas sage, das darf man nicht alles so ernst nehmen; ehe ich mir die Zunge abbeißte, eher reiße ich mir ein Bein raus.“ Es sammelten sich noch mehr Kollegen an und wir kamen auf den letzten Kampf zu sprechen. Da ging aber ein Krach los, alle gaben Lehren, wie es gemacht werden mußte, um zu gewinnen. Obwohl ich fremd war, gab ich meine Ansicht doch auch zum besten: „Ihr dreimal klugen Leute, Ihr hättet eure Weisheit vor dem Kampf zum besten geben sollen!“

Dann wurde mir noch ein Herr Berken vorgestellt; beim Weggehen bemerkte einer: „Der ist links.“ „Nein, der ist eben nicht links“, antwortete ein anderer. Dunkel ist der Rede Sinn, dachte ich bei mir.

Da selbigen Tages der Geburtstag des kleinen John war, hatten wir die Ehre, etwas zum besten zu geben.

Am Bahnhof traf ich noch einen Verbandsbeamten (Schlege), dieser kam 10 000 Kilometer weit her, weil er erfahren hatte, es liege die Möglichkeit vor, daß ein Mann Streikarbeit macht.

Schillerworte

im Lichte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und seiner „Gedanken und Besten“.

Ritter Kleike und der fünfte Gewerkschaftskongress:

Der Lord läßt sich
Entschuldig: er ist zu Schiff nach Norden!
(Maria Stuart, Schluß.)

Alexander und die Erwerbslosenunterstützung:

Arm in Arm mit dir
So forder ich mein Jahrhundert in die Schranken.
(Don Carlos I, 2.)

Die erste Formerkonferenz:

Das eben ist der Fluch der bösen Tat,
Daß sie fortwährend immer Böses muß gebären.
(Die Fieskonnati V, 1.)

Die Urabstimmung:

Es lebt ein anders denkendes Geschlecht!
(Schiller Teil II, 1.)

Die Geschäftsführer in Frankfurt a. M.:

Drückt an den Wechsel alles Menschlichen,
Es leben Götter, die den Hochmut rächen.
(Maria Stuart III, 4.)

Der Goldtheodor:

Der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht.
(Der Spaziergang.)

Goldtheodor an die Generalpumpmeister:

Kann ich Zukaten aus der Erde stampfen?
Wächst mir ein Wechsel in der flachen Hand?
(Jungfrau v. Orleans I, 3.)

Die Pumpmeister unisono:

Unser Schuldbuch sei vernichtet!
(Sied an die Freunde.)

Karl Schmorödzler, Verweiser der Südstaaten:

Und es waltet und siehet und brauset und jähst!
(Der Zacher.)

Karl Majmatich an Schmorödzler:

Der Knabe
Don Karl hängt an, uns fürchterlich zu werden.
(Don Carlos I, 6.)

Körgler über die Anstellungen in der Räteburg 16 b:

Das geht nicht zu mit rechten Dingen!
(Begrüß im Joch.)

Ritter Häfchen nach der Rheinfahrt:

Und so sah er, eine Leiche,
Eines Morgens da.
Nach dem Fenster noch das bleiche
Stille Antlitz sah.
(Ritter Toggenburg.)

Adolf, der Weiberfeind:

Sein schönster Lebenslauf war Liebe.
(Don Carlos V, 4.)

Karl Bergental und der Generalstreik en miniature:

Mein Gehirn
Treibt öfters wunderbare Blasen auf.
(Don Carlos.)

Paul Paulosvornwiz:

Durch welchen Mißverständnis hat dieser Fremdling
Zu Menschen sich verirrt?
(Don Carlos II, 2.)

Paul an die Fragesteller:

Ich hab' hier bloß ein Amt und keine Meinung.
(Wallensteins Tod I, 5.)

Der ergänzende Ausschuß:

Im engen Kreis verengert sich der Sinn.
(Prolog zum Wallenstein.)

Die Gau-Preiter:

Wer der Vorderste ist, führt die Herde.
(Wallensteins Tod III, 4.)

Beratung der Vorstandsvorlage:

Wenn lange Reden sie begleiten,
Dann fließt die Arbeit munter fort.
(Sied von der Glode.)

Kommers in der Generalversammlungswache:

Die Waffen ruhn, des Krieges Stürme schweigen,
Auf blut'ge Schlachten folgt Gesang und Tanz.
(Jungfrau v. Orleans IV, 1.)

In Kran-Asfurt war großer „Bruder“ Krieg. Aus diesem Grunde machte ich einen großen Bogen um diese Stadt; wenn der Friede wieder eingeleitet sein wird, werde ich dort meine Beobachtungen nachholen und in der nächsten Nummer berichten.

In Wei-Gr-Na traf ich den „Schustermeister“, dem dort „Alles übertragen ist“. Ich fragte ihn zunächst, was die Schläger seines Bezirkes machten. „Ich weiß nicht.“ Aufklärung gab mir erst ein anderer Kollege: „Der Bezirk ist geteilt, die eine Hälfte hat ein Schuster, die andere Hälfte ein Müller, letzterem sind die berühmten Schläger zugeteilt, die ihm viel Kummer verursachen.“

Ende gut — alles gut. Ich besuchte auch die Zentrale des chinesischen Metallarbeiter-Verbandes. Die Vorstandschaft hat hier ein eigenes Gebäude — ein „schönes großes Haus“, an dem aber jetzt noch gebaut wird. Auf zehn mächtigen Säulen waren da alle Versicherungen aufgeführt, die für die Mitglieder eingeführt sind. In dem geräumigen Hofe bemerkte ich drei Leute, die Holz hackten. Zu meinem größten Erstaunen erzählte ich, es seien dies Vorstandsmitglieder. Sie verrichteten diese Arbeit täglich drei Stunden, denn der Vorstand müsse eine

Schwellige Faust

haben, so wollten es die meisten Mitglieder hier. Nachdem ich mich vorgestellt, wurden die Holzspanntöfeln ausgesetzt, die Kessel herabgestreift und ich ins Bureau geführt. Hier wurde mir der Kassier vorgestellt, ein Mensch — die Höflichkeit selbst — so richtig urchinesisch. Während wir im Gespräch waren, lag eine Gestalt an uns vorüber, aber so schnell, daß ich nicht unterscheiden konnte, ob es ein Mann oder eine Frau war. Ich glaubte aber es war ein Mann, denn es roch nach dem nach Zigarretten.

Über den Vorstand selbst ist weiter nichts zu berichten, als daß er am Tage meines Besuches schon alle Vorbereitungen dafür traf, daß die nächste Generalversammlung nach Statut kommt. — Abends suchten wir noch den Redakteur Shi-Kem der chinesischen Metallarbeiter-Zeitung auf. Dieser hat eine schöne große Jagd gepachtet und schießt alle Tage Hirsche, seine Gäste bekommen daher alle Hirschbraten vorgelegt. Ich wollte nun etwas besonderes und verlangte Hirsch-Hirn mit Ei. Aber da war nichts zu wollen. Die vielen Hirsche hatten so wenig Hirn; ich mußte mich deshalb mit Eiern begnügen, die bekanntlich in China in fauligem Zustand gegessen werden.

Am andern Morgen ging ich nochmals ins Bureau. Als ich eintrat, sah der Kassier gerade zum Fenster hinaus. Plötzlich wurde er todtbleich, aber es bedurfte nur eines Moments der Sammlung, dann sprang er zum Kassenschrank mit dem Schreien: „Ein Gotteswillen, verarmt alles, das ist unser Untergang!“ Während ich fragte: „Was ist denn los?“ ging die Tür auf und ein Herr Gehhold aus Gr-Lin und ein Herr Mü-ler aus Nur-Berg traten ein. Von dem Zeitpunkt an war nichts Gescheites mehr zu reden. Alle — mit Ausnahme von mir! — waren mißgestimmt. Ich nahm Abschied und ging.

Zum Schluß will ich nur noch eines bemerken. Wir hören immer, daß in China die Frauen nicht viel gelten. Das trifft aber nach meinen Erfahrungen nicht zu. Ich habe ein paar Bureaus getroffen, in denen die Frauen der Beamten gemütlich dasaßen und Strümpfe stopften. Das könnte es allerdings bei uns nicht geben. Soweit meine persönlichen Eindrücke in China!

Bei den bescheidenen Mitteln, die mir als Privatreisenden zur Verfügung standen, war es mir natürlich unmöglich, umfassende Forschungen anzustellen. Die Kollegen werden aber schon aus dem Mitgeteilten ersehen, zu welcher reichen Fundgrube dieses China für uns werden könnte, wenn unser internationales Sekretariat dem Lande mehr als bisher seine Aufmerksamkeit schenken würde.

Der internationale Metallarbeiter-Kongreß 1904.

(Unlieb verspätet.)

In Amsterdam wurde der Kongreß am 12. August, vormittags 11 Uhr, von Miller Davis-England mit der Bemerkung eröffnet, daß für die englischen Delegierten eine Geschäftsordnung nicht existiere. Dafür wollten sie aber mit allem einverstanden sein, was von ihnen vorgeschlagen oder beantragt wird. Für dieses Entgegenkommen glaubten sie jedoch von den andern Nationen erwarten zu dürfen, daß die von ihnen gestellten Vorschläge zurückgezogen werden. Weiter erwarteten sie für ihr Entgegenkommen, daß Beschlüsse, die sie nachträglich als nicht annehmbar befanden, wieder umgeworfen werden. Diese Ausführungen des Miller Davis wurden von den Delegierten deshalb mit jubelndem Beifall aufgenommen, weil man dadurch auf eine Überlegung verzichtete konnte.

Als erster Punkt der Tagesordnung wird die Umtaufe des Delegierten Lapatrie wegen seiner Verdienste um den Generalstreik in den Namen Lapatrie vollzogen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wird von dem holländischen Delegierten Elferlink ein Referat gehalten. In zündenden Worten gibt er Mittel und Wege an, wie man am schnellsten die Metallarbeiter aller Länder auseinander organisiert. Als Beweis führt er Holland an, wo es gelungen ist, innerhalb vier Wochen von über 3000 Mitgliedern auf 600 zu kommen. Da den Holländern aber nunmehr das Geld ausgegangen ist, verlangen sie vom Kongreß die Bewilligung von Mitteln zur endgültigen Durchführung ihrer Desorganisation.

Die englischen Delegierten unterstützen in ihrer großen Freigebigkeit lebhaft das Verlangen Elferlinks. Dadurch ist natürlich der Antrag Elferlinks angenommen.

Da die Diskussion so wichtiger Fragen wegen gar nicht lange genug dauern kann, beschließt der Kongreß am zweiten Tage die folgende Nacht durchzu-tag. Dieser Beschluß bereitet den Delegierten das größte Vergnügen.

Der Schaffung eines internationalen Metallarbeiterbundes stellten sich einige Hindernisse entgegen. Der Franzose Lapatrie erklärte, unter 2 Sous pro Jahr und Mitglied ließe sich ein solcher Bund überhaupt nicht schaffen und er sei bereit, einen solchen Beitrag zu bewilligen. Auch die Engländer waren bereit, einen Beitrag von gleicher Höhe zu zahlen. Dem setzten aber Deutsche, Dänen, Niederländer, Chinesen, Feuerländer und Wotofuten einen heftigen Widerstand entgegen. Besonders die Deutschen hoben hervor, daß bei derart hohen Beiträgen nur unnötige Ausgaben für Anschaffung eines Geldschrankes, sowie Anstellung eines besonderen Kassiers entstehen würden. Nachdem aber die andern Nationen durch die Solidarität der Engländer genügend beschämt waren, kam der Bund zustande.

Unter Außerachtlassung aller Höflichkeit gegen die Engländer wurde vorgeschlagen, den Sitz des Bundes nach Deutschland zu legen. Da es aber in Deutschland noch niemanden gibt, der 40 Jahre lang bestrebt ist, seine Beiträge zu bezahlen, meinten die Engländer, es sei besser, die Gründung des Bundes noch zehn Jahre hinauszuschieben, damit man sich die Sache richtig überlegen könne. Unbegreiflicherweise wollten aber die andern Nationen den schon beschlossenen Bund sofort ins Leben treten lassen. Die Engländer setzten aber doch noch durch, daß das ratenweise vor sich geht. Ein Jahr lang darf nichts weiter geschehen, als daß die Engländer durch Untätigkeit die Vorbereitungen treffen. Sind dann bis dahin die vorhandenen Bar-mittel aufgebraucht, so erfolgt am 1. August 1905, vormittags 12 Uhr, die Abrechnung und Übernahme der Bundeskasse.

Da die meisten Teilnehmer sich auf eine oberbayerische Kirchweih-rauerei nicht verstanden, wurde der Kongreß mit einem allgemeinen Gefang geschlossen, der eben so schön war.

Anträge zur Generalversammlung.

Folgende zur Generalversammlung gestellte Anträge konnten wir nur, weil verspätet eingegangen, in dieser Nummer den Mitgliedern zur Kenntnis bringen.

Streikreglement betreffend.

Verwaltungsstelle Berlin:

1. Das Statut ist bei Streiks für Berlin nicht maßgebend.
2. Gestreikt darf morgens, mittags, abends, nachts und zu den übrigen Zeiten, aus allen möglichen und unmöglichen Ursachen

werden, ohne daß irgend jemand Rechenschaft darüber zu verlangen hat.

3. Über alle Arbeitsbedingungen in Deutschland entscheidet die Verwaltungsstelle Berlin selbständig und endgültig.
4. Sind mehrere Streiks angemeldet, so ist Berlin unter allen Umständen zuerst zu berücksichtigen.
5. Wird in Berlin ein Streik aus, so sind sofort alle in der Hauptstadt und in den Verwaltungsstellen befindlichen Gelder nach Berlin zu senden. Auch hat der Vorstand sofort die nötigen Schritte zur Veräußerung des Verbandshauses und der Druckerei zu unternehmen und den dafür erzielten Betrag unverzüglich nach Berlin zu senden.
6. Auf Verlangen müssen die Bruderorganisationen anderer Länder alle verfügbaren Gelder nach Berlin senden.
7. Dem Vorstand ist jedoch gestattet, für alle durch die Verwaltung Berlin gemachten Schulden zu haften, eventuell sie zu bezahlen.
8. Der Vorstand darf sich bei Streiks in Berlin nicht sehen lassen, außer wenn er Geld, dieses jedoch auch nur in namhaften Summen bringt. Andernfalls wird er wegen Abwimmlungsversuchs auf der nächsten Generalversammlung abgesetzt. (Sägenmuster Nürnberg? Anmerkung der Red.)
9. Streiks dürfen vor Ablauf von 10 Jahren oder vor Pfaffen-pfingsten nicht beendet werden.
10. Streikunterstützung, Mietzuschuß, außerordentliche Unterstützungen zc. erhält jeder Streikende soviel er wünscht. (Geld ist ja stets genügend vorhanden! Anmerkung der Red.)
11. Berlin bleibt dauernd für organisierte Metallarbeiter aller Branchen gesperrt.
12. Verstöße gegen dieses Streikreglement haben die Unannehmlichkeiten des Petiti Cohen zur Folge.

Verwaltungsstelle Sportia:

Die Bezirksleiter sind zu verpflichten, jedem Verwaltungs-beamten — gleichviel ob besoldet oder unbesoldet — und allen Kollegen, die früher einmal einer Ortsverwaltung ihres Bezirkes angehört haben, mindestens jede Woche eine Ansichtskarte zu schreiben. Die Alben dazu liefert der Vorstand.

Verwaltungsstelle Quatschhausen:

Um dem Mangel an genügenden Wortmeldungen auf Bezirks-konferenzen und Generalversammlungen und dem dadurch verursachten vorzeitigen Schluß dieser Konferenzen erfolgreich begegnen zu können, wird beantragt:

Den Bezirksleiterfrauen ist auf allen Bezirkskonferenzen, Generalversammlungen u. s. w. volle unbegrenzte Redefreiheit zu gewähren. Die Geschäftsordnung ist so zu gestalten, daß sich die Bezirksleiterfrauen jederzeit außerhalb der Reihenfolge an der Diskussion beteiligen können.

Aus den einzelnen Branchen.

Formerkonferenz zu Köln a. Rh.

Um den Delegierten des Metallarbeiter-Verbandes zum Kölner Gewerkschaftskongreß nach den Strapazen der Kongreßwoche eine angenehme Unterhaltung zu bereiten, hatte die Leitung des 7. Bezirkes in Verbindung mit dem Lokalkomitee der Kölner Kollegen eine Morgensprache arrangiert und dazu aus allen Städten Rheinlands und Westfalens einige Kollegen unseres Berufs eingeladen. Um der Veranstaltung den intimen Charakter zu wahren, war ein Lokal gewählt, das, zwischen Deutz und Mülheim gelegen, von Köln aus nur schwer zu erreichen war und so die Gewähr bot, daß die Feier von Unberufenen nicht gestört wurde. Die jährliche Bezeichnung des Lokals „Zur Dammbrücke“ tat noch ein übriges, um vernünftige Leute von vornherein fernzuhalten. Aber auch sonst erwies sich das Lokal für den außerordentlichen Zweck ganz vorzüglich geeignet. Der Festsaal ließ direkt an ein Restaurant, so daß dieses für die Teilnehmer bequem zu erreichen war, und es außerdem nur eines leisen Winkes bedurfte, um durch die geöffnete Tür den lebenswichtigen Wirt über etwaige Wünsche in puncto Getränke zu verständigen.

Andererseits war es infolge dieser Eigentümlichkeit des Lokals auch den anwesenden Gästen in dankenswerter Weise möglich gemacht, die Verhandlungen ungehindert anzuhören, ohne Teilnehmer der Morgensprache zu sein. Auch von dem großen schattigen Garten aus, dem sonst nichts weiter als die Größe und die Bäume fehlten, führte eine Türe in den Saal, die man sowohl im Hinblick auf den würdigen Duft, den der „Hof“ ausströmte, als auch in höflicher Rücksichtnahme auf das im Garten anwesende Publikum ebenfalls geöffnet ließ.

Gauleiter Wellblech eröffnete die Sitzung mit einer herzlichen Begrüßung der anwesenden Former und anderweitig verwandter Berufsgenossen und erteilte, nachdem noch der rote Saft aus dem Ennepe-Tal und ein marober Kongreßhummer zur Stütze ernannt waren, das Wort dem Großmeister der Sieber und Former, dem Kollegen Jehrnich, der in einer etwa zweistündigen kurzen Ansprache über Form und Inhalt, Maß und Stoff sich verbreitete. Den beifällig aufgenommenen Ausführungen folgte die Mittags-pause. Um den Teilnehmern in ihren Entschlafungen nicht vorzugreifen und um zugleich die Gäste nicht der angenehmen Wärme der Mittagsstunde zu entziehen, hatte das Lokalkomitee von einer gemeinsamen Mittagstafel Abstand genommen.

Satt essen kann sich jeglicher zu Hause:

Gefällige Vergnügen, munteres

Gespräch muß einem Festmahl Würze geben —

dachte mit Schillern der Oberbörze der Kölner, respektiv Deutz-Kalt-Mühlheimer Kollegen, ein gewisser, aus dem Thüringischen importierter Rache, dessen Milch der frommen Denkart sich längst in ober-gährig Drachenblut verwandelt. Nichtsdestoweniger meinten die auswärtigen Teilnehmer, daß das Festmahl Würze ohne Festmahl kein Festmahl sei. Kein Wunder daher, daß alles auspilgerle, um in dem nahegelegenen Köln die brennende Magenfrage zu lösen. Nach zwei Stunden war das sogenannte Bureau wieder beisammen. Um dem gesonnenen Festmahl auch noch die nachträgliche Würze zu geben, erging sich jetzt in einem munteren Gespräch der andere major domus der Sand-, Lehm- und Zement-, Am. Dörren, General-Kommissionär der Reichshauptstadt, Ritter hoher Orden pp. Den Glangpunkt der Veranstaltung erreichte jedoch die Vorführung des eigens für die Festlichkeit gewonnenen Köllischen Original-Radnauers, der sich als gewandter Boxer und Kunstschütze produzierte. Nur eines wollte uns bei diesen Produktionen nicht ganz korrekt erscheinen. Unser Künstler begnügte sich nämlich nicht mit einem Partner, sondern forderte fast sämtliche im Restaurant Anwesende auf eine ebenso unwürdige wie originelle Weise zur Beteiligung am Ringkampf auf. Wollig, daß die Regeln des sogenannten römisch-griechischen Ringkampfes mit den in Köln und der Umgebung üblichen nicht übereinstimmen; im übrigen stehen wir nicht an, zu erklären, daß die Methode à la Köln-Deutz das Publikum anscheinend weit mehr anzieht, als die lendenlahmen griechisch-römischen Festerregeln.

Um dem interessanten Schauspiel uneingeschränkt folgen zu können, wurde die Sitzung auf unbestimmte Zeit aufgehoben und bald befanden sich alle Delegierten auf der Straße auf der des beschränkten Raumes des Restaurants wegen die Fortsetzung des Ringkampfes stattfand. Der Sieger blieb, vermochten wir bei der großen Anzahl der Beteiligten nicht genau festzustellen. Mitgeteilt wurde uns noch, daß der Original-Boxer mehrere Male durch einige herabfallende Äste nicht unempfindlich verletzt wurde.

Die Nummer 2 des Programms, Kunstwerfen, wurde auf ebenso originelle Weise meisterhaft durchgeführt. Ohne die geringste Vorbereitung und mit einer verblüffenden Zielsicherheit gelang es unserem Schützen, selbst 5 bis 8 Pfund schwere Steine aus nicht unbeträchtlicher Entfernung durchs Ziel zu bringen, das meistens in gläsernen Tür- und Fensterscheiben bestand. Nicht selten, daß ein Wurf bis-

weilen mehrere Scheiben traf, so daß in kurzer Zeit soviel geworfen ward, daß weiter einzuwerfen nichts mehr übrig blieb. Leider hatte unser Kunstschütze seinen Gewerkschein vergessen, und da ein durch einen bösen Zufall herbeigeführter Sicherheitsbeamter unbedingt auf Vorzeigung dieses Scheines bestand, mußte zum Leidwesen der Delegierten das „gefällige Vergnügen“ abgebrochen werden.

Nach ¼ stündiger Pause wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Doch zeigte sich bald, daß die erhebenden Einbrüche des lebendigen Schauspiel den Gang derselben nicht gerade günstig beeinflussten. Und als gar ein Kollege aus Düsseldorf nach einer zweistündigen Beratung erklärte, der Antrag seiner Auftraggeber sei eigentlich gar kein Antrag, sondern bezwecke lediglich, die Festteilnehmer in munteren Gesprächen zu unterhalten, da kam es jedem der Anwesenden zum Bewußtsein, daß es höchste Zeit sei, die Beratung zu vertagen. Nur ein Delegierter aus der Nähe von Quatenbrück wollte absolut noch was vorbringen, was ihm indessen nicht im vollen Umfang gelang.

Mit herzlichen und bewegten Dankesworten an das Lokalkomitee für die selbstlosen, unsichtigen und aufopfernden Bemühungen schloß der Vorsitzende die erste rheinisch-westfälische, kölnisch-deutsche Formerkonferenz. Vivat sequentes!

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für den 37. Bezirk soll ein

Reisebegleiter des Bezirksleiters

angestellt werden. Derselbe hat nicht nötig Vorträge zu halten, es kann auch auf die Fähigkeiten verzichtet werden, die zu Verhandlungen mit den Unternehmern erforderlich sind. Dagegen muß unbedingt eine Befähigung in der Herstellung photographischer Aufnahmen beanprucht werden. Also Beurteilung von Posen und anderen Chosen, Sinn für männliche und weibliche Schönheit, genaue Kenntnis der Schwächen des Menschen zc. Es handelt sich bei der Besetzung dieser Stelle darum, daß geschichtlich wichtige Momente — Sieg bei Streiks zc. — durch Fixierung mittels Photographie der Nachwelt überliefert werden können.

Vorzugsweise werden Bewerber, die die Herstellung kinematographischer Aufnahmen gründlich verstehen. Als Nebenverdienst — neben ausreichendem Gehalt und Speise — wird der Vertrieb der selbsthergestellten Ansichtskarten gestattet.

Weibliche Bewerber sind zugelassen. Meldung so schnell als möglich an den Bezirksleiter Hovölger in Guttard.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten:

Von Postkartenverlegern nach Mannheim (wegen Überproduktion); von Wurststücken und alkoholfreien Getränken nach Frankfurt a. M. (wegen Magendifferenzen); von Wertberichten nach Berlin, Breslau, Stettin, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Halle a. S., Stuttgart und Nürnberg (wegen Aufstodungsgefahr); von Klavierpielern nach Leipzig (wegen Instrumentenabnutzung); von Gelden und Haken nach Dresden (wegen Autokratieverschiebung).

Aus den Agitationsbezirken.

An die Bezirkskasse des 8. Bezirkes zu Händen des Herrn Ehler-Friehe.

1. Znohuthnahme einer Bezirksleiterin	7,50 Mk.
2. Aufbewahrung derselben 11 Stunden à 80 Pf., davon 4 überflunden	12, —
3. Restaurant- und Theaterbegleitung	9,75
4. Nachhaltungsmittel und Entschädigung an die Anstandsamen	13,28
5. Für unvorhergesehene Fälle u. besondere Leistungen	4,60
6. Mehr als pünktliche Ablieferung im Hotel	5,33
Summa	52,46 Mk.

Weitere Ansprüche vorbehalten!

Aus der Technik.

Automatische Einziehung der Wochenbeiträge.

Auf welche Weise ziehen wir am besten die Wochenbeiträge ein? Darüber hat schon so manche Ortsverwaltung nachgedacht, und es sind ja auch in letzter Zeit bedeutende Fortschritte gegen früher in Bezug auf die Pünktlichkeit der Leistungen erzielt worden. Ein idealer Zustand ist jedoch noch immer nicht vorhanden. Daher möchte ich einmal einen Vorschlag machen. Alle Welt weiß doch, daß die Automaten schon Erstaunliches leisten, aber noch keinem unserer Vorstandsmitglieder ist eingefallen, daran zu denken, die Beiträge automatisch einzuziehen. Ich möchte nur wissen, zu was die vielen Beamten da oben in Stuttgart fügen, wenn nicht einmal einer von ihnen einen geschickten Gedanken hat!

Daß die Postmarkenautomaten sich glänzend bewährt haben, weiß doch jedes Kind. Warum diesen technischen Fortschritt nicht für den Verband ausnützen? Man könnte einwenden, daß die Kollegen an den Automaten einfach vorbeigehen, ohne zu zahlen, daß also daran die Sache scheitert. Das ist aber einfach Unfug, und es zeugt höchstens davon, daß eben noch niemand an solche wirklich praktische Dinge gedacht hat.

Also, ich denke mir die Sache so: Es muß ein Automat konstruiert werden, der die Einrichtung der Briefmarken- und Kiosketautomaten miteinander verbindet. (Die Kiosketautomaten auf Bahnhöfen sehe ich als allgemein bekannt voraus.) Der Automat gibt nach Einwurf eines (oder mehrerer) Geldstücke eine Beitragsmarke heraus und sperrt oder öffnet gleichzeitig eine Tür. Angebracht werden die Automaten am Ausgang der Fabrik. Wer nicht seine Wochenbeitragsmarke entnommen hat, der kann eben nicht zur Fabrik hinaus! Mit dieser Einrichtung wäre dann gleich noch etwas anderes erreicht: Es müssen sich alle Kollegen, die in einer Fabrik beschäftigt sind, unserem Verband anschließen! Also: Ein ungeheurer Zuwachs an Mitgliedern und Befestigung aller Grenzreitigkeiten!

Nun höre ich schon wieder den Einwurf, daß sich kein Fabrikant zu etwas gefallen lassen wird. Na, dann streiken wir einfach! Und wenn ein solcher Streik Hunderttausende kostet — sobald der Sieg unser ist, gewinnen wir doch ungezählte Millionen.

Sollte aber (was ich ja nicht für möglich halte) der Vorstand einen solchen Streik nicht genehmigen, oder etwa gar so ein schnoddriger Bezirksleiter Einspruch erheben, nun dann habe ich noch einen anderen Vorschlag, der sowieso als Ergänzung des ersten unbedingt nötig ist.

Es werden außer den großen, für die Ausgänge der Fabriken bestimmten Automaten noch kleinere, für die Wohnungen der einzelnen Kollegen gebaut. Durch eine elektrische Zentrale werden diese Automaten — ähnlich wie elektrische Treppen- und Hausflurbeleuchtungen — des Sonnabends oder Sonntags eingeschaltet, derart, daß kein Kollege in seine Wohnung hinein oder auch diese verlassen kann, ehe er nicht seinen Wochenbeitrag bezahlt hat. Diese Einrichtung wird sich hauptsächlich für die in Kleinbetrieben arbeitenden Kollegen als nötig erweisen.

Es wird den Ortsverwaltungen ein leichtes sein, festzustellen, welche Lebensgewohnheiten die einzelnen Kollegen haben. Für solche, die nachts gern mal ein wenig — na, sagen wir — frische Luft genießen, wird man die Sperre so anbringen, daß der Kollege zu Hause bleiben muß, für solide Leute aber wird man den Eingang sperren!

Möge die Generalversammlung meinen Vorschlag erwägen. Die Kosten können kein Hindernis bilden. Das mindeste, was ich erwarte, ist, daß der Beschluß gefaßt wird, einen neuen Preis für die Konfektion des besten Automaten auszusprechen. Technikus.

Korrespondenzen.

Braunschweig. In der letzten gemeinsamen Mitgliederversammlung wurde den Delegierten aufgegeben, folgenden Antrag in der Generalversammlung einzubringen und zu vertreten: „In Erwägung, daß die Verbandsbeamten (Geschäftsführer, Bezirksleiter u. s. w.) unfähig sind, die Aufgaben der Verbandstage richtig zu erfüllen und die Interessen der Nichtbeamten unabhängig zu vertreten, beschließt die Generalversammlung: Den Verbandsbeamten ist es nicht gestattet, Delegationen zu Generalversammlungen, Bezirkskonferenzen anzunehmen. Zuwiderhandlungen werden mit sofortiger Entlassung bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann jedoch Gehaltsperre mindestens für die Dauer von drei Monaten eintreten. Diese Bestimmungen treten nach ihrer Annahme sofort in Kraft.“ Für den Fall der Ablehnung dieses Antrags sind die Delegierten beauftragt, folgenden Entschließungsantrag einzubringen: „Die Generalversammlung wolle beschließen: Verbandsbeamte haben nur in solchen Fällen beratende Stimme, in welchen die Generalversammlung ihre gutachtliche Vernehmung für erforderlich erachtet, wozu von Fall zu Fall entschieden wird. In allen Fällen darf die Redezeit nicht mehr wie 25 Minuten betragen. Ein Stimmrecht ist den Beamten unterstellt. Mit der Vertretung bei den Abteilungen sind arbeitslose Metallarbeiter, die keine Verbandsmitglieder zu sein brauchen, zu betrauen. Die Kosten der Vertretung haben die Beamten zu tragen.“ Beide Anträge wurden nahezu einstimmig gutgeheißen.

Dresden. Über „Unsere Stellung zur Maifeier“, sprach am 1. Juni Kollege Reinhold. Der geschätzte Redner führte ungefähr folgendes aus: Ich bin für, aber auch gegen die Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe. Man kann den Bestürzten nicht Unrecht geben, aber die Gegner haben auch stichhaltige Gründe. Ich neige mehr der Ansicht zu, daß der 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert werden muß. Die Demonstration am 1. Mai ist die Grundlage der Gewerkschaftsbewegung, dieser wird der Boden entzogen, wenn wir die Demonstration fallen lassen. Daß eventuell schwer erkrankte Lärmer verloren gehen, kann mir gleich sein. Unser Idealismus schwindet immer mehr. Jedenfalls ist die Frage der Arbeitsruhe noch nicht spruchreif und erlaube ich mir, heute noch kein abschließendes Urteil. Aber das eine rufe ich ihnen noch zu: „Hören Sie meine warnende Stimme, halten Sie fest an der Demonstration durch Arbeitsruhe, das ist die Kraft, die die ganze Gewerkschaftsbewegung vorwärts treibt.“ (Stausender Beifall.)

Köln a. Rh. Dem Gewerkschafts-Kongress wohnte auch eine Bezirksleiterin mit ihrem Säugling bei. Letzterer machte sich mit lauter Stimme demnächst bemerkbar, daß man zu seiner Beruhigung alle verfügbaren Flüssigkeiten zur Stelle schaffen mußte.

Sachsen und Umgegend. Ein harter Mann! Der zwischen Meisa und Leipzig verkehrende Schnellzug wurde gestern vom Bezirksleiter Haack auf der Station Wurzen gewaltsam aufgehalten. Haack stemmte sich gegen die Lokomotive; alle Versuche des Führers, den Zug

in Bewegung zu setzen, scheiterten an dem Widerstand Haacks. Als Grund seines Benehmens gab er an, daß sein Max in Wurzen einen Streik löse und dann mitfahren wolle!

Schwannburg. Mit Freuden können wir konstatieren, daß es reichlichen Bemühungen gelungen ist, den Kampf der großen gegen die kleinen Gewerkschaften bedeutend zu mildern. Durch Festlegen auf eine Resolution verpflichteten sich die Gewerkschaften, die hohe Beiträge erheben, nicht mehr darauf hinzuweisen, daß sie leistungsfähiger sind als Gewerkschaften mit niedrigen Beiträgen. Letztere Gewerkschaften dürfen dagegen in Agitationsversammlungen nicht mehr hervorheben, daß Gewerkschaften mit hohen Beiträgen auch entsprechend mehr als sie leisten können. Die Vertreter der kleinen Gewerkschaften gaben ihr Ehrenwort, sich streng an die Resolution zu halten.

Rundschau.

Aus dem Regulator.

Die Metallarbeiter-Zeitung streut wieder in ihrer gewohnten Art die gemeinsten Verdächtigungen und Verleumdungen gegen uns aus. Während des Streiks bei der Firma „Niedertracht“ sollen wir Streikbrecher vermittelt haben. In Wahrheit spielte sich der Fall wie folgt ab: Bei genannter Firma traten sämtliche Arbeiter in den Streik, auch unsere Leute schlossen sich ihnen an. Erst nachdem die Arbeiter alle heraus waren und die Gefahr entstand, daß sich Arbeitswillige finden würden, bestimmten wir Kollegen von uns in genügender Anzahl, die Plätze der Streikenden einzunehmen, damit Streikbrecher keinen Platz finden. Daß wir recht gehandelt haben, dafür ist jedenfalls der beste Beweis, daß die Firma uns ihre Anerkennung gesollt hat. Nun urteile jeder selbst!

Die Chemnitzer Tage.

Durch unsern „Malepartus“-Korrespondenten sind wir zur Kenntnis der streng geheim gehaltenen Tagesordnung des Maschinenbauer-Delegiertentags (S. D.) gelangt. Die wichtigsten Punkte sind folgende:

1. Tätigkeitsbericht der Generäle. Derselbe umfaßt folgende Punkte: a) Verlesung der eingestampften Mauch-Broschüre. b) Verlesung der Namen der in den letzten 5 Jahren wegen Auffälligkeit und agitatorischer Tätigkeit ausgeschlossenen Vereinsmitglieder. (Hierfür sind 2 Stunden vorgesehen.) c) Arbeitsvermittlung in Streikfällen.
2. Taktik bei Lohnbewegungen. Referenten: Balduin und Mehlisch. Beide Referenten schlagen hierzu folgende Resolution vor: „Bei allen vom Metallarbeiter-Verband inszenierten Streiks hat der Gewerkschaftsverein sofort Ersatzkräfte zu stellen.“
3. Agitation unter den weiblichen Maschinenbauern. Referentin: Christine Paulman. (Thema: Reformfortschritt und Abhandlung über Geschlechtskrankheiten im Dienste der weiblichen Gewerkschaftsbewegung.)
4. Ausbau des Vereinsorgans „Ventilator“. (Vorgeschlagen wird dessen Verschmelzung mit der Arbeiterzeitung.)
5. Mitteilung der Scheuerfrau für die Bureauräume. Referent: Strubelpeter.
6. Anstellung besoldeter Beamten. Referent: Quarfmarkt-Hülle. (Referent empfiehlt eine Resolution, den Generallstab aufzulösen und aus dem dadurch flüssig werdenden Geldern die älteren Mitglieder, die durch die „Reform des Unterhaltungswezens“ geschädigt wurden, zu entschädigen.)
7. Die Düsseldorf-„Reform“-Anträge. Referent: Gustav Reichmann.

Dem Delegiertentag geht ein Verbandstag des Vereins ausgeschlossener Maschinenbauer („in tyrannos“) voraus. Beraten wird dort über die beste Form des Kassafagags. Weiter sind Feiern vorzusehen über folgende Thematiken: „Wie man sein Mitglied verlieren kann.“ — „Wie man Bezirksagaleiter wird ohne Mitglied zu sein.“ — „Über Protektionsschlingen.“ — und als letzter Punkt: „Verschmelzung des Vereins mit dem Gewerkschaftsverein Bassermannscher Gestalten.“

Zur Naturgeschichte des Eisen- und Stahlwurms.

Im verflochtenen Jahre hat man, wohl infolge der großen Dürre, das massenhafte Auftreten des Eisen- und Stahlwurms beobachtet können. Hauptächlich sind die Berliner davon betroffen worden. In deren Geldspinde hat der Eisen- und Stahlwurm große Löcher geböhrt, so daß der gesamte Inhalt herausgefallen. Der Versuch, die Löcher mit leeren Geldsäcken zu stopfen, ist gänzlich mißlungen. Man hat den Eisen- und Stahlwurm im Verdacht, daß er auch Papier nicht verschmäht, nur so ist es zu erklären, daß selbst 1000 100-Markscheine u. s. w. im Kassenschrank nicht sicher waren. Selbst den ehrfurchtgebietenden, gepanzerten, doppelttürigen, massenumfangenden und massenervenden Geldschrank des großen Numismatikers Th. Henning in Stuttgart hat der nichtswürdige Wurm nicht verschont, weshalb der sonst gemüthliche Herr sich in permanenter Sorge befindet. Auch in Dresden hat der freche Wurm, trotz der Aussicht des gestrigen Magnus Hackstus, die Stahlkassette angebohrt. Um dem zerstörenden Treiben dieses Wurms ein Ziel zu setzen, hat man eine Untersuchungskommission unter dem Vorsitz des sachverständigen Petit Cohen eingesetzt.

Wie wir kurz vor Schluß der Redaktion erfahren, soll man es mit einer neuen Spezies des Eisen- und Stahlwurms zu tun haben, lateinisch Bacillus Radicalis Streikadoris langus.

Literarisches.

Unsere Taktik im Generalstreik. Ein Rück-, Aus-, Weit- und Scharfblick von Wilhelm Lucifer. 168 und XXII S. Preis 3,50 Mf. Dortmund. Selbstverlag des Verfassers. — Seit der Beendigung oder richtiger — zu unserer Schande sei es gesagt — Abwürgung des Generalstreiks der Bergarbeiter ist von den sogenannten Literaten vieles zurechtgeschrieen worden, was in vielen Fällen mehr die Neigung der betreffenden Schriftsteller, à tout prix zu schreiben, nur zu schreiben, als Kenntnis der Bergarbeiterverhältnisse im allgemeinen und der Taktik beim Generalstreik im besonderen verriet, wonit aber keineswegs gesagt sein soll, daß alle Publikationen, die über diese Materie erschienen sind, diese Mängel aufweisen oder auch nur leise davon angehaucht sind, was ja im übrigen auch angesichts der Tatsache, daß auch wir im Ruhrgebiet über ein Übermaß von Intelligenz — sozusagen — verfügen, einem Skandal wenigstens insofern nahe käme, als bei der Besprechung dieser so wichtigen Frage Gefahr vorhanden wäre, daß nicht immer mit der erforderlichen Objektivität und nüchternen Erwägungen, sondern mehr im Taumel der Begeisterung und im Dusein des Kassenjammers die so überaus wichtigen Regeln zur Führung des Generalstreiks in die Breite, Tiefe und Länge nicht etwa festgelegt, sondern in uferlosen Umrissen den urteilslosen Massen nur vorgeworfen, beziehungsweise suggeriert werden, und andererseits eine feste Grundlage, welche das Fundament jeder vernünftigen Arbeiterpolitik war, ist und bleiben soll, durchaus nicht immer von den sogenannten Sachverständigen zur gegebenen Zeit nach allen Seiten hin erwogen worden ist, erwogen wurde, erwogen wird und erwogen werden wird, bis aus dem Wirnis des Bergmannslebens, das manchem, wie dem Schüler in Göthes „Faust“ wie ein Mühlrad — sozusagen — (Hier bricht unser Referent plötzlich ab. Doch halten wir die geistprühende Besprechung des Luciferschen Wertes auch ohne einen regelrechten Abschluß für so erschöpfend, daß wir uns entschlossen haben, sie so — wie sie vorliegt — zu veröffentlichen. Anmerkung der Redaktion.)

Poetischer Erguß an eine „kühle Braune“

oder:
Ein von der Dichteritis befallenes Auschußmitglied auf Reisen.

Du schönes und schwarzes Mägdlein,
Mit deinen wundervollen Augen,
Um dich möcht ich im Erste frei'n,
Und ich bitte dich mir zu glauben,
Für mein Werden hast du nur Lachen.

Dies tut mir wirklich in der Seele weh,
Wenn auf mein christliches Werk
Ich dein so graufames Lachen seh,
Ich möchte darüber schier sterben.

H. Z.

Variété Metallia

vom 12. bis zum 17. Juni 1905
täglich grosse Vorstellungen

PROGRAMM

Mm. Alexia, Soubrette

Singt in allen Tonarten das hohe Lied des Verbandes

TRIO DE STRIK

Co-Jen, Wie-Sen-Zal, Pawl-o-Witsch

Grosse Attraktion mit mehreren Striks auf einmal

— Sehr mehlig —

Sensationelle Produktionen

der Stuttgarter Schwimmer „Halbe Flosse“

Einzig! — — Glanznummer Grossartig!
des Programms

13 Bezirks-Seiter-Akrobaten

Bewegen sich ruhig und sicher auf schwankender Basis!

Stauenerregende Wendungen

Verwegene Tricks

Kühnste Saltos

Der kleine Cohn als Gedächtniskünstler

Hört nur halb hin und weiss doch was los ist

Zum Schluss:

Original-Burleske

Die Gans auf der Reise

Alles lacht — nur zwei trauern.

Wer weiss

gegen Hornhautbildung an Ellenbogen ein **schickliches Mittel** anzugeben. **Event. gute Belohnung.** Geheimmittel verboten. Offerten unter Ad. S. an die Magazinverwaltung Nr. 16.

Gelegenheitsgedichte

macht schnellstens (4 Zeilen in einer Stunde).
J. Sieg, Frankfurt a. M.

„Benzinia-fraheimia“

(Dir. Rohrvölzer)

Abwimmlungs- und Streu-

verhütungsinstitut

Genossenschaft mit beschränkter Haftung

empfehlend für alle vor-

kommenden und nichtvor-

kommenden Fälle.

— Erfolg zugesichert. —

Achtung!

Durch anhaltenden Durchfall bin ich gezwungen, mich von meiner

unvollständigen Amtstätigkeit zurückzuziehen. Alle mir während

meiner Amtstätigkeit zugehenden Vorbeurtheile, Anerkennungs-

schreiben, Anstiftungen, des weiteren abgelegte Güter, Gelder und

sonstige Utensilien aus meiner Mandatszeit, beabsichtige ich auszu-

stellen und bitte um gütigen Zuspruch.

Chalwiese — Entrepreneur für Generalstreichen

(Eigene Erfindung. T. H. G. R. Nr. 1111/2).

Technikum Hannovera.

Begründer: Sch. Legel.

Lages- und Nachkurse zur Ausbildung

von Bezirksleitern und Geschäfts-

führern. Exzellente Lehrkräfte. Feinste

Referenzen (Breslau, Stuttgart, Bremen,

Frankfurt, Dortmund, Elberfeld.) Ein

Schüler genügt! Lehrplan aussonst und

portofrei.

Hausnachricht die Direktion

M. Heier, Hannover

Langestr. 2, 2.

+Magerkeit.+

Schöne, volle Körperformen, in

6 bis 8 Wochen bis 30 Pfund

Zunahme, garantiert für den

Körper unschädlich. Streng

reell — kein Schwindel!

Sanatorium G. Saffa.

Frankfurt a. M.

Waldschmidtstr. 80, 3.

Bitte schön,

hob die Ehr, grüß ehna

Gott, küß die Hand, tuaf's

net gar so, Ihr feids doch

sonst net so!

Zum Kranzniederlegen

(auch ausländischer Kränze) empfiehlt

Ber große Adolph, Berlin.

Führer!

Kräftiger Mann als

führer gesucht nach

dem Volkshaus.

Gottgrauen.

Aus dem Restbestand

des Metallarbeiter-Kalenders

sind noch einige Exemplare zum Selbstkostenpreis

nur an Verbandsmitglieder

abzugeben. Reflektanten haben mit der Bestellung ihr

Mitgliedsbuch, Tauf-, Impf- und Heimatschein, Staats-

angehörigkeitsausweis und Militärapf. (Verheirathete

das Trauungszeugnis u. das amtliche Familienregister)

einzuwenden. Außer dem Betrag von 60 Pf. ist doppeltes

Porto (20 Pf.) und 10 Pf. für Schreibgebühr u. Kopialien

beizufügen.

Im Falle Nachweises der Nichtmitgliedschaft tritt wegen Vor-

spiegelung falscher Tatsachen Strafverfolgung nach § 312 Abs. 1

ein. — Nicht zur Bestellung erforderliche handschriftliche Be-

merkungen sind unzulässig.

Die Verbandsabteilung.

Zur Maifeier

ein paar alte, abgelegte Ideale zu

leihen gesucht. Offerten unter der

Schiffre „Zwei Seelen“ in der Ex-

pedition dieser Zeitung abzugeben.

Zu kaufen gesucht

ein Bücherschrank in Jugend-

stil mit Vergrößerungsspiegel

zur Kompletierung des Meubles

ments der Oberbuchhaltung unseres

Verlagskontors. Angebote in hoff-

nungsvollem Grün erbeten.

Carllich & Co.

Fräulein

das bewusste Kästchen

hat sich wieder gefun-

den. Frankfurt, Bureau.

Verloren.

Auf dem Wege v. meiner Klempner-

werkstatt zu meinem Posten i. Bureau

habe ich meine ganzen radikalen Ge-

sinnungen verloren. Wer sie findet,

kann sie behalten, bis ich wieder zu

meinem Beruf zurückkehre.

St.-Ber. Dresdener Volkshaus.

Ein Bauplatz

wird in Berlin oder dessen nächster

Nähe — wenn möglich auf einer

Anhöhe gelegen — von einem weit-

stehenden Konjunktur zu kaufen gesucht.

Offerten unter „Bücherdruckerei“

an die Expedition des Blattes.

Kauf oder Tausch

Ein Schild mit der Aufschrift „Be-

amer“ ist billig zu verkaufen, oder

gegen Gold oder Revolver zu ver-

tauschen.

Näheres erzählt man in Berlin

überall.

Musikwerke u. Gemälderecke

sind noch zu unterrichten.

Reinhold-Institut

zum heiligen Antonius, Düsseldorf.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie. Buchdruckerei und Verlag

Stuttgart, Rößlestraße 16 B.

!! Zigaretten !!

Suche hochfeine Zigaretten zu

kaufen, die bei Verhandlungen

mit Unternehmern geraucht wer-

den können. Querhölzer. E. d. B.

Stellung sucht!

Verlange

Almanach der Verbandsbeamten

reichhaltig illustriert,

mit dem Bildnis des Herausgebers.

Ludwig Schreier, Frankfurt a. M.

Spitznützige Hörler,

die stets an meiner Tätigkeit etwas

auszuheben haben, können sich noch in

die mir unter — wollte wagen über —

stelte Gaukommision lassen lassen.

Zu melden im 7. Bezirk. St. Sp.

Gesucht

wird von mehreren Mitgliedern

„Knigges Umgang m. Menschen“.

Zu senden an

Theodor. Stuttgart.